P 21 903 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

18. September 1974 Jg. 2 Nr. 19 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 52 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 18.9.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621/36014 – Jahresabonnement: 24 Nummer incl.Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171453-759 – Die Zeitung wurde am 15.9.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Zu den Bauernaktionen

(Siehe auch Seite 2)

Wodurch ist die Lage der Bauern gekennzeichnet? Die Preise für ihre Güter, die sie von den Großabnehmern bekommen, stagnieren oder sinken. Zugleich steigen die Preise, die die Verbraucher an eben die gleichen Großabnehmer bezahlen müssen. Den Profit machen die Handelskonzerne und Lebensmittelindustrien. Während aber die Erzeugerpreise für die Bauern fallen, steigen zugleich die Preise für landwirtschaftliche Maschinen und industriell erzeugte Betriebsmittel. Die Bauern trifft diese Entwicklung nicht gleich. Die Großbauern und Gutsbesitzer, die in großem Maßstab die Landwirtschaft betreiben und Lohnarbeit ausbeuten, können sich mit den Großabnehmern, den Konzernen, arrangieren, während immer mehr Bauern den Hof, den sie nur mit der Arbeitskraft ihrer Familien bewirtschaften, aufgeben müssen. Die europäischen Regierungen und die Europäische Gemeinschaft betreiben schon immer eine Agrarpolitik, die kleinen Bauern hinzuhalten und zugleich die Großbauern und damit die Konzentration der Landwirtschaft zu fördern. Zugleich ist die Führung der Bauernverbände vollständig in der Hand der Großbauern und Agrarkapitalisten, die natürlich nicht die Interessen der Kleinbauern vertreten können. Die kleinen Bauern beginnen dies zu erkennen. Sie stellen Überlegungen an, warum die Politik ihrer Bauernverbände ihnen bisher nichts gebracht hat.

Da sie wenig für ihre Produkte bekommen, während das Volk viel für ihre Produkte bezahlen muß, haben die Bauern Aktionen gemacht, in denen sie ihre Produkte direkt an die Verbraucher zu weit niedrigeren Preisen als in den Kaufhäusern verkauft haben. Damit haben sie gezeigt, daß nur die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse sie zwingen, nicht zum Nutzen des Volkes, sondern zum Nutzen der Profiteure des Großkapitals zu produzieren.

Die Arbeiterklasse hat ein elementares Interesse daran, sich mit den Kleinbauern im Kampf für den Sozialismus zu verbünden. Dies Ziel war schon immer das Ziel der Arbeiterbewegung, und schon immer haben die Kapitalisten, die bürgerlichen Parteien und die kapitalistischen Großbauern, die auch den Bauernverband bestimmen, das zu hintertreiben versucht. Wann immer aber die kleinen Bauern unter der Führung der bürgerlichen Parteien und der kapitalistischen Großbauern standen, folgten den Versprechungen am Ende nur wieder Bankrott weiterer hunderttausend Höfe. So war's bei den Faschisten, so war's bei der CDU – so ist's bei der SPD, von der viele Bauern noch meinen, das sei eine Arbeiterpartei, das seien die Roten, die schuld seien an ihrer elenden Lage.

Es ist aber so, daß gegenwärtig nur das passiert, was den Bauern im Kapitalismus notwendig passiert. Daß im Kapitalismus nämlich der größte Teil der Bauern notwendig bankrott macht. Unter welcher Argumentation auch immer – im Kapitalismus vernichtet der große kapitalistische Landwirtschaftsbetrieb die Existenz der vielen kleinen Bauern, mal schneller, mal langsamer, aber unaufhaltsam. Der Fortschritt der Großproduktion kommt dabei nur den kapitalistischen Großbauern und den Konzernen zugute. Demgegenüber muß die Arbeiterklasse die Bauern für den Kampf um den Sozialismus gewinnen. Es muß eine Gesellschaft aufgebaut werden, in der die Produkte der Bauern und der Arbeiter zu gegenseitigem Nutzen gegeneinander ausgetauscht werden, eine Gesellschaft, in der die Bauern kollektiv zu ihrem und des Volkes Nutzen die Vorteile der Großproduktion nutzen können.

Chile-Solidarität: Massendemonstration in Frankfurt



Frankfurt, 14. September. Rund 25 000 (nach Polizeifunk 33 000 Demonstranten) kamen aus allen Teilen der Bundesrepublik und Westberlin zur Demonstration und Kundgebung "Solidarität mit dem chilenischen Volk". Das war der erfolgreiche Höhepunkt der Chile-Woche.

Unser Bild zeigt einen Ausschnitt am Opernplatz in Frankfurt, wo die Demonstration ihren Sammelpunkt hatte. Ausführlicher Bericht und weitere Bilder auf Seite 3.

Kapital und Regierung erpressen mit Arbeitslosigkeit
Die Lohnabhängigen müssen fordern, was sie brauchen!

Die im August erreichte Arbeitslosenquote von 2,3 % "kann und wird" weiter ansteigen, sagte Bundeswirtschaftsminister Friderichs. Im August war die offizielle Zahl der Arbeitslosen weiter auf 527 000 gestiegen. Sie ist damit mehr als doppelt so hoch wie im August letzten Jahres (138 % höher). Daß die Zahl der Arbeitslosen im Herbst und Winter die Million erreicht, wird von der Bundesregierung nicht ausgeschlossen. Und daß auf Dauer die Arbeitslosenquote, auch wenn sie zurückgeht, höher bleibt als in den zurückliegenden Jahren, muß mit Sicherheit angenommen werden. Die Exportabhängigkeit hat einen Grad erreicht, der einem weiteren Wachstum des Kapitals durch Steigerung des Exports Grenzen setzt. Schon jetzt wird ein Viertel des westdeutschen Sozialprodukts für den Export produziert. Verlagerung der Produktion ins Ausland ist deshalb schon seit einigen Jahren das Ziel der westdeutschen Kapitalisten, und sie sind darin auch nicht untätig geblieben, wie man an den sprunghaft wachsenden Zahlen des Kapitalexportes sehen kann. Ohne Exportsteigerung wäre das westdeutsche Kapital schon 1967 viel tiefer in die Krise gerutscht. Aber jetzt hat die Krise schon größere Ausmaße als 1967 erreicht, obwohl der Export noch gewaltiger zugenommen hat als 1967 und in den Jahren danach.

Die Hauptexportländer des westdeutschen Kapitals stecken gegenwärtig schon tiefer in der Krise als die kapitalistische Wirtschaft Westdeutschlands. Dies kann sich derzeit zu einer Krise des Weltmarkts ausweiten, die abrupt zu größeren Exportrückgängen führt, wie sie schon im Bereich der Automobilindustrie gegenwärtig der Fall sind. Ein tieferer Krisensturz ist deshalb nicht auszuschließen (siehe Artikel zur Krise Seite 6 und 7).

EIN "GEWISSES MASS" AN ARBEITSLOSIGKEIT...

Aber auch wenn es derzeit dazu nicht kommen sollte, ist die weitere Entwicklung für die Arbeiterklasse durch wachsende Unsicherheit, Angriff auf das Lohnniveau und die Arbeitsplätze notwendig gezeichnet. Denn aus seiner krisenhaften Lage kommt das Kapital immer nur durch die Krise selbst heraus. Kleine Kapitalisten müssen kaputt gehen, Betriebe werden stillgelegt, Produktionsmittel liegen brach, Waren können nicht verkauft werden, damit die Unternehmen, die sich in der Krise behaupten, wieder ihr Geschäft ausdehnen können. Dieser Krisenprozeß ist für die Arbeiterklasse mit Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Verschlechterung ihrer allgemeinen Lage verbunden. Gegenwärtig wird dieser Krisenprozeß für die Arbeiterklasse dadurch verstärkt, daß die Ausweitung des Geschäfts für das Großkapital im wesentlichen in der Auslandsproduktion gesucht wird. Das hat für das Kapital die angenehme Folge, daß ein "gewisses Maß an Arbeitslosigkeit" zur Dauererscheinung wird, daß die industrielle Reservearmee wächst. In der ganzen Geschichte des Kapitalismus ist die industrielle Reservearmee der wirksamste Vorteil der Kapitalistenklasse zur Senkung des Lohnniveaus. Daß dies nicht nur für frühkapitalistische Zeiten gilt, konnte man in den letzten drei Jahren in den USA beobachten. Das Wachsen der Arbeitslosigkeit auf über 5 % war begleitet von einem Abbau des Reallohns, der die einstigen Spitzenlöhne der US-Arbeiter in vielen Branchen unter das Niveau der westdeutschen Arbeiter drückte.

... IST AUCH DAS ZIEL DER BUNDESREGIERUNG

Bundeskanzler Schmidt erklärt in verschlüsselten Worten, daß dies auch das Ziel seiner Politik sei. Sprach er im Herbst letzten Jahres noch davon, daß die Überbeschäftigung auf Vollbeschäftigung reduziert werden müsse, spricht er derzeit nicht mehr von Vollbeschäftigung, sondern von "ausreichender Beschäftigung". Ausreichend ist für das Kapital immer die Beschäftigung, die es braucht, um seinen Profit zu vermehren. Gegenwärtig ist für das Kapital eine geringere Beschäftigung ausreichend.

... UM DEN LOHNABBAU ZU ERLEICHTERN

Das von der Bundesregierung beschlossene Strukturprogramm, das die Ausgabe von 900 Millionen DM vorsieht, wird an dieser Lage nach eigenen Worten der Bundesregierung nichts ändern. Härten für einige Kapitalisten will die Bundesregierung vermeiden, zugleich aber sieht sie in der steigenden Arbeitslosigkeit ganz wie jeder Unternehmer eine gute Chance, um Druck gegen die Lohnforderungen auszuüben. Im Spiegel stand am 12. August: "Für den nächsten Herbst passen den Konjunkturlenkern gedämpfte Wirtschaftsaussichten ohnedies in den Plan. Denn nur so glauben sie, die Gewerkschaften zu stabilitätsgerechten Lohnabschlüssen unter 10 % zwingen zu können. Friderichs vor dem Kabinett: 'Es dürfen keine falschen Signale für die nächste Lohnrunde gesetzt werden.' " Und Friderichs erklärte denn auch, daß Lohnabschlüsse unter 10 % bleiben müssen und sagte noch dazu, daß er damit nichts sagen wollte, "was auch nur entfernt nach Lohnleitlinien aussehen könnte".

DIE LOHNABHÄNGIGEN MÜSSEN DIE LÖHNE FORDERN, DIE SIE BRAUCHEN

Für Regierung und Kapitalisten ist die schlechter werdende Lage der Arbeiterklasse ein Argument gegen Lohnerhöhungen. Durch Lohnerhöhungen wird nach dieser Logik die Lage der Arbeiter noch schlechter. Die Arbeiterklasse muß genau umgekehrt an die Fragen herangehen. Je mehr der Reallohn sinkt, desto höher müssen die Lohnforderungen sein. Darüberhinaus muß der Lohn abgesichert werden. Derzeit sind die Tariflöhne niedriger als die effektiv gezahlten Löhne. Arbeitslosigkeit werden die Kapitalisten benutzen, um den Effektivlohn bis bis auf den Tariflohn zu drücken. Schon zu Beginn des Jahres kann man dies deutlich an der Lohnstatistik ablesen. Während die Bruttotariflöhne um 12 % im Durchschnitt höher waren als im ersten Halbjahr 1973, waren die effektiven Bruttoverdienste nur 9,8 % höher. In den Jahren davor waren Tarif- und Effektivlöhne weitgehend parallel gestiegen, die Effektivlöhne eher mehr als die Tariflöhne. Das hat sich nun umgekehrt. Die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung hat die Effektivlöhne nur ungenügend abgesichert. Sie hat den Kapitalisten einen großen Spielraum für den Lohnabbau gelassen. Demgegenüber müssen schon zur Verteidigung der Effektivlöhne die Lohnforderungen hoch sein. (Zu den Lohnforderungen Seite 4)

... UND DÜRFEN SICH NICHT DURCH FALSCHE RECHNUNGEN BEIRREN LASSEN

Der DGB hat eine Rechnung aufgestellt, nach der die Löhne netto und real in der ersten Hälfte des Jahres 1974 noch um 1 % gestiegen seien. Weil solche Rechnungen immer wieder benutzt werden, um Verwirrung zu stiften, müssen wir sie hier kurz auseinandernehmen. Der DGB sagt, daß die Bruttoverdienste um 9,8 % gestiegen seien, die Nettolöhne um ungefähr 8 %. Bei Preissteigerungen von 6,9 % bliebe also noch etwa 1 % reale Lohnerhöhung. Diese Rechnung ist falsch. Zunächst die Preissteigerung. Da ist daran zu erinnern, daß im Herbst letzten Jahres die Berechnungsmethode für die Preissteigerungsrate für die Lebenshaltung so geändert wurde, daß sie um etwa 1 % niedriger ausfällt.

Zweitens kann der Nettolohn nicht um etwa 8 % gestiegen sein, wenn der Bruttolohn um 9,8 % gestiegen ist. Die wachsenden Steuern und Sozialabzüge haben sich viel drastischer ausgewirkt. Für das Jahr 1973 hatte der DGB ausgehend von einer Bruttolohnsteigerung von 13 % eine Reallohnerhöhung von knapp 1 % errechnet (siehe KVZ Nr. 8 vom 17. April 1974). Wie soll die Reallohnsteigerung jetzt bei einer Bruttolohnerhöhung von 9,8 % immer noch 1 % betragen, wo doch die Abzüge noch größer geworden sind? 1973 blieben von jeder zusätzlich verdienten Mark nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialabgaben 53 Pfennig. Das bedeutet, daß bei einer Bruttolohnerhöhung von 10 % ungefähr 7 % auf den Nettolohn berechnet übrigblieben. Die durchschnittlichen Preiserhöhungen für 1974 betragen aber selbst nach dem offiziellen Index über 7 %. Die Bundesregierung rechnet nach Ablauf des Jahres mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 7,5 %. Nur in den Sommermonaten ist die amtliche Preissteigerungsrate auf 6,9 % zurückgegangen.

In den kommenden Monaten wird mit einer wesentlich schneller steigenden Preissteigerung gerechnet. Denn die Preise für Industriegüter steigen schon seit Monaten weit über 10 %, gegenwärtig um 15 % was über kurz oder lang auf den Verbrauch umgeschlagen wird. Die Berechnungen des DGB sind also falsch und irreführend. Wie erklärt sich denn nach den Berechnungen des DGB, daß der reale Verbrauch der Arbeiterfamilien gesunken ist. Verzichten sie etwa freiwillig auf neue Kleidung, Fleisch, Auto und Haushaltsgeräte? Stehen die vielen neuen Wohnungen leer, weil die Arbeiterfamilien schon so gut wohnen, oder weil sie die Mieten nicht zahlen können?

Im Gegensatz zu den Zahlen des DGB, die zudem falsch sind, gehen wir davon aus, daß die menschliche Arbeitskraft so billig nicht zu kaufen ist, wie es die Kapitalisten gegenwärtig durchdrücken wollen. – bb –

Aus dem Inhalt:

Die Hauptsache ist, den Bauern begreiflich zu machen, daß wir ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb. Es ist ja grade die durch den Einzelbesitz bedingte Einzelwirtschaft, die die Bauern dem Untergang zutreibt. Beharren sie auf dem Einzelbetrieb, so werden sie unvermeidlich von Haus und Hof verjagt, ihre veraltete Produktionsweise durch den kapitalistischen Großbetrieb verdrängt. So liegt die Sache; und da kommen wir und bieten den Bauern die Möglichkeit, den Großbetrieb selbst einzuführen, nicht für kapitalistische, sondern für ihre eigne gemeinsame Rechnung. Daß dies in ihrem eignen Interesse, daß es ihr einziges Rettungsmittel ist, das sollte den Bauern nicht begreiflich zu machen sein? Aus: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, Friedrich Engels, 1894



Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam handeln

JUNGBAUERN SCHLAGEN EIN PROGRAMM VOR

Am 31. August lud eine Gruppe von Jungbauern zu einem Bauernfest in Gäufelden (etwa 50 km von Stuttgart) ein. Bei viel gebratenem Schweinefleisch und Bier feierten sie mit etwa 150 Bauern ihre erste gelungene Aktion: In einem Flugblatt hatten sie alle umliegenden Bauern aufgefordert, ihre Braugerste nicht zum von den Genossenschaften gebotenen Preis von 39 DM zu verkaufen, sondern geschlossen einen Preis von 41 DM zu fordern. Tatsächlich hatten sie Erfolg, der Preis stieg um 2 DM.

Gleichzeitig nutzten sie das Fest, um den Anwesenden ihren Programmentwurf vorzustellen und darüber und über das weitere Vorgehen zu diskutieren. In diesem Programm stellt die Gruppe (alle Mitglieder des Bauernverbandes) dar, warum sie mit der Politik des Bauernverbandes nicht zufrieden ist und sie öffentlich kritisiert. *"All denen, die uns vorwerfen werden, gerade jetzt, wo bäuerliche Protestaktionen anstehen, müsse man sich hinter den Bauernverband stellen und dürfe ihn nicht kritisieren, sei gesagt, gerade jetzt ist es unbedingt notwendig, zu klären, gegen wen wie vorgegangen werden soll. Weil: Solange man nicht weiß, gegen wen man schießen soll, kann man statt der Feinde die Freunde treffen. Und da liegt das Hauptproblem bei der Politik des Bauernverbandes."* Die Gruppe unterstützt aber den Kreisverband Böblingen in der Aussage, daß *"die Bauern nicht schuld sind an den hohen Verbraucherpreisen, sondern daß sie schuften, um steigende Betriebsmittelkosten auf der einen und rückläufige Erzeugerpreise auf der anderen Seite auffangen zu können. Auch... daß die Bauern die übrige arbeitende Bevölkerung aufklären müssen, weil beide im selben Boot sitzen, stimmt."* Denn *"die Interessen von Handel und Industrie sind den Interessen der Bauern entgegengesetzt."* Aber *"nach Meinung des Landesbauernverbandes sitzen die Bauern nicht mit der arbeitenden Bevölkerung, sondern mit den Industrieunternehmern in einem Boot."*

Auch die bäuerlichen Genossenschaften werden unter die Lupe genommen: *"Sind das nicht unsere Betriebe, sitzen nicht unsere Vertreter mit in den Aufsichtsräten? Jeder Bauer wird aber aus Erfahrung bestätigen können, daß sich die Geschäftspolitik der Genossenschaften nicht wesentlich von "normalen" kapitalistischen Unternehmen unterscheidet... Es kann auch gar nicht anders sein: Die Genossenschaften müssen mit anderen Unternehmen konkurrieren; um in diesem Konkurrenzkampf bestehen zu können, müssen sie sich auch verhalten wie ihre Konkurrenten... Hier muß die Frage gestellt werden, ob es wirklich noch sinnvoll ist, wenn Bauern sich in Gremien von Genossenschaften wählen lassen"*, denn *"das verschleiert anderen Bauern die Einsicht, daß die Genossenschaften eben nicht ihre eigenen Unternehmen sind."*

In dem Entwurf wird der Bauernverband weiter kritisiert, weil sich fast alle seine Forderungen an den Staat richten. Aber *"für die Bauern (macht es) keinen großen Unterschied, ob wir einen CDU-Landwirtschaftsminister haben oder ob er der SPD/FDP-Regierung angehört"*, denn *"im entscheidenden Bereich – dem des Konkurrenzkampfes zwischen Bauern und Industrieunternehmen – ist der Staat so gut wie überhaupt nicht beteiligt. Der Staat regelt nur ein wenig diesen Konkurrenzkampf, mildert die schlimmsten Folgen ein wenig ab – mehr nicht."* *"Auch bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen hat der Staat nur sehr begrenzt Einwirkungsmöglichkeiten. Es ist deshalb ein Irrtum, zu glauben, die Agrarpreise würden in Brüssel oder Bonn gemacht. Sie werden von der Südzucker AG, der Intermilch AG, vom Großmetzger Haug u.a. gemacht."* Auch *"die Industriebetriebe, die Produktionsmittel an die Landwirtschaft verkaufen, ...holen sich, was im Markt drin ist."*
Abschließend wird noch einmal bekräftigt: *"Zwischen Bauern und Verbrauchern, zwischen Bauern und Arbeitern gibt es keine Gegensätze – nur eine Menge Mißverständnisse und gegenseitige Vorurteile."*

Während nun auf dem Fest die Diskussion über Mikrofon etwas schleppend ging und die Arbeitskreismitglieder beim mündlichen Auftreten auch nicht so deutlich wurden wie in ihrem schriftlichen Programmentwurf, den die Gäste eifrig lasen, wurde an allen Tischen heftig debattiert, und viele bekundeten später über Mikrofon Beifall für den Arbeitskreis.
In der Diskussion mit einigen Bauern sagten diese klar, daß sie keinen Sinn sehen im Kampf um die Genossenschaften und auch nichts mehr von den bürgerlichen Parteien erwarten. Deshalb wollen sie sich nur für die Erhaltung ihrer Familienbetriebe einsetzen, wobei viele durchaus sehen, daß dieser Kampf nur um ihre Sonderinteressen sie auf die Dauer nicht vorwärtsbringen kann. Wir versuchten aufzuzeigen, warum die Verschlechterung der Lage der Kleinbauern im Kapitalismus zwangsläufig ist: Um im Konkurrenzkampf bestehen zu können, müssen die Höfe mit immer teureren Maschinen und mehr Investitionskapital bewirtschaftet werden. Immer weniger Bauern können das notwendige Geld aufbringen, sie verlieren ihre Selbständigkeit und werden in die Lohnabhängigkeit gezwungen.
Es ist richtig, daß sich die Landbevölkerung gegen diese Verelendung wehrt; diese Gegenwehr kann aber nur sinnvoll geführt werden in einem Bündnis mit den Arbeitern gegen ihre Ursache: die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Erst eine Gesellschaft, die zum Nutzen der ganzen Bevölkerung produziert, kann auch für die Bauern menschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen. Wir diskutierten darüber mit Mitgliedern des Arbeitskreises und stellten fest, daß es durchaus möglich ist, die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns mit allen Werktätigen für eine solche Gesellschaft klarzumachen, daß wir aber diese Perspektive für die Bauern noch konkreter entwickeln und verbreiten müssen.

H.S., KG Tübingen

Warum die Bauern demonstrieren

Den folgenden Artikel über die Lage der Landwirtschaft, insbesondere die Entwicklung der Preise, die die Landwirte für ihre Produkte erhalten, diskutierten wir mit einem Landwirt, mit dem wir dann das nachfolgende Gespräch aufgezeichnet haben.

Jetzt, wo die Ernte eingebracht wird, sehen viele Bauern, was sie für ihre Erzeugnisse bekommen und was sie für Arbeit investiert haben; was für Geld sie aufbringen mußten für Dünger z.B., der um 19 % teurer wurde gegenüber dem Vorjahr.
Für das kommende Jahr sind 36 % Erhöhungen angekündigt für Kunstdünger. Der Zentner Getreide kostet dieses Jahr hingegen nicht mehr als letztes Jahr, und er kostet auch nicht mehr als vor 20 Jahren. Schon damals bekam man so 15 bis 20 DM für einen Zentner Getreide, je nach Art. Vor 20 Jahren brauchte man aber noch kein Geld fürs Getreidemähen zu bezahlen, denn man machte alles selber. Vor 20 Jahren wurde das Getreide auch angenommen, wenn es mehr als 16 % Feuchtigkeit hatte. Heute bezahlt man so um die 140 bis 160 DM dafür, einen Hektar Getreide mähen zu lassen. Für den Zentner Trocknenlassen, daß er auf 16 % Feuchtigkeit gesenkt wird, muß man auch noch bis 1,50 DM pro Zentner bezahlen. Das Wahnwitzige dabei aber ist, daß Korn mit 16 % Feuchtigkeit nicht verarbeitet werden kann. Es wird vor der Verarbeitung wieder auf 22 bis 24 % Feuchtigkeit gebracht.
Für den Zentner Kartoffeln bekommt man so um die 4 DM vom Händler. Für Spitzensorten etwa 4,75 DM (helle, ovale Form). Der Preis für einen Zentner, den der Landwirt bekommt, ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 80 % gefallen. Bis März 1974 wurden 5 700 Tonnen Frühkartoffeln eingeführt, 1973 im gleichen Zeitraum 3 900 Tonnen.
Ist der Bauer gezwungen, sich die Kartoffeln sortieren zu lassen, so gehen nochmals 80 Pfennig bis 1,30 DM ab. So hat er etwa 3 DM für einen Zentner.
Die Kartoffeln werden in Zentnersäcken sortiert an den Händler abgegeben. Oft werden sie auch noch zu den Großhändlern von den Bauern hingefahren. So ist es vor kurzem vorgekommen, daß ein Bauer Kartoffeln sortiert in Halbzentnersäcken an einen Händler abgeliefert hat. Dafür bekam er pro Zentner 4,50 DM. Er hatte die Kartoffeln beim landwirtschaftlichen An- und Verkaufsverein Bergen abgeliefert. Kurz darauf holte sich ein Kunde einen halben Zentner. Dafür mußte er dann 4,75 DM bezahlen. So hatte der Händler für Lagern einen Profit von über 100 %. Dieses ist kein Einzelfall.
Solche unverschämten Preise werden nur zu oft vom Händler wieder genommen. Bringt der Händler die Kartoffeln in die Stadt, so nimmt er oft dafür bis 20/22 DM pro Zentner (Westberlin 25 bis 28 DM).

Für Ersatzteile für Kartoffelvollerntemaschinen sind die Preise im Schnitt um 12 % gestiegen gegenüber dem Vorjahr. Ein Bauer erzählte mir, daß sein Vater 1954 auch schon 3,20 DM für einen Zentner bekommen hat. Zu der Zeit wurde aber noch nicht so viel Kunstdünger auf's Feld gesät. Zu der Zeit konnte auch noch eine Familie von einem 15-Hektar-Hof leben. Heute ist das aber vollkommen unmöglich geworden. Heute müssen mindestens 60 Hektar bewirtschaftet werden, um davon leben zu können. In den letzten Jahren sind die Bauern gezwungen, ihre Maschinen, so weit es ihnen möglich ist, selber zu reparieren. Die hohen Reparaturkosten können einfach nicht mehr aufgebracht werden. Die Landmaschinenhändler haben die Preise für eine Stunde Reparatur um 20 % erhöht. Das Milchgeld, das für den Bauern eine regelmäßige Einnahmequelle ist, hat sich auch nicht erhöht. Sie bekommen für einen Liter Milch bei 3,8 % Fettgehalt 40 bis 42 Pfennig. Wenn wir einen Liter Milch im Geschäft kaufen, dann müssen wir 1 DM bis 1,25 DM bezahlen, und diese Milch ist dann eine entrahmte Milch. Aus dem Milchfett wird dann noch Butter, Käse, Sahne usw. hergestellt.

Die Rindfleischpreise sind gegenüber dem Vorjahr von 1,62 DM auf 1,45 DM pro Pfund gesunken (1973 bis 1974). Jetzt im Herbst werden sie wahrscheinlich nochmals sinken, wenn das Vieh wieder in den Stall geholt wird. Viele Bauern können nicht so viele Rinder im Stall halten wie auf der Weide und sind dann gezwungen, ihr Vieh zu verkaufen.
Die Agrarpreise liegen im Schnitt um 9,6 % niedriger als 1973. Die Agrarerzeugnisse sind in den letzten 12 Jahren um 13,7 % gestiegen. Im Vergleich dazu liegt der Lebenshaltungsindex gegenüber 1962 um 55 % höher.
Aus dieser allgemeinen Verschlechterung der Lage der Bauern ist der Protest sehr notwendig, damit diese Verschlechterung nicht weiter so fortschreitet.

Gespräch mit einem Bauern

"....Kolchosenbetrieb? ..läuft meiner Meinung nach sehr gut.... wird sich wohl auch durchsetzen."

Wie aus diesem Artikel hervorgeht, ist die ökonomische Lage der Landwirte miserabel. Die erste Frage, die sich hier stellt: Wie kam es dazu und wodurch wurde diese Entwicklung gefördert?

"Es ist richtig, daß aus dem Inhalt heraus unsere schlechte Lage aufgezeigt wird, denn diese Beispiele erlebe ich ja auch jeden Tag und verspüre sie immer wieder.
Als Hauptschuldigen der Verschlechterung möchte ich die EWG verantwortlich mache. Es kommen aus den anderen EWG-Staaten und den assoziierten Ländern billigere Agrarprodukte in die Bundesrepublik. In den Ländern sind die Arbeitskräfte viel billiger. Sie haben noch nicht einen so großen Maschinenpark und können daher auch billiger produzieren. Geht die Entwicklung aber so weiter, und die Merkmale dafür zeichnen sich ab, so werden die Bauern in den anderen Ländern auch mehr Maschinen haben und müssen sie reparieren lassen; somit werden die Waren dort auch teurer. Aber bei uns steigt das ja noch schneller, und so bleiben sie dann doch noch unter den Preisen in der Bundesrepublik.
Als zweiten Verantwortlichen muß man die Großgrundbesitzer sehen. Sie haben mindestens 400 Hektar unter dem Pflug und planen im Großen. Bei denen ist es dann auch möglich, daß sie Kartoffeln für 3,50 DM pro Zentner abgeben können, wobei sie immer noch was übrig haben. Das zeigt das Gut im Nachbarort. Die bringen die Kartoffeln auch noch 80 km zu dem Großabnehmer, mit dem sie einen Vertrag haben. Ich habe aber nur einen 25-Hektar-Hof, den ich als Nebenerwerbsbetrieb seit 4 Jahren führe. Ich brauche mindestens 6,50 DM für einen Zentner Kartoffeln, um die Unkosten decken zu können. Ich muß die Kartoffeln pflanzen, roden und gegen Unkraut spritzen lassen. Ich kann mir die teuren Maschinen nicht leisten.
Vor 5 Jahren hatte mein Vater den Hof noch, und er konnte die Familie davon ernähren. Heute ist das aber absolut nicht mehr möglich. Die Schweine- und Eierfabrikanten haben uns die Preise noch mehr kaputtgemacht, als die Großgrundbesitzer. Diese Intensivbetriebe sind ja auch genau wie Fabriken organisiert. Als Leiter ist dort ein Manager tätig. Erst vor kurzem ist hier in Niedersachsen solch eine Schweinefabrik in Konkurs gegangen. Diese Fabrik war erst ein paar Jahre in Betrieb. Damals hat der Staat auch noch großzügige Kredite dafür aufgebracht."

Wie sieht die Regierung eine Möglichkeit, diese schlechte Lage zu verbessern? Was für Forderungen stellt das Landvolk und der Deutsche Bauernverband?

"Stark im Gerede ist eine Vorsteuer-Pauschalerhöhung von einem Prozent, was aber nur für buchführende Betriebe in gewisser Weise einen Nutzen bringt. Dieses eine Prozent bringt aber allgemein überhaupt keinen Vorteil. Die Land-Data Visselhövede hat errechnet, daß mindestens 1,79 % Erhöhung notwendig wären, um einen Ausgleich gegenüber dem letzten Jahr zu schaffen.
Eine allgemeine Agrarpreiserhöhung von 10 % wäre eine entsprechende Forderung, um einen Ausgleich der Verluste der letzten Jahre zu haben. Es werden von Heeremann Forderungen an die EWG aufgestellt, daß wir Unterstützungen bekommen, wie die anderen Bauern in den EWG-Ländern. Dies wird aber nicht viel nützen, denn auch in den anderen EWG-Staaten machen die Bauern durch Protestaktionen auf ihre schlechte Lage aufmerksam. Das zeigen die Demonstrationen in Frankreich, Holland und anderen Ländern. Letztes Jahr haben wir noch Subventionen bekommen, die nach Hektar berechnet wurden. Diese Subventionen wurden für 1974 gestrichen. Ist es so, daß wir 10 % mehr bekommen, und rechnen wir das an einem Beispiel wie bei Schweinefleisch durch. Da bekommen wir jetzt 1,20 DM, das sind dann 12 Pfennig. Aber der Schlachter schlägt auf seinen Verkaufspreis auch 10 % rauf. Der Verbraucher ist dann wieder der Angeschmierte. Meiner Meinung müßte hier so etwas ähnliches wie bei der Mehrwertsteuer eingeführt werden, so daß auf den Preis, den wir bekommen, 30 % aufgeschlagen werden, den sich die Händler dann teilen können. So wäre dann die große Spanne zwischen unseren Preisen und dem, was dem Endverbraucher abgenommen wird, ein Stecker gesetzt. 30 % für den Zwischenhandel sind auch genug, wenn ich meine Arbeit sehe, die ich investiere und die Arbeit sehe, die vom Handel investiert wird. So wäre dann auch allen gedient."

Was kann man Deiner Meinung nach mit Demonstrationen erreichen?

"Der Effekt soll sein, daß die Bevölkerung aufmerksam gemacht wird, wie wir betrogen werden. Es ist daher auch ein sehr gutes Mittel, was viele Bauern schon angewandt haben, daß sie ihre Produkte zu den Händlerpreisen an den Endverbraucher verkauft haben. So sehen alle, was der Zwischenhandel daran verdient. Dabei stoßen wir auch auf große Sympathien im Volk.
Zum anderen ist es so, daß das Landvolk, was für uns eine Art Gewerkschaft darstellt, sich für uns nicht genügend einsetzt und so dann den Druck von vielen spürt. Die Arbeiter haben Gewerkschaften, die wenigstens immer etwas durchsetzen; so können die Arbeiter mit einer Erhöhung ihres Arbeitslohnes in jedem Jahr rechnen. Bei uns gab es in den letzten Jahren eigentlich nirgends eine Erhöhung unserer Erzeugerpreise, die wir gespürt haben. Wenn die Arbeiter nicht genug bekommen haben, dann streiken sie wie letztes Jahr. Wenn wir nicht mehr bekommen, dann ist es für uns schlecht möglich, einfach nichts mehr an den Händler abzuliefern, denn die Kühe werden euterkrank, wenn sie nicht mehr gemolken werden. Der Händler freut sich dann höchstens noch, wenn er dann die Kuh billig kaufen kann. Wir sind gezwungen, die Milch abzuliefern. Genauso verhält es sich bei allen anderen Produkten. Bei Schweinen z.B.: Füttern wir die Schweine ein paar Monate länger, so werden sie immer schwerer und fetter. Dann bekommen wir weniger Geld für das Schwein, denn wir werden danach bezahlt, wie schwer ein Schwein ist und wieviel Fett es hat. Den besten Preis bekommt man für ein Schwein, was so um die 2,2 Zentner wiegt. Zum anderen ist es ja auch so, daß nicht wir bestimmen können, was wir für unsere Produkte haben wollen, sondern der Preis wird uns von den Händlern vorgeschrieben."

Was mich noch interessieren würde, wie Du zu einer Kollektivbewirtschaftung stehst? Daß Ihr gemeinsam Eure Ländereien bewirtschaftet, habt Ihr darüber schon einmal nachgedacht?

"Du meinst einen Kolchosenbetrieb? So was wird zur Zeit in Beckdorf ausprobiert. Da werden von mehreren Bauern auf arrondierten Flächen, d.h. sie haben 3 Parzellen von je 100 Hektar, bewirtschaftet. Das läuft meiner Meinung nach sehr gut und wird sich wohl auch durchsetzen.
Es ist ja so, daß heute hier in unserem Dorf fast alle schon Maschinen gemeinsam nutzen. Hier gehören zu einer Maschine fast immer 3 bis 6 Bauern. Um aber noch mal auf die 20 Jahre in deinem Artikel einzugehen, so waren da noch 25 Familien in diesem Ort, die von ihrem Hof lebten; heute sind es nur noch ganze 11 Familien. Einige haben ganz aufgehört und ihr Land verkauft oder verpachtet. Viele mußten aufhören und verkaufen, um ihre Schulden loszuwerden. Manche bewirtschaften wie ich ihren Hof noch nebenbei. Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann werden in 10 Jahren wohl nur noch 3 Landwirte ihren Hof als Haupterwerbszweig halten können. Die andere Lösung aber wäre das Beispiel aus Beckdorf. Daß wir nicht nur die Maschinen gemeinsam nutzen, sondern auch gemeinsam unsere Ländereien bewirtschaften und planen, was wir anbauen. So ist es möglich, daß wir unsere Höfe behalten können und uns nicht der Diktatur der Händler zu beugen brauchen."

A.E., Ortsaufbaugruppe Celle

Erfolgreiche Chilewoche - erfolgreiche Massendemonstration in Frankfurt

DIE SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN WIDERSTAND WÄCHST UND ERSTARKT

Zahlreiche Chile-Komitees und einige politische Organisationen, darunter der Kommunistische Bund Westdeutschland, haben zwischen dem 9. und 14.September eine Solidaritätswoche zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes durchgeführt. In zahlreichen Städten wurden Stände aufgebaut, um über den Kampf der Arbeiterklasse in Chile zu unterrichten, wurden Veranstaltungen durchgeführt, an denen sich viele Menschen beteiligten und am 11.September, dem Jahrestag des Putsches, wurden Demonstrationen durchgeführt gegen die Militärdiktatur und ihre Helfershelfer in den USA und in der BRD. All diese Aktivitäten stießen auf einen großen Widerhall in der Bevölkerung und insbesondere in der Arbeiterklasse, vor allem bei jungen Arbeitern. Zahlreiche Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen haben sich direkt und aktiv an der Chile-Woche beteiligt. Für den 14.September hatten die Chile-Komitees zu einer zentralen Demonstration in Frankfurt aufgerufen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat all seine Kraft dafür eingesetzt, diese zentrale Demonstration zu unterstützen. Außer politischen Organisationen haben den Aufruf auch verschiedene Gewerkschaftsversammlungen und Gewerkschaftsausschüsse unterstützt, z. B. der Bezirksjugendausschuß Niedersachsen der ÖTV, der Jugendvertrauensleutekörper von VW in Wolfsburg und die Jahreshauptversammlung des Arbeitskreises Junger Lehrer und Erzieher (AjLE) im Bezirksverband Frankfurt der GEW.
Die Solidaritätsdemonstration in Frankfurt war ein großer Schritt nach vorn in der Unterstützung des chilenischen Widerstandes. Rund 25 000 Menschen aus der ganzen Bundesrepublik und Westberlin nahmen an dieser Demonstration teil (laut Polizeifunk 33 000 Teilnehmer).



Ein Teil des Demonstrationszuges in der Innenstadt. Der Demonstrationszug war vier Kilometer lang. Auf der ganzen Länge des Zuges wurden viele Transparente gezeigt, um die Ziele und Forderungen der Demonstranten bekanntzumachen.
Immer wieder wurden Sprechchöre gerufen wie "Nieder mit der Militärjunta! Solidarität mit dem chilenischen Widerstand!", "Nieder mit den Hintermännern der Militärjunta! Nieder mit dem US-Imperialismus!", "Das chilenische Volk wird siegen! Der Faschismus wird unterliegen!".

Viele Passanten und Bewohner der Häuser am Weg der Demonstration hielten diese Forderungen und Parolen für vollkommen richtig. Es gab natürlich auch völlig falsche Meinungen zu hören.
Insgesamt zeigte sich jedoch auch hier, daß die Militärjunta isoliert ist und nur wenige Menschen für sie eintreten.

In drei Sonderzügen von Kiel über Hamburg, Hannover, Göttingen, von Bremen über Dortmund, Düsseldorf, Köln, von Freiburg über Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim und in vielen Bussen waren Demonstranten nach Frankfurt gekommen, andere hatten sich zusammengetan und waren in Privatautos gekommen; sehr viele Demonstranten kamen auch aus Frankfurt und seiner direkten Umgebung.
Auf der Abschlußkundgebung vor den Großmarkthallen sprachen neben einem Vertreter der Chile-Komitees und einem Sprecher verschiedener ausländischer Organisationen, vor allem Vertreter der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Widerstandes, so ein Vertreter der Bewegung für einheitliche Volksaktion (MAPU), ein Vertreter der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und der Vizepräsident des chilenischen Gewerkschaftverbandes CUT. Die Sozialistische Partei, die Partei des von den Putschisten ermordeten Präsidenten Allende, hatte eine Grußadresse geschickt. Die Reden der Vertreter der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Widerstandes brachten klar zum Ausdruck, daß der Sieg der Putschisten den Kampfeswillen der chilenischen Arbeiterklasse nicht gebrochen hat, sie strömten eine große revolutionäre Zuversicht aus. Diese Zuversicht wird gestützt durch die zunehmenden vielfältigen Widerstandsaktionen in Chile und durch die wachsende Isolierung der Junta in Chile selbst und bei den Völkern der Welt.
Die Junta hat nur noch eine Stütze in der chilenische Kapitalistenklasse, im US-Imperialismus und in der Kapitalistenklasse anderer imperialistischer Länder. Die Solidaritätsbewegung außerhalb Chiles nützt dem chilenischen Widerstand, denn sie zeigt den Kämpfern in Chile, daß sie nicht allein stehen, und sie zeigt der faschistischen Junta, daß sie allein steht. Sie behindert die Unterstützung der Junta durch ihre ausländischen Freunde und Hintermänner und kann diese sogar teilweise verhindern. So wies der Sprecher des chilenischen Gewerkschaftsverbandes auf die Unterstützungsaktionen der englischen Arbeiterklasse hin, die sich geweigert hat, Waffen für die Junta zu produzieren oder zu reparieren und überhaupt Waren für die Junta zu transportieren.
Für die Teilnehmer an der Demonstration und an der Kundgebung in Frankfurt steht fest, daß sie ihre Unterstützung des chilenischen Widerstandes weiter verstärken werden. Die Demonstration und die Kundgebung haben sie dazu entschieden ermutigt. Diese Unterstützung ist selbstverständlicher und wichtiger Bestandteil des eigenen Kampfes gegen die Ausbeuter und Unterdrücker in Westdeutschland.

–Red.–



Tausende sammelten sich nach und nach auf dem Kundgebungsplatz vor den Frankfurter Großmarkthallen. Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem Kundgebungsplatz. Demonstration, Aufmarsch auf dem Kundgebungsplatz, Kundgebung und Abmarsch vom Kundgebungsplatz bewiesen deutlich, daß große Menschenmassen fast keine Schwierigkeiten haben, sich organisiert zu bewegen, wenn sie sich für einheitliche Ziele zusammenschließen und wenn diese Ziele gerecht sind. Die große Demonstration kam so mit einer ganz kleinen Zahl von Ordnern sehr gut zurecht.

Revisionistische Intrige geplatzt

Erklärung der Mehrheit des Koordinationsaussschusses der Chilenen / Grussadresse der Sozialistischen Partei Chiles

Am 10.9.1974 hat die DKP-Zeitung UZ eine Pressemitteilung des Koordinierungs-Ausschusses der politischen Flüchtlinge aus Chile in der BRD abgedruckt, in der dieser sich von der Demonstration am 14.9.1974 in Frankfurt distanzierte, ebenso wie von allen anderen Veranstaltungen derjenigen Gruppen, die zur Frankfurter Demonstration aufgerufen hatten. Vorausgegangen war dem ein Fehler des Frankfurter Chile-Komitees. Dieses hatte unter ein Flugblatt, das den Aufruf zur Demonstration enthielt, fälschlicherweise den Koordinierungsausschuß der Chilenen als Unterzeichner mit angeführt und den Koordinierungsausschuß so zum direkten Mitträger der Veranstaltung gemacht. Diesen Fehler machten sich die Revisionisten zunutze, indem sie die obengenannte Erklärung an die Presse gaben. Am 13.9.1974, einen Tag vor der Demonstration, haben 3 der fünf Mitglieder des Koordinierungsausschusses, der aus je einem Vertreter der KP Chiles, der Sozialistischen Partei, der Linkschristen, der MAPU und dem MIR besteht, eine Erklärung veröffentlicht, in der festgehalten wird:

"Am 10.9. haben verschiedene Zeitungen eine vom Koordinierungsausschuß der chilenischen Flüchtlinge in der BRD unterzeichnete Erklärung veröffentlicht. Damit scheint sich dieser Ausschuß von allen Solidaritätsveranstaltungen mit dem Widerstand des chilenischen Volkes zu distanzieren, die in der BRD von den politischen Organisationen veranstaltet wurden und werden , die zur nationalen Demonstration am 14.9. in Frankfurt aufgerufen haben. Als Mitglieder dieses Ausschusses möchten wir der Öffentlichkeit mitteilen:

1. Die obengenannte Erklärung wurde von der Gesamtheit des Ausschusses weder diskutiert, noch verabschiedet, noch veröffentlicht.
2. Wir bedauern, daß diese Erklärung dazu beiträgt, die öffentliche Meinung in der BRD zu verwirren, indem sie versucht, die Unterstützung und die Solidarität, die dem chilenischen Volk von breiten Sektoren der westdeutschen Linken entgegengebracht werden, zurückzuweisen. (. . .)
3. Als Mitglieder des Koordinierungsausschusses der chilenischen Flüchtlinge in der BRD und in Übereinstimmung mit dem Inhalt der Erklärungen der gesamten chilenischen Linken von Rom, Paris und Budapest, manifestieren wir unsere entschiedenste und brüderliche Unterstützung aller Solidaritätsbeweise mit dem Kampf unseres Volkes, die beitragen zur Stärkung des chilenischen Widerstandes und zur Isolierung der Gorilla-Diktatur, und die dem Kampf zum Aufbau des Sozialismus in Chile dienen. (. . .)."

Auf der Abschlußkundgebung in Frankfurt haben von politischen Organisationen der chilenischen Arbeiterklasse die MAPU und die MIR gesprochen. Die Sozialistische Partei Chiles, die Partei des ermordeten Präsidenten Allende, hatte eine Grußadresse geschickt, die verlesen wurde. Die Hauptrede hielt der stellvertretende Vorsitzende der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT.
Damit ist die revisionistische Intrige geplatzt und die bewußte Absicht, Verwirrung zu stiften und zu spalten, ist offenbar geworden. Aber selbst bevor die tatsächlichen Vorgänge bekannt geworden sind, hat die zeitlich kurz vor der Frankfurter Demonstration plazierte revisionistische Falschmeldung keinen Erfolg gehabt. Die Frankfurter Demonstration ist zur eindruckvollsten Manifestation der Solidarität mit dem chilenischen Widerstand in Westdeutschland geworden.

W.M.



Das Bild zeigt die Rednertribüne und einen kleinen Teil der Kundgebungsteilnehmer. Auf der Kundgebung sprachen ein Vertreter der Chile-Komitees, ein Vertreter verschiedener ausländischer Organisationen, ein Sprecher der Bewegung für die einheitliche Volksaktion (MAPU), der Bewegung der revolutionären Linken (MIR) und der Vizepräsident des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT. Der Vertreter des chilenischen Gewerkschaftsverbandes rief die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse hier in Westdeutschland zur Unterstützung der chilenischen Arbeiterklasse auf. Die Kundgebung wurde durch die Internationale beendet. Dieses Lied drückte ganz ausgezeichnet den revolutionären Geist und die internationale Solidarität aus, die die ganze Kundgebung und Demonstration gekennzeichnet hatte.

Unangenehmer Zwischenfall

Beim Aufmarsch der Demonstration gab es einen Zwischenfall um den Lautsprecherwagen der Gruppe Rote Fahne (KPD). Wir berichten darüber, um der Entstehung irgendwelcher Geschichten von Heldentum und Verrat vorzubeugen.
Niemand hatte Schwierigkeiten mit dem Beschluß des Koordinationsausschusses der Chile-Komitees, daß keine Lautsprecherwagen auf den Kundgebungsplatz gefahren werden dürfen. Bloß als der Lautsprecherwagen der Gruppe Rote Fahne kam, gab es Scherereien. Es wurde versucht, den LKW durch die Ordner und in die dichtgedrängten Demonstranten hineinzufahren. Erst nach einiger Zeit wurde das aufgegeben.
Verschiedene Genossen von der Gruppe Rote Fahne (KPD) war mehrfach mündlich gesagt worden und auch über den Kundgebungslautsprecher war mitgeteilt worden, daß es tatsächlich nur um den LKW ginge, daß keineswegs beabsichtigt würde, den besonderen Zug der Gruppe Rote Fahne (KPD) vom Kundgebungsplatz fernzuhalten, daß die Grußadresse verschiedener ausländischer Organisationen, als deren Sachverwalter sich die Gruppe Rote Fahne (KPD) betätigt, verlesen würden wie vereinbart. Nach dem unerfreulichen Zwischenfall mit dem LKW verlief die Kundgebung gemäß den vorher getroffenen Vereinbarungen weiter. Dazu hätte es von vornherein keinerlei Spektakel bedurft.

–Red.–

US-REGIERUNG FINANZIERTE PUTSCH

Washington. Die amerikanischen Zeitungen "New York Times" und "Washington Post" berichteten am 8. September, daß die US-Regierung mindestens 8 bis 11 Millionen Dollar (20 bis 25 Millionen DM) ausgegeben hat für die Durchführung des Putsches in Chile. Die Berichte stützen sich auf Aussagen des CIA-Direktors Colby, die dieser vor einer Unterkommission des Repräsentantenhauses gemacht hat.
Wie die New York Times weiter berichtete, schieben die Angestellten des CIA alle Schuld auf Kissinger, der damals Berater Nixons war. Er soll als Präsident des "40-er Ausschusses" aktiv für die "Obstruktion" in Chile eingetreten sein, um das Ansehen der Allende-Regierung "vollständig zu diskreditieren". Der Ausschuß besteht heute noch. Es handelt sich um 40 Regierungsvertreter, die den Einsatz der amerikanischen Geheimdienste in der Welt planen.

Colby berichtete auch, daß die Demonstrationen gegen Allende im Sommer 1973 von Filialen amerikanischer Konzerne in Brasilien und anderen südamerikanischen Staaten finanziert worden seien.

»Die Lehren aus Chile«

Unter diesem Titel fand nach der Demonstration und Kundgebung am Abend im Bürgerhaus Niddaforum eine Podiumsdiskussion statt. Zu der Podiumsdiskussion waren rund 1 400 Menschen erschienen, vorwiegend aus Frankfurt. Leider hatten mehrere Sprecher, die vom Koordinationsausschuß der westdeutschen Chile-Komitees eingeladen worden waren, die Teilnahme abgelehnt, so Andreas Buro vom Sozialistischen Büro und Jürgen Horlemann von der Gruppe Rote Fahne (KPD). Letzterer hatte die Teilnahme abgelehnt, weil er auf einer "revolutionären Veranstaltung der Liga" anwesend sein müsse. Die Auffassungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland vertrat auf dem Podium der Sekretär des Zentralen Komitees, Joscha Schmierer. Sicher wird es nützlich sein, auch in Zukunft zu klaren und begrenzten Themen solche Veranstaltungen durchzuführen, weil hier die verschiedenen Organisationen gezwungen sind, zu bestimmten Fragen des Klassenkampfes Stellung zu nehmen, sich nicht im luftleeren Raum tummeln können und sich auch nicht ohne weiteres Gegenargumenten entziehen zu können.

–Red.–

VERTRAUENSLEUTE HOESCH WESTFALENHÜTTE

200 DM Mindestforderung

Vor zwei Wochen fand die erste Sitzung der Vertrauenskörperleitungen Gesamthoesch nach dem Urlaub statt, die sich auch gleich mit der jetzt anstehenden Stahltarifrunde beschäftigte. Als Rahmen für die Lohnforderung wurde beschlossen, ein Limit von 20 % festzusetzen. Dieser Richtwert gab schon die richtige Größenordnung an, die notwendig ist, um bei steigenden Preisen und Abgaben einerseits und immer stärkerer Arbeitshetze andererseits den Lebensstandard zu sichern.
Am 4.9. hat dann die Vertrauensleutevollversammlung der Westfalenhütte die Forderung konkretisiert:
- je Stunde einen Sockelbetrag von 60 Pfennig und darauf eine Erhöhung von 10 %;
- die Mindestlohnerhöhung soll 200 DM betragen;
- Laufzeit des Tarifvertrages soll 9 Monate betragen;
- für die Lehrlinge soll ein Schritt in Richtung einheitlicher, existenzsichernder Lohn getan werden: Gruppe 1 und 2 werden an die dritte angeglichen und diese um 100 DM erhöht;
- Trennung von Lohn- und Manteltarifvertragsverhandlungen.

Dieser Forderungskatalog hat offensichtlich den Charakter eines Kompromisses. Hierin drückt sich die Debatte aus zwischen einerseits einer klaren linearen Forderung und andererseits einer prozentualen Forderung, die für höhere Lohngruppen günstiger erscheint. Dazu der Versuch, die unteren Lohngruppen durch eine Mindestforderung abzusichern. Eine prozentuale Lohnforderung scheint für die höheren Lohngruppen günstiger. Doch dieser Schein trügt! Denn tatsächlich kann nicht eine einzelne Gruppe der Arbeiter allein eine ausreichende Lohnerhöhung erreichen, sondern nur in der Einheit aller Arbeiter liegt die Kraft zum Erfolg. Deshalb ist eine einheitliche lineare Forderung notwendig, wie sie von Kollegen der Bremer Klöckner-Hütte aufgestellt wurde: **1,20 DM mehr für alle!** Eine solche Forderung schafft klare Verhältnisse und macht es jedem Kollegen leicht, die ursprüngliche Forderung mit dem späteren Ergebnis zu vergleichen. Die 200 DM-Mindestforderung ist dafür nur schlecht zu gebrauchen. Weiterhin ist die Laufzeit, wie sie die Vertrauensleute fordern, zu kritisieren. Neun Monate sind bei der jetzigen anhaltenden Inflation zu lang. Zudem würde dann der nächste Termin der Tarifrunde in die Urlaubszeit fallen, was ein Handikap für die Arbeiter bedeutet. 6 Monate ist die richtige Laufzeit! Hervorzuheben ist die Forderung der Vertrauensleute nach Trennung von Mantel- und Lohntarifrunde. Zwar ist die Neufassung des Manteltarifvertrages in den Geheimverhandlungen der Gewerkschaftsfunktionäre schon lang genug verschleppt worden und muß jetzt auch erledigt werden; andererseits muß verhindert werden, daß die Ergebnisse der Lohntarife und der Manteltarife gegeneinander ausgespielt werden und wechselseitig dazu dienen, schlechte Ergebnisse zu vertuschen bzw. zu verschönern.
Um hierüber aber im gesamten Tarifgebiet NRW Klarheit und Einheit zu gewinnen, halten wir es für notwendig, eine Vertrauensleute-Vollkonferenz durchzuführen. Dort muß die Meinung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder zum Ausdruck gebracht werden, dort müßte versucht werden, die Politik der Großen Tarifkommission demokratisch zu bestimmen.

–Zelle Hoesch Dortmund–

Die mögliche Einheit nicht verschenken

DIE TARIFAUSEINANDERSETZUNGEN MÜSSEN RICHTIG VORBEREITET WERDEN

Den nachstehenden Auszug aus einem Rundbrief des ZK an die Ortsleitungen drucken wir jetzt ab, weil die Tarifauseinandersetzungen vorbereitet werden müssen und weil nicht einzusehen ist, warum wir hier verzichten sollten auf Erfahrungen, die wir gemacht haben. Nötig ist das, weil man z. B. aus der Zuschrift der Zelle Hoesch gut sehen kann, wie man die Sache nicht betrachten soll. Die Genossen heben nicht aus dem Forderungskatalog des Vertrauenskörpers das Wesentliche hervor, sondern stellen allen diesen Forderungen eine lupenreine, prinzipienfeste Forderung von "1,20 DM wie bei Klöckner gegenüber", noch dazu, indem sie gegen die 200 DM-Forderung für alle polemisieren. Der folgende Text mag es erleichtern, solche Fehler aufzuspüren und zu korrigieren. Unserer Ansicht nach mußte man zwar für eine Forderung eintreten, "1,20 DM wie bei Klöckner" das ist schon richtig. Genauso richtig ist auch, daß man die ganze Zeit dabei bleibt und erklärt, daß diese Forderung richtiger ist und besser. Daß man aber im Hinblick auf Beschlußfassung hervorheben muß den "200 DM mindestens für alle"-Beschluß und keineswegs die darüber mögliche Einheit verschenken darf zugunsten einer "lupenreinen" Forderung.

–Red.–

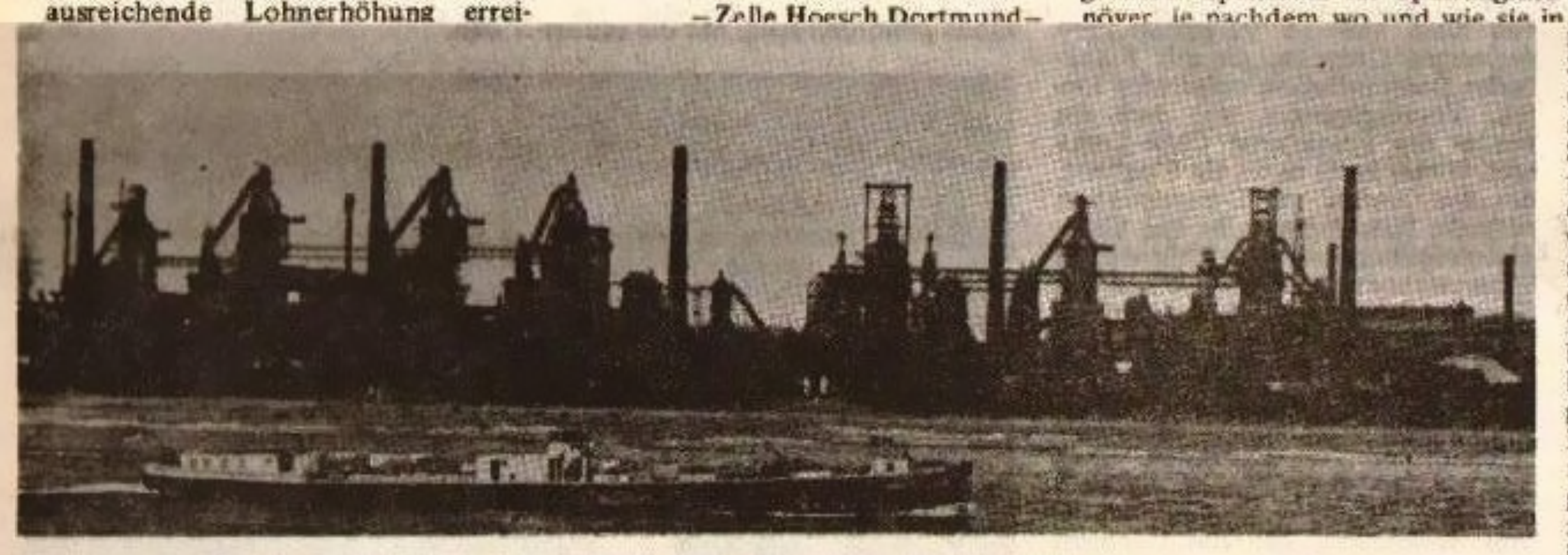
AUS DEM RUNDBRIEF 31 VOM 5.2.74

1. Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich vereinheitlichen alle Kollegen auf einer Forderung, vorausgesetzt die Forderung in Mark und Pfennig ist hoch genug, um auch von den höheren Lohngruppen anerkannt zu werden.
Forderungen in Mark und Pfennig in ausreichender Höhe schließen jede Spaltung durch die Forderung selbst aus, weil alle Kollegen für die gleiche Lohnerhöhung kämpfen.
2. Mindestforderungen in Mark und Pfennig schließen die Spaltung durch die Forderung nicht aus, schieben ihr jedoch einen Riegel vor, weil sie allen eine Mindestlohnerhöhung garantieren. Alle Kollegen kämpfen gemeinsam für die Mindestlohnerhöhung gemeinsam, darüberhinaus kämpfen die höheren Lohngruppen für eine höhere Lohnerhöhung. Es ist klar, daß Mindestlohnerhöhungen die Spaltung nicht aufheben, weil alle Kollegen auch dafür mitkämpfen, damit die höheren Lohngruppen mehr kriegen. Der Gewerkschaftsleitung bleibt ein größerer Spielraum für Spaltungsmanöver, je nachdem wo und wie sie in den Verhandlungen Abstriche macht.
3. Die Mindestforderungen werden auf die Spitze getrieben durch gespaltene Forderungen: Sockel – Prozenterhöhung. Hier wird die Spaltung zwar geringfügig verringert, es wird ihr jedoch keinerlei Riegel vorgeschoben. Die Manövriermöglichkeiten der Gewerkschaftsführung in den Verhandlungen sind kolossal.
4. Prozentforderungen spalten die Belegschaften entlang den Lohngruppen. Für jede Lohngruppe bedeutet die Forderung einen verschiedenen Betrag in Mark und Pfennig. Bei schon existierenden großen Lohnunterschieden und bei einer Inflationsrate, die alle gleich trifft, läuft eine Prozentforderung darauf hinaus, daß bestenfalls für die höheren Lohngruppen der Reallohn gehalten oder gar verbessert werden kann. In einer solchen Situation sind die Prozentforderungen noch spalterischer als sie es generell schon sind.

Aus all dem folgt, daß wir für ausreichende Lohnforderungen in Mark und Pfennig sind und gegen Prozentforderungen. Daß wir in bestimmten Situationen für Mindestforderungen eintreten können, nicht aber für gespaltene Forderungen.
Sowie wir nicht nur von der papiernen Agitation ausgehen, sondern von der Tatsache, daß wir schriftlich und vor allem mündlich in Auseinandersetzung mit realen Gegnern, die weder aufs Maul noch auf den Kopf gefallen sind, um die Meinung der Belegschaften und um die Mehrheit kämpfen müssen und sowie wir ausgehend von dieser Tatsache die jeweilige Situation untersuchen und uns nicht mit abstrakten Schemata begnügen, dann werden wir leicht erkennen, in welcher Situation es sinnvoll ist, bei Beibehaltung unseres Standpunktes bezüglich der Forderungsarten eine Vereinheitlichung der Belegschaften auf einer Mindestforderung anzustreben. Wann kann eine solche Situation eintreten? Dann, wenn wir nicht in der Lage sind, auf Grundlage von Mark und Pfennig Forderungen für alle gleich die Einheit herzustellen, Mehrheiten zu bilden und den Kampf auf diesen Forderungen auszurichten und wir danach streben müssen, wenigstens gewisse Garantien in der Form von Mindestforderungen für die breite Masse der Arbeiter durchzusetzen oder wenn wir nur durch die Aufstellung einer Mindestforderung erneut die Auseinandersetzung um die Forderungen eröffnen können, weil dies durch die Propagierung einer Mark und Pfennig Forderung für alle gleich nicht gelingt und wir **praktisch** nicht anders vorankommen.

Solche Situationen treten häufig auf; nehmen wir eine Mitgliederversammlung zur Aufstellung einer Forderung vor Beschluß der Tarifrunde. Wir treten ein für eine Forderung in Mark und Pfennig, können uns aber in der Abstimmung nicht durchsetzen. Ist es dann nicht sinnvoll, daß wir sagen: Dann laßt uns wenigstens einen Mark- und Pfennigbetrag aufstellen, unter dem keiner bleiben darf? Doch das ist sinnvoll. Und wird es nicht für alle Kollegen, die für Forderungen in Mark und Pfennig eingetreten sind, ein Erfolg sein, wenn sie wenigstens eine Mehrheit für eine Mindestforderung gewonnen haben. Und werden die Gewerkschafter in einer anderen Stadt nicht eine Forderung von sagen wir: **18 % mindestens, aber 200 DM für alle, besser und für ihren Kampf ermutigender finden als eine Forderung von 18 %? Doch, das werden sie.**

Oder nehmen wir eine Mitgliederversammlung (vor Beschluß der Tarifkommission), wo wir sofort wissen, wir werden uns mit einer Forderung in Mark und Pfennig niemals gegen eine Prozentforderung durchsetzen. Wird es da falsch sein, wenn wir in einem Beitrag erläutern, warum Forderungen in Mark und Pfennig richtig sind, daß wir aber wissen, daß viele Kollegen von der Richtigkeit von Mark und Pfennig-Forderungen noch nicht überzeugt sind und deshalb vorschlagen, daß wenigstens ein Betrag festgelegt wird, unter dem keiner bleiben darf? Nein, das wird nicht falsch sein.
Oder nehmen wir einen Betrieb, dessen Mitglieder seit Jahr und Tag Forderungen in Mark und Pfennig aufstellen, die aber jedesmal von der Tarifkommission abgeschmettert werden. Wird es falsch sein, wenn die Gewerkschaftsmitglieder ihre Forderung in Mark und Pfennig als Mindestforderung aufstellen und der Tarifkommission zuleiten, um, wenn schon nicht eine Forderung in Mark und Pfennig durchzusetzen, so doch wenigstens eine Garantie gegen die völlige Spaltung durch die Prozentforderung? Werden wir dagegen auftreten? Nein, wir werden nicht dagegen auftreten, wenn diese Mindestforderung in einer Höhe liegt, wie auch die Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich liegen könnte.
Warum werden wir dagegen nicht auftreten? Wir werden nicht dagegen auftreten, weil wir Kommunisten keine Prinzipienreiter sind, sondern Politiker, die auf einer klaren Linie für die Herstellung der Einheit gegen die Spalter eintreten und vor taktischen Manövern im Kampf gegen die Spalter keineswegs zurückschrecken.



Die Konzentration in der Stahlindustrie gefährdet die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter.

Thyssen kauft Rheinstahlkonzern

RHEINSTAHL–BRÜCKENBAU DORTMUND MACHT DICHT
STREIK GEGEN ENTLASSUNGEN

Dortmund. Am 22. August streikten die Arbeiter der Rheinstahl-Werke Dortmund zwei Stunden gegen drohende Entlassungen. Sie setzten eine außerordentliche Betriebsversammlung durch. Nach dem Aufkauf von Rheinstahl durch den Thyssen-Konzern gehen die Thyssen-Kapitalisten sofort an das heran, was alle Kapitalisten durch Fusionen erreichen wollen: höhere Profite herauszuschinden. Der erste Schritt ist: Werke zusammenlegen, einen Teil der Arbeiter auf die Straße werfen und aus den übrigen mehr herausholen.

Nach der Fusion legte der Thyssen-Konzern die Stahlbauabteilung von Rheinstahl in Dortmund zusammen mit der Thyssen-Tochter Klönne. Das ergibt für das neue Monopol Thyssen/Rheinstahl Einsparungen durch Rationalisierung von Maschinen und Arbeitskräften und somit einen höheren Gewinn – für die Arbeiter ergibt das Entlassungen und Wechsel in andere Betriebe. Bei Rheinstahl sieht das so aus: Von etwa 1 000 Beschäftigten werden 150 entlassen, zum großen Teil vorzeitig pensioniert, was für sie auf jeden Fall eine geringere Rente bedeutet. Etwa 670 werden von der deutschen Tochter des amerikanischen Konzerns Harnischfeger übernommen, an der Rheinstahl zu 49 % beteiligt ist. Der Rest der Kollegen soll die Produktion bei der Thyssen-Tochter Klönne weiterführen, allerdings unter schlechteren Arbeitsbedingungen. Die Kapitalisten zwangen die Kollegen, sich innerhalb weniger Tage für die Übernahme nach Harnischfeger oder Klönne zu entscheiden.

Auf der Betriebsversammlung von Rheinstahl-Brückenbau griffen die Kollegen all diese Praktiken der Geschäftsleitung an, die ihr Gewinnstreben ohne Rücksicht auf die Arbeiter durchsetzt. Ein Kollege erhielt deshalb auch tosenden Beifall, als er erklärte: "Wir Beschäftigten sind nicht schuld daran gewesen, müssen aber jetzt die Suppe auslöffeln. Die Unsicherheit über die Zukunft und die Bedingungen am neuen Arbeitsplatz bleibt weiter groß."

H.R., Ortsaufbaugruppe Dortmund /Red.

Streik bei Klöckner

Osnabrück. Am 12. September haben bei Klöckner Osnabrück etwa 300 Kollegen des Weichenbaus auf der Frühschicht um 10.30 Uhr die Arbeit niedergelegt. Als sie an diesem Lohntag um 10 Uhr ihre Lohntüten holten, stellten sie fest, daß allen Kollegen im Durchschnitt etwa 6 Pfennig abgezogen worden waren. Sofort verbreitete sich die Empörung und die Kollegen forderten Rechenschaft von dem Betriebsleiter Weber. Begründet wurde der Abzug vom Betriebsleiter, daß im letzten Monat nicht die Tonnenzahl ausgestoßen wurde, wie in den Monaten zuvor. Die übertariflichen Prämien werden nach den ausgestoßenen Tonnen bezahlt. Diese Prämienzahlung wurde vor einigen Jahren eingeführt für den Einzelakkord. Anfangs brachte das den Kollegen etwa 20 Pfennig mehr in der Stunde. Aber gestiegen ist die Prämienzahlung so gut wie nie. In der letzten Zeit sank die Prämienzahlung meist um einen Pfennig in der Stunde, jetzt um sechs. Die Kollegen sind damit unter die frühere Bezahlung im Stundenlohn gerutscht.

Die Kollegen ließen sich nicht abweisen. Es wurden drei Vertreter gewählt, die mit Betriebsrat und Geschäftsleitung verhandelten. Bis zum Schichtende stand der Weichenbau still. **Die Forderung ist: Sofortige Bezahlung der fehlenden sechs Pfennig, Bezahlung der Streikstunden, Verhandlung über Abschaffung der Prämienbezahlung.** Der Betriebsrat teilte mit, daß am Mittwoch, den 18. September, ein Ergebnis zu erwarten sei. **Die Kollegen wollen den Mittwoch abwarten.**

WEITERER LESERBRIEF AN "BILD AM SONNTAG"

Siehe auch den Brief rechts

Ich teile nicht die Meinung der meisten Kollegen aus der Umfrage der 'Bild am Sonntag' vom 8.September. Sicher, wenn die Tarifrunde 8 % tatsächlich bringt, ginge das schon. Dazu muß ich aber mindestens die 7,5 % von der bekannten Preissteigerung dazu rechnen. Außerdem sind überall im Betrieb ein paarmal die Stopper herumgegangen, so daß die meisten von uns nichts mehr von der letzten Lohnerhöhung übrig haben. Das heißt, daß gar nichts geblieben ist, womit die gestiegenen Preise bezahlt werden können und sich jeder noch schlechter steht als im vorigen Jahr. Deswegen brauchen wir diesmal mindestens eine Erhöhung von 16 % und das sind mindestens 180 bis 200 DM – das für alle gleich, denn für uns alle sind die Lebenshaltungskosten gestiegen.

H.D., Produktionsarbeiter Hoesch Hamm

Berichtigung: Im Artikel über Kurzarbeit bei VW, KVZ 18, Seite 4, steht, Entlassungen von 50 000 seien geplant. Es muß heißen: **5 000**

,Bild' hetzt gegen Forderungen

Mit der Forderung "8 % müßte ich haben" schob "Bild am Sonntag" vom 8. September einigen "Bild"-Arbeitern das in den Mund, was die Kapitalisten wünschen. "Bild am Sonntag" will auf diese Weise helfen, die Lohnforderungen zu drücken. Ein Kollege schrieb an "Bild am Sonntag"

Redaktion der Zeitschrift
"Bild am Sonntag"
– Leserbrief –

In Ihrer Ausgabe vom 8.9.74 machen Sie eine Umfrage unter Metallarbeitern: "8 % müßte ich haben". Schon die Unterüberschrift (was die deutschen Arbeiter vor Beginn der Herbst-Lohnrunde fürchten und fordern) zeigt die Absicht: Sie gaukeln eine repräsentative Umfrage vor, um vom Standpunkt der Kapitalisten aus die Lohnrunde zu erläutern, indem Sie einen Artikel voll mit Argumenten der Unternehmer bringen.
Sie schüren die Angst um den Arbeitsplatz, der durch zu hohe Lohnforderungen gefährdet wäre. Doch in Wirklichkeit hat noch nie ein Arbeiter Einfluß darauf gehabt, ob er arbeitslos wird oder nicht. Dies ist immer den Unternehmern überlassen. Schützen können sich die Arbeiter nur durch ein entsprechend hohes Arbeitslosengeld (80 % des Lohns). Der Verzicht auf den Lohnkampf heißt nur, sich völlig kampflos in die Hände der Kapitalisten zu geben, die dann um so hemmungsloser ausbeuten können. Denn das weiß jeder Metallarbeiter: Real sinkt unser Lohn beständig. Wie Kollege Paul Walitzki das schaffen will, mit 10 % (= 100 DM) mehr, 64 DM Mieterhöhung aufzufangen und dann noch "ein paar Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs" ist mir schleierhaft. Ich jedenfalls könnte mit 100 DM mehr noch nicht mal die gestiegenen Lebensmittelpreise, ganz zu schweigen von allen anderen Kosten, ausgleichen.
Und das Argument dieses Kollegen, "die Stahlpreise sind ja auch gestiegen" zieht überhaupt nicht. Wir sehen es täglich: Die Unternehmer erhöhen ihre Preise wie es ihrem Profitstreben gefällt, egal ob sie viel absetzen, oder wenig (Autos), egal ob die Rohstoffe billiger werden oder teurer (Erzeugerpreise – Landwirtschaft). Auf die Preisgestaltung haben die Arbeiter keinen Einfluß, aber auf die Löhne: Deswegen sind das Mindeste, was wir brauchen, 250 DM, das wird knapp reichen, um Teuerung und Inflation aufzuhalten. Und zwar 250 DM für alle gleich, egal welche Lohngruppe! Da ich nach allen Erfahrungen mit Ihrer Zeitung nicht sicher bin, daß mein Brief abgedruckt wird, schicke ich ihn gleichzeitig an die Redaktion der "Kommunistischen Volkszeitung" mit der Bitte um Veröffentlichung.

Mit freundlichem Gruß
Tomas Klingeberg (24)
Elektromechaniker, Göttingen

Vulkanesen kämpfen erfolgreich gegen die Kürzung der Pausen

Bremen. Mitte August verschärfte die Direktion die Arbeitshetze auf der gesamten Werft. Folgendes ereignete sich: Der Direktor Huchzermeier machte einen Ausflug auf dem Deck des Tankers Liotina, um sich auch dort einmal umzuschauen und sah dort mehrere Schweißer – zumeist türkische Kollegen, die auch die Mehrheit der Branche bilden – eine Zigarettenpause machen. Huchzermeier zog eine tolle Schau ab, tobte, und drohte, sofort 50 türkische Schweißer zu entlassen. Was davon blieb, war die Ausrichtung sämtlicher Meister und Vorarbeiter aller Branchen, die nun dafür sorgen sollten, daß die Vulkan-Arbeiter bis auf wenige Minuten die volle Arbeitszeit arbeiten.

Bisher hatten die Kollegen gut 15 Minuten vor den Pausen und vor Arbeitsschluß ihren Arbeitsplatz verlassen, um sich zu den – meist weit entfernten – Frühstücksräumen und Garderoben zu begeben, sich Milch und das Essen an den Ausgaben abzuholen, sich an den Kantinenwagen etwas zu kaufen, sich zu waschen und vielleicht noch einen Kaffee zu trinken.

Jetzt sollten sie bis wenige Minuten vor den Pausen in den Hallen und auf den Schiffen bleiben.

In den meisten Branchen notierten sich die Meister diejenigen, die sich nicht beugten und drohten mit Zeitabzug und Rausschmiß. Bei den Schweißern dagegen, wurden die einzelnen Kolonnen bis kurz vor den Pausen von den Vorarbeitern an Bord gehalten. Dadurch wurden die Schweißer einheitlich als gesamte Branche getroffen und unterlagen den Maßnahmen der Kapitalisten am schärfsten.

Bei den Schweißern führte das zu zweierlei:

Zum einen begannen einzelne Kollegen jetzt länger zu arbeiten, weil sie nicht von Bord konnten. Genau das war es, was die Kapitalisten bezwecken: eine Ausweitung der tatsächlichen Arbeitszeit. Beginnen erst einige mehr zu arbeiten, steigt die Konkurrenz der Kollegen untereinander und werden die anderen schon bald ebenfalls sich länger abrackern. Verkürzte Akkordzeiten werden das ihre dazutun.

Zum anderen aber – und das wurde mehr und mehr zur Hauptströmung – begann sich der Widerstand der Kollegen gegen diese Maßnahmen zu entwickeln. Vorarbeiter und Meister wurden beschimpft, die, die begannen, länger zu arbeiten, wurden von der Arbeit weggeholt, und die Pausen weiter so wie bisher gemacht. Nur daß man jetzt an Bord herumstand und sich in langen Schlangen anschließend an Ausgaben und Kantinenwagen drängte, mit schmutzigen Händen das Essen verzehrte und dreckig den Betrieb verließ, weil die Zeit zum Duschen nicht mehr blieb, wenn man die Busse noch erreichen mußte.

So konnte das nicht weitergehen.

Auf der Betriebsversammlung Ende August ergriffen mehrere Kollegen dazu das Wort. Huchzermeier wurde unter dem Beifall der Belegschaft aufgefordert, diese Maßnahme sofort zurückzunehmen.

Noch konnte sich Huchzermeier herauswinden: Es wären halt nur einzelne, die laufend Pause machen würden und bis zu einer Stunde vor Pausen und Arbeitsschluß den Arbeitsplatz verlassen würden. Deshalb hätte man die jetzige Maßnahme ergriffen. Das nahm ihm zwar kaum ein Kollege noch ab, aber auf der Betriebsversammlung konnte kein Kollege mehr zu dem von Huchzermeier Gesagten Stellung nehmen (dank einer bekloppten Tagesordnung).

Umso größer war und wurde aber die Wut der Kollegen, vor allem der Schweißer. Als die Meister sogar einzelnen Schweißern mit Zeitabzug drohten, als diese einige Minuten vor der Pause vor dem Früstücksraum eintrafen, war es soweit. Überall an Bord standen Gruppen von Schweißern zusammen und debattierten, was zu tun sei. Die Vertrauensleute und Betriebsräte wurden aufgefordert, eine Branchenversammlung einzuberufen.

Am Donnerstag, den 5.9., fand diese Versammlung in der Mittagspause statt. Die Vertrauensleute-Obmänner der Branche waren dem Willen der Kollegen nachgekommen, nachdem sie selbst anfangs darauf setzten, in Verhandlungen mit der Direktion die Forderung der Kollegen durchzusetzen.

Eine halbe Stunde dauerte die Versammlung. 350 Schweißer waren anwesend. Nach anfänglich schleppendem Verlauf wurde dann nahezu einstimmig beschlossen, sämtliche Überstunden zu verweigern.

Gefordert wurde, daß man 15 Minuten vor Pausen und Arbeitsschluß den Arbeitsplatz verlassen kann. Die Nachtschicht schloß sich dem an. Die Kolonnen sorgten dafür, daß alle Kollegen keine Überstunden mehr machten. Nur am Samstag arbeitete eine Handvoll Schweißer.

DER KAMPF GEGEN DIE AUSWEITUNG DER ARBEITSZEIT IST AUSDRUCK DER EMPÖRUNG ÜBER DIE GESAMTE LAGE DER ARBEITER

In den Verhandlungen geht die Geschäftsleitung nicht auf die Forderung der Schweißer ein. Daraufhin setzen die Betriebsräte der Schweißer für Montag, den 9.9. eine neue Branchenversammlung an, zu der sie die Vertreter der Geschäftsleitung einladen. Um 12 Uhr ist Mittagspause. Um 12.15 Uhr ist der große Frühstücksraum zum Bersten voll, nahezu alle Tagschicht-Schweißer (mehr als 400) sind anwesend.

Verschwitzt und wütend stehen sie in ihren dreckigen und verbrannten Anzügen den geschniegelten, Ruhe ausstrahlenden und jovial lächelnden Vertretern der Geschäftsleitung gegenüber.

Letztere legen ihren Standpunkt dar: Weil einige über die Stränge hauen würden, wäre man zur Kontrolle der Einhaltung der üblichen Arbeitszeit gezwungen. Sie billigen 5 Minuten vor Pausen und Arbeitsschluß zu.

Die Wortmeldungen der Kollegen überstürzen sich, was jetzt zur Sprache kommt, sind die Arbeitsbedingungen der Kollegen, daß zuwenig Lüfter da sind, daß die Beleuchtung in den Tanks und Laderäumen wie die Stellagen miserabel sind und tödliche Gefahren für die Kollegen bedeuten, daß es für notwendige Wege (zur Krankenkasse, Lohnbüro und Werkzeugausgaben) langer Zeiten bedarf, für die es im Akkord keine Berücksichtigung gibt. Die Verlängerung der Arbeitszeit durch die Kürzung der Pausen ist nur ein Punkt von vielen. Aber um ihn geht der Kampf. Die ausweichenden Antworten der Geschäftsleitung befriedigen die Schweißer nicht. Als diese 10 Minuten anbietet und ein Kollege dagegen erneut volle 15 Minuten fordert, sowie deren Absicherung in einer Betriebsvereinbarung, und zur Fortsetzung der Überstundenverweigerung aufruft, ist der Beifall groß.

Der Beschluß, die Überstunden zu verweigern, wird erneut bestätigt. Für Dienstag wird eine erneute Versammlung angesetzt. Um 13.30 Uhr ist die Versammlung beendet. Noch den ganzen Nachmittag debattieren die Kollegen über ihre Lage. Morgen wird man weitersehen. Sollte sich die Geschäftsleitung nicht zur Zustimmung bewegt haben, wird man streiken, sagen die Kollegen. Die Verweigerung der Überstunden wird weiter voll durchgehalten.

DER KAMPF IST ERFOLGREICH, DOCH GELANG ES NICHT, IHN IN EINEN BEWUSSTEN KAMPF UM RECHTE FÜR ALLE ARBEITER ZU VERWANDELN

In Verhandlungen am Montagabend stimmt die Geschäftsleitung der Forderung der Schweißer nach 15 Minuten zu. Mit Händen und Füßen wehrt sie sich aber gegen eine Betriebsvereinbarung und verweist auf die Manteltarifverhandlungen. Am Dienstagmorgen ist das Verhandlungsergebnis schnell bekannt. In den Debatten an Bord und in den Hallen akzeptieren die Kollegen durchweg das Verhandlungsergebnis. Es wird zwar allgemein bemängelt, daß eine rechtliche Absicherung fehlt, man gibt sich aber damit zufrieden, weil die Geschäftsleitung erklärt, aus rechtlichen Gründen wäre sie dazu nicht in der Lage. Das wäre Sache des gesamten Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften (was so nicht stimmt. Denn Betriebsvereinbarungen stehen nicht unbedingt in Widerspruch zu den Tarifverträgen und ob die Kapitalisten bereit sind, diese abzuschließen, darüber entscheidet der Kampf und die Kraft der Kollegen.) Zum anderen waren die Kollegen der festen Überzeugung, daß sie schon bei einem erneuten späteren Angriff der Kapitalisten auf die Pausenzeiten diesen Angriff energisch zurückschlagen würden und dann nicht mehr mit Überstundenverweigerung.

Auf der Branchenversammlung mittags waren nur noch 250 Kollegen anwesend. Die Sache war für die Mehrheit der Kollegen gelaufen. So verlief auch die Versammlung. Breite Zustimmung zum Verhandlungsergebnis und zur Beendigung des Überstundenstreiks.

Die Vertrauensleute wurden aufgefordert, sich für die generelle Absicherung der drei mal 15 Minuten im Manteltarif einzusetzen.

So brachte der Kampf der Schweißer die Zurücknahme der Arbeitszeitverlängerung und stellt die bisherigen Gewohnheitsrechte der Kollegen wieder her.

Was nicht gelang – und wozu der spontane Kampf von sich aus nicht in der Lage ist – war die Verbindung des Kampfes gegen die Arbeitszeitverlängerung mit dem Kampf um die Durchsetzung der bisherigen tatsächlichen Arbeitszeit als allgemeines Recht aller Arbeiter. Ebenso wie es anfangs nicht gelang, die hierfür notwendige einheitliche Kampffront aller Vulkan-Arbeiter herzustellen, und als diese Einheit heranreifte, der Kampf der Schweißer mit dem Ergebnis beendet wurde.

Die Genossen der Zelle haben versucht, unter der Forderung nach 15 Minuten Waschzeit für alle Kollegen vor Pausen und Arbeitsschluß den spontanen Kampf in einen Kampf um ein gesetzliches (vertragliches) Recht für alle Arbeiter zu verwandeln, d. h. zu orientieren auf eine Betriebsvereinbarung und darüber hinaus Aufnahme in dem gerade neu verhandelten Manteltarifvertrag.

Dieser Kampf und diese Forderung liegt auf der Linie nach Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie im Programm des KBW niedergelegt ist.

Das ist nicht gelungen.

Gelingen kann das nur, wenn wir ausgehend von der elenden Lage der Arbeiter, darlegen, daß die Verantwortung dafür die Kapitalisten tragen, die vom Zwang der kapitalistischen Konkurrenz nach immer mehr Profit getrieben, die Lage der Arbeite;mehr und mehr angreifen müssen und dies auch tun.

Daß für die Arbeiter deshalb der Ausweg aus dem Elend nur im Sturz der Kapitalherrschaft liegen kann und im Aufbau des Sozialismus.

Daß aber, solange die Kapitalisten herrschen, die Arbeiter den Kampf führen müssen gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lage und daß sie dabei gerade um gesetzlich fixierte Rechte kämpfen müssen, die – durch ihre Geltung für alle Arbeiter – die Konkurrenz unter den Arbeitern innerhalb eines Betriebes, eines Industriezweiges und eines Staates einschränken. Die Konkurrenz unter den Arbeitern, das Buhlen um die Gunst der Kapitalisten, öffnet den Kapitalisten Tür und Tor, um die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse zu verschärfen. Da hilft nur der Kampf um Arbeiterrechte.

Dadurch wird sowohl die Einheit der Arbeiter hergestellt, die Not tut, um nicht durch die Konkurrenz untereinander in immer größeres Elend abzusinken, als auch die Selbständigkeit der Arbeiter als Klasse vorangebracht, derer sie bedarf, um immer klarer ihr sozialistisches Ziel zu erkennen und im Kampf • darum voranzukommen.

–P.D., Bremer Vulkan–

Lehrer bereiten Streik vor

Westberlin. In der Woche vom 23. 9. entscheiden die Westberliner GEW-Mitglieder in einer Urabstimmung über Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden die Woche. Stimmen 75 % der etwa 10 000 gewerkschaftlich organisierten Lehrer mit "ja", dann wird am 1. 10. an allen Westberliner Schulen für einen Tag der Unterricht eingestellt. Die Politik des Senats führt zu immer unerträglicher werdenden Zuständen an den Schulen der Stadt. Die Lehrer sind gezwungen, statistisch gesehen 47,5 Stunden pro Woche zu arbeiten. Am 12. 9. schrieb Schulsenator Löffler an alle Lehrer Briefe, in denen er ihnen im Falle eines Streiks Disziplinarmaßnahmen ankündigte. **Die von den GEW-Mitgliedern durchgesetzte Versammlung aller Westberliner Lehrer am 19. 9. wird der entscheidende Hebel dafür sein, daß sich die kampfbereiten Lehrer gegen alle zurückzerrenden Kräfte zu einer einheitlichen Kampffront gegen den Senat zusammenschließen.**

Ein freier Tag im Monat durchgesetzt

Mannheim. Wie schon in der KVZ Nr. 14 berichtet wurde, bleibt es jeder Dienststelle im öffentlichen Dienst selbst überlassen, wie die Arbeitszeitverkürzung durch die 40-Stunden-Woche ab 1.Oktober geregelt wird. Bei uns im Städtischen Krankenhaus Mannheim hatten die Direktion und die Oberschwestern versucht, Personal durch Neueinstellungen zu sparen, indem sie die Übergabezeiten von bisher einer Stunde auf 10 Minuten verkürzen wollten.

Daraufhin aber kam ein breiter Protest von allen Stationen. Alle Kollegen sprachen sich für einen freien Tag zusätzlich im Monat aus, außerdem für die Neueinstellung von mehr Personal. Aufgrund dieses Drucks mußten Direktion und Oberschwestern zurückziehen. Nach zwei Wochen kam ein neuer Entwurf, angepriesen als Fortschritt, als Verbesserung.

Doch alle Kollegen erkannten klar, daß dieser neue Entwurf nichts anderes war, als ein Aufguß des alten. Daß er nur dazu diente, Personal zu sparen und damit den Kollegen noch mehr Arbeit aufzubürden. Der Vertrauensleutekörper und der Personalrat stellten sich einstimmig hinter die Forderung nach einem freien Tag und mehr Personal und traten in Verhandlungen mit der Verwaltung.

Obwohl sich Verwaltung und Oberschwestern mit Händen und Füßen sträubten, mußten sie schließlich aufgrund des Drucks der Kollegen nachgeben. Daß der freie Tag durchgesetzt wurde, ist ein Erfolg der Kollegen.

Die Forderung nach Einstellung von mehr Personal ist aber noch nicht durchgesetzt. Wo die Oberschwestern vorher das Argument brachten: "Wir würden ja mehr Personal einstellen, aber wir bekommen ja kaum jemand", versuchen sie es auf eine andere Tour. Mittlerweile haben sie nämlich gemerkt, daß dies nicht zieht. Jetzt heißt es plötzlich: "Das neue Personal für die 40-Stunden-Woche wurde schon im Februar eingestellt." Das ist natürlich der Gipfel.

Denn im Februar war es überhaupt noch nicht klar, ob die 40-Stunden-Woche eingeführt wird. Außerdem ist auf keiner einzigen Station etwas von mehr Personal zu merken.

Trotz des einen freien Tags, den wir durchgesetzt haben, dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern müssen uns mit all unseren Kräften dafür einsetzen, daß zum 1.Oktober mehr Personal eingestellt wird.

–uk, Mannheim–

Hohe Gefährdung der Gesundheit durch PVC

Köln. Bei Rheinkabel wird mit PVC, das krebserzeugend ist, gearbeitet. Die Betriebszelle des KBW schreibt:

Schon zweimal haben wir in der Betriebszeitung über die Gefährlichkeit der PVC-Verarbeitung informiert, und auf der letzten Betriebsversammlung hat auch ein Kollege diesen Punkt aufgegriffen. Immer noch aber ist die Situation im Betrieb so, daß an vielen Spritzen Abzugshauben fehlen. Zwar wurden inzwischen einige Abzugshauben installiert, diese sind aber viel zu laut. Dort stehen die Kollegen dann vor der Wahl, langsam, unmerklich von innen zerfressen zu werden, ober dauernd unerträglichen Lärm zu ertragen.

Noch einmal die Tatsachen:

1. Bei Rheinkabel wird in großen Mengen PVC zur Isolierung von Drähten oder Ummantelung von Kabeln verarbeitet. Bei der Herstellung von PVC wird aber zunächst ein Gas, das sogenannte Vinylchloridgas, hergestellt, das schon in geringsten Mengen über Jahre hinaus eingeatmet u.a. zu absolut unheilbarem Leberkrebs führen kann (Angiosarkom der Leber).
2. Bei der Herstellung des PVC-Granulats wird nicht das gesamte Vinylchlorid-Gas in Polyvinylchlorid (= PVC) umgesetzt. Ein Rest dieses heimtückischen Gases bleibt im PVC und entweicht daraus beim Erhitzen des Granulats (beim Spritzen!).
3. Auch noch lange nach der Verarbeitung des Granulats in irgendwelche Formen (Kabelmäntel, Verpackungen, Spielzeug usw.) wird Vinylgas frei.

Besonders die beiden letzten Punkte zeigen die Gefährdung aller Kollegen, die bei uns mit PVC arbeiten oder die in der Nähe der Spritzen tätig sind. Wollte uns der Kölner Stadt-Anzeiger vor einiger Zeit weismachen, daß "bloß" die Herstellung von PVC gefährlich sei, beweisen Meldungen aus den USA das Gegenteil:

- Ein Arbeiter einer Kabelfabrik in Bridgeport kam auf grausame Weise ums Leben, nachdem er dort über 10 Jahre eine Maschine bedient hatte. Er starb am Angiosarkom der Leber, einem bösartigen Blutschwamm, der die Blutgefäße der Leber befällt und absolut unheilbar zum Tode führt. Da diese Krebsart bislang selten war, vermuten Ärzte in den USA, daß diese Krankheit als Todesursache oft übersehen worden ist, sie ist nämlich schwer zu erkennen. **Die bösartige Geschwulst tritt erst nach vielen Jahren erkennbar hervor!**
- Ebenso starb in Connecticut (USA) ein Angestellter an dieser Krankheit, nachdem er viele Jahre in einer Fabrik für PVC-Überzüge **beschäftigt war.**

Aber das Vinylchlorid-Gas ruft nicht nur Leberkrebs hervor. Bei Arbeitern in der PVC-Herstellung wurde eine ganze Reihe von verschiedenen Krebsgeschwulsten festgestellt, und es gilt als sicher erwiesen, daß sie alle durch dieses Gas entstanden sind. Untermauert wurden diese Beweise durch umfangreiche Tierversuche.

- Ein 38-jähriger PVC-Arbeiter wurde 1968 von seinem Hausarzt wegen Leistungsnachlaß und gelegentlicher Schmerzen in der linken Oberkörperhälfte in die Medizinische Universitätsklinik Bonn überwiesen; er war 12 Jahre in einem PVC-herstellenden Betrieb tätig.
  Die Untersuchung dort ergab: Großer Oberbauchtumor (Leber und Milz zuzuordnen). Große Verschattung des Röntgenbildes im linken Mittelbauch bis zum Becken (Milztumor). Zahlreiche Knoten auf der Leberoberfläche. Diagnose: Angiosarkom der Leber.
  Der Arbeiter konnte nicht operiert werden. Er starb im Januar 1969.
- In einer westdeutschen Fabrik, in der wie bei Rheinkabel PVC verarbeitet wird, erkrankten 6 Arbeiter an Leberschäden.
- Bei der Firma Goodrich in den USA wurde bei **jedem fünften Arbeiter** der PVC-Herstellung ein Leberschaden festgestellt.

Obwohl schon seit 1949 die Wirkungen des Vinyl-Gases bekannt sind, wird bei uns noch glattweg ohne die Sicherheitseinrichtungen produziert. Sollen erst ein paar Arbeiter krepieren, ehe etwas geschieht? Wer weiß, bei wievielen von uns nicht schon durch PVC-Gase hervorgerufene Tumore unerkannt vor sich hinwuchern! Es müssen sofort zwei Dinge gefordert werden:

1. Überall wirksame Absauganlagen, auch dort, wo kein PVC verarbeitet wird (denn wer garantiert, daß nicht auch bei anderen Kunststoffen (Polyäthylen) gefährliche Gase freiwerden)!
2. Sofortige gründliche ärztliche Untersuchung aller Arbeiter und Angestellten der Produktion!

Der Betriebsrat muß diese Sachen beschließen und ihre Durchführung überwachen. Wir dürfen diese Fragen nicht auf die leichte Schulter nehmen. Der Betriebsrat hat sich bisher nicht ausreichend darum gekümmert, wie die letzte Betriebsversammlung zeigte.

Kollegen! Unsere Gesundheit ist uns wichtiger als der Profit der BBC-Kapitalisten. Verlangen wir die sofortige Durchführung dieser Maßnahmen zu unserem Schutz von der Geschäftsleitung! Verlangen wir vom Betriebsrat, endlich energisch tätig zu werden!

Die beschriebenen Tatsachen sind nachzulesen in:
"Deutsche medizinische Wochenschrift" Nr. 99/74, Seite 1598; "Über das Auftreten von Angiosarkomen der Leber bei zwei Arbeitern der PVC-herstellenden Industrie"
"Die Zeit" Nr. 27/74; "Krebsverdacht bestätigt"
"Der Spiegel" Nr. 27/74, Seite 100; "Tod im Plastik"

Betriebszelle Rheinkabel, Köln

Ursache und Verlauf der gegenwärtigen Krise

MIT ARBEITSLOSIGKEIT UND PREISSTEIGERUNGEN VERSUCHEN DIE KAPITALISTEN AUS DER KRISE RAUSZUKOMMEN

Kapitalisten, Regierung und Opposition haben schon frühzeitig begonnen, aus allen Rohren gegen die kommenden Lohnkämpfe ein mächtiges Sperrfeuer loszulassen. Die Argumente, die sie verschießen, haben sie sämtlich aufgelesen auf dem Trümmerfeld ihrer eigenen kapitalistischen Krisenwirtschaft: Inflation und Arbeitslosigkeit.

Vorsichtig umschrieb Bundeskanzler Schmidt in einem Spiegel-Interview die Lage so: "Die eigentliche Gefahr liegt doch darin, daß sich die Menschen nicht vorstellen können, daß das Realeinkommen mindestens für ein paar Jahre einmal kaum wachsen kann." Die wissenschaftlichen Gutachter der Regierung im Sachverständigenrat warnen vor zu hohen Lohnforderungen, da sonst die "Chancen der Preisstabilisierung" vergeben werden könnten (Wirtschaftswoche vom 30. Juli).

Wie vorsichtig und wissenschaftlich dies auch immer ausgedrückt sein mag, es heißt doch immer das Gleiche: Ohne Lohnabbau geht's mit der kapitalistischen Wirtschaft gegenwärtig nicht bergauf. Für die Arbeiter heißt dies nicht, daß durch Lohnverzicht das bestehende Elend von Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen aufgehoben wäre, sondern nur, daß zusätzlich das Übel des Lohnabbaus noch übler werden soll. Für die Lohnabhängigen ist dies kein Weg aus der Krise. Um ihn zu finden, muß die Lage untersucht, den Argumenten der Regierung und der Kapitalisten entgegengetreten werden.

Daß es Arbeitslosigkeit, verschärfte Arbeitshetze und Preissteigerungen gibt, ist für die Kapitalisten allein noch kein Grund, von einer Krise zu reden. Erst wenn sie ihre Gewinne davonschwimmen sehen, wenn sie spüren, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen mit den herrschenden Verhältnissen unzufrieden werden, reden sie von einer Krise. Beides ist aber gegenwärtig der Fall, und deshalb ist das Krisengerede nicht bloß künstliches Geschrei.

Die Süddeutsche Zeitung schreibt dazu: "Die einfache Wahrheit ist vielmehr die, daß wir uns eher dem Null-Wachstum nähern. Es ist nicht einmal auszuschließen, daß die reale Größe des Sozialprodukts unter das Vorjahresniveau schrumpft." (Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 1974)



Tabelle 1

Genauso ist die Lage in den anderen kapitalistischen Ländern. Die Produktion stagniert dort wie in den USA, wo für 1974 mit keinem Wachstum mehr gerechnet wird, oder geht zurück wie in Großbritannien, wo mit einem um 3 % geringeren Wachstum gerechnet wird. Gleichzeitig schreitet in all diesen Ländern der Reallohnabbau durch ständige Preissteigerungen voran(Tabelle S.7). Die Ursache der Krise in den kapitalistischen Ländern und in der Bundesrepublik liegt nicht in einer schlechten oder falschen Politik der Regierungen, sondern ist eine notwendige Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die Profitmacherei ist die Ursache der Krise

Ursache aller Krisen ist hier, daß in diesem Wirtschaftssystem nicht für die Bedürfnisse der Volksmassen, sondern nur für die Profite der Kapitalisten produziert wird. Das kann man gegenwärtig gut sehen: "In der Republik stehen 375 000 Wohnungen leer... Die unbewohnten Behausungen legen 55 Milliarden Mark brach... 600 000 bis 650 000 weitere unverkäufliche Wohnungen werden noch in diesem Jahr bezugsfertig." (Wirtschaftswoche vom 6. September) So ist die Lage aber nicht nur im Wohnungsbau. Fast überall liegen große Warenmassen, die die Kapitalisten nicht verkaufen können, herum, während die Volksmassen diese Waren notwendigst brauchen könnten. Man sieht schon daran, an den zigtausend leerstehenden Wohnungen und dem gleichzeitigen Wohnungselend, den hohen Mietpreisen, daß die Lebensinteressen der Volksmassen den Profitinteressen der Kapitalisten gerade entgegengesetzt sind.

Daß das auch gar nicht anders sein kann, wird klar, wenn man untersucht, wie dieses Wirtschaftssystem funktioniert. Jeder Kapitalist versucht sein Kapital so profitabel wie nur möglich zu verwerten. D.h. er will auf sein eingesetztes Kapital, das für ihn aus den Kosten von Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen, Halbfertigwaren und Löhnen besteht, einen möglichst hohen Gewinn erhalten. Seinen Gewinn verwendet er dann zum größten Teil, um sein Kapital zu vergrößern, indem er investiert. Würde er das nicht tun, dann würden die anderen Kapitalisten immer größer, während er zurückbleibt und in der Konkurrenz unterliegt. Mit jedem Profit, den der Kapitalist macht, wächst daher sein Kapital, und es ist klar, daß er mit seinem größeren Kapital auch einen größeren Gewinn machen will. Weil er nun auch diesen größeren Gewinn wieder investiert, wird sein Kapital noch größer, und dafür will er dann wieder einen noch größeren Gewinn.

Man kann hier gut sehen, daß bei dieser Profitproduktion jeder Kapitalist gezwungen ist, immer größere Produktionskapazitäten aufzubauen, um damit immer größere Gewinne zu machen. So wie der einzelne Kapitalist verhalten sich aber alle Kapitalisten, und jeder von ihnen will möglichst viel Waren auf dem Markt mit möglichst viel Gewinn losschlagen.

Daher ist es unumgänglich, daß es zur Konkurrenz der Kapitalisten untereinander kommt und daß sie versuchen, sich gegenseitig die Marktanteile abzujagen.

Dazu versucht jeder Kapitalist die Kosten der Produktion so niedrig wie möglich zu halten, damit er seine Waren mit möglichst viel Gewinn verkaufen kann. Was das heißt, erfahren die Arbeitermassen tagtäglich: auf der einen Seite ständige Lohndrückerei, und auf der anderen Seite ständige Rationalisierung, ständige Einsparung von Arbeitsplätzen und zunehmende Schweißauspresserei.

Ein gutes Beispiel dafür sind die Deutschen Edelstahlwerke; in zwei Jahren verdoppelte sich dort die Produktion trotz einer schrumpfenden Belegschaft und zum Teil weniger Lohn (vgl. KVZ Nr. 18).

Aber die Ausdehnung der Profitproduktion hat auch ihre Grenzen. Wenn die Ausdehnung der Produktion in der Hochkonjunktur auf ihrem Höhepunkt angelangt ist, die Arbeitshetze und die Überstunden kaum mehr gesteigert werden können, dann gerät die Entwicklung ins Stocken. Den Kapitalisten fällt es immer schwerer, neue profitable Anlagemöglichkeiten für ihre riesigen Gewinne zu finden, und sie müssen die Produktion einschränken. Es herrscht Überproduktion von Kapital.

Für einen Teil der Arbeiterklasse bedeutet dies Arbeitslosigkeit und daß es immer schwerer wird, einen Ausbeuter zu finden. Gegenwärtig ist dies genau das Los der Arbeiter. Von Juni 1973 bis August 1974 nahm die Zahl der Arbeitslosen von rund 250 000 auf 527 000 zu, also um rund 277 000. Aber im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Lohnabhängigen um über 500 000 ab. Eine knappe Viertelmillion wurde also auf die Straße geschleudert, die gar nicht als Arbeitslose zählt. Im Juli-Monatsbericht des Ifo-Konjunkturforschungsinstituts heißt es denn auch: Da ein Teil der Beschäftigten in die "stille Reserve" abwanderte, "nahm die Arbeitslosenzahl nur um reichlich die Hälfte des Beschäftigungsrückganges zu"(Tabelle 2)(Tabelle 1).

Diese "stille Reserve", das sind viele Frauen, die ganztags oder halbtags arbeiteten, weil die Kapitalisten in der Hochkonjunktur alle Arbeitskräfte brauchten.

Die andere Seite der Krise ist, daß die Kapitalisten ihre Warenmasse auf dem Markt nicht mehr verkaufen können. Denn weil sie profitable Anlagemöglichkeiten nur noch schwer finden, kaufen sie sich untereinander weniger Waren, also Investitionsgüter, ab. Auch die Lohnabhängigen besitzen nicht genug Geld, um all die Warenmassen zu kaufen, die die Konsumgüter-Kapitalisten mit den ständig wachsenden Produktionskapazitäten produziert haben. Heißt das, daß die Kapitalisten deswegen ein Interesse daran hätten, daß die Lohnabhängigen mehr Geld erhalten, um all diese Waren kaufen zu können? Keineswegs, denn sie wollen ja durch niedrige Löhne gerade in der Krise ihre Gewinne noch mehr vergrößern, um trotz des sinkenden Absatzes wieder gut dazustehen.

Die Krise bricht also herein, weil die Profitmacherei ins Stocken gerät, da die Profite nicht mehr so rasch gesteigert werden können wie das vorhandene Kapital der einzelnen Kapitalisten anwächst. In dieser Zeit nimmt dann die Zahl der Zusammenbrüche und Konkurse vieler Kapitalisten sprunghaft zu, denn die Vernichtung von Waren und Kapital ist für die Kapitalisten die einzige Möglichkeit, aus der Krise herauszukommen, um die Profitproduktion wieder in Schwung zu bringen.

In den Pressemitteilungen der Bundesregierung vom 10. Mai 1974 kann man lesen: "Nach Mitteilungen des statistischen Bundesamtes wurde im ersten Vierteljahr 1974 bei den Amtsgerichten im Bundesgebiet in 1 781 Fällen die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt. Die Zahl der Insolvenzanträge lag damit um 39,4 % über der... des ersten Vierteljahres 1973."

Während viele kleine und mittlere Kapitalisten kaputtgehen, ist es bei den großen Kapitalisten meist so, daß die Produktionskapazitäten nur schlecht ausgelastet sind und daß viele Maschinen nutzlos herumstehen. Gegenwärtig sind die Produktionskapazitäten in Westdeutschland nur noch zu rund 82 % ausgelastet. Das ist der tiefste Stand seit 1967 (Bundesbankbericht Juli).

Pleiten, unausgenützte Produktionskapazitäten und volle Lager unabsetzbarer Waren auf der einen Seite, zunehmendes Elend auf Seiten der Volksmassen auf der anderen, das sind die Auswirkungen der kapitalistischen Krise.

Die Preise steigen trotz der Krise

Die gegenwärtige Krise trifft die Kapitalisten nicht einheitlich. Zuerst gehen viele kleine und mittlere Kapitalisten kaputt, weil sie in der ruinösen Konkurrenz nicht mehr mithalten können. Die großen Konzerne dagegen versuchen heute nicht mehr, sich in der Krise durch gegenseitige Preisunterbietungen den Markt wegzuschnappen. In der Krise 1967 versuchten die Kapitalisten noch, sich gegenseitig durch Preiskonkurrenz die Marktanteile abzujagen. Damals fielen die Preise gegenüber dem Vorjahr, wie bei den Investitionsgütern um 0,9 %, oder stiegen nur viel schwächer als im Vorjahr, wie dies für die Nahrungsmittel der Fall war. Seit dieser Zeit klettern die Preise aber ununterbrochen Jahr für Jahr, und auch in der gegenwärtigen Krise ändert sich das nicht. Je mehr die Konzentration und Zentralisation in den einzelnen Branchen fortgeschritten ist, um so mehr werden sich die Kapitalisten in diesen Branchen zusammenschließen und feste Preise vereinbaren. Gegenwärtig ist die Konzentration bereits so weit vorangeschritten, daß 3 % der Industrieunternehmen rund zwei Drittel aller Umsätze machen. Im Jahresbericht 1973 des Bundeskartellamtes heißt es, daß man 1973 bei 1 050 Warensorten den "Verdacht hatte, daß es sich hier nicht um Konkurrenz-, sondern Monopolpreise handle."

Vor allem die großen Konzerne sind also die Preistreiber, die die Inflation rasch voranbringen, die Ausplünderung auf dem Warenmarkt verschärfen und sich dadurch gesundstoßen. "Das Umsatzwachstum konzentriert sich eindeutig auf die oberen Umsatzgrößenklassen... Umsatzverringerungen treten nur in den unteren Größenklassen auf", heißt es im Bericht des Bundeskartellamts.

Es ist aber nicht so, daß damit die Konkurrenz unter den großen Konzernen ausgeschaltet wäre. Während sie einheitliche Preise festlegen, geht jetzt der Konkurrenzkampf zwischen ihnen verschärft darum, ihre Produktionskosten zu senken, um möglichst hohe Profite zu erzielen. Die Mittel dazu erlebt die Arbeiterklasse ständig: Noch mehr Rationalisierung, noch mehr Lohndruck und noch mehr Arbeitshetze. Können die großen Konzerne dann nicht mehr alle Waren absetzen, so versuchen sie ihren Gewinn über weitere monopolistische Preiserhöhungen zu halten, wie man das beim VW-Konzern gesehen hat.

Hand in Hand gehen daher gegenwärtig Stagnation der Produktion mit der Folge der Arbeitslosigkeit, Lohndrückerei und rasch voranschreitende Ausplünderung auf dem Warenmarkt.

Aber auch innerhalb der großen Kapitalisten verläuft die Entwicklung uneinheitlich. (Tabelle 1)

Während die gesamte industrielle Produktion in der ersten Hälfte des Jahres nur noch um 1,5 % wuchs, erhöhte sie sich in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie noch um über 3 %, in der Investitionsgüterindustrie (Maschinen-, Fahrzeugbau und Elektrotechnik) um knapp 1,5 % und nahm bei den Verbrauchsgüterkapitalisten um über 3 % ab. Das zeigt, daß genau die Kapitalisten am stärksten in die Krise geraten sind, deren Waren unmittelbar von der Arbeiterklasse und den Volksmassen gekauft werden. Deutlich wird dies auch daran, daß, während sich die Automobilindustrie in der Krise befindet, die Daimler-Benz-Kapitalisten kaum etwas davon spüren. "Die weltweite Abschwächung der Automobilkonjunktur hat bislang die Daimer-Benz AG nur wenig betroffen", heißt es dazu im Handelsblatt vom 6. September. Wen wundert's, sind es doch nicht die Arbeiterklasse und die Volksmassen, die diese Autos fahren, sondern die Kapitalisten und ihr Anhang selbst.

Aber die verschärfte Krise der Verbrauchsgüterkapitalisten wird auch die Lage der Kapitalisten in den vorgelagerten Industrien verschlechtern, da sie ja große Teile ihrer Waren an die Verbrauchsgüterkapitalisten losschlagen.

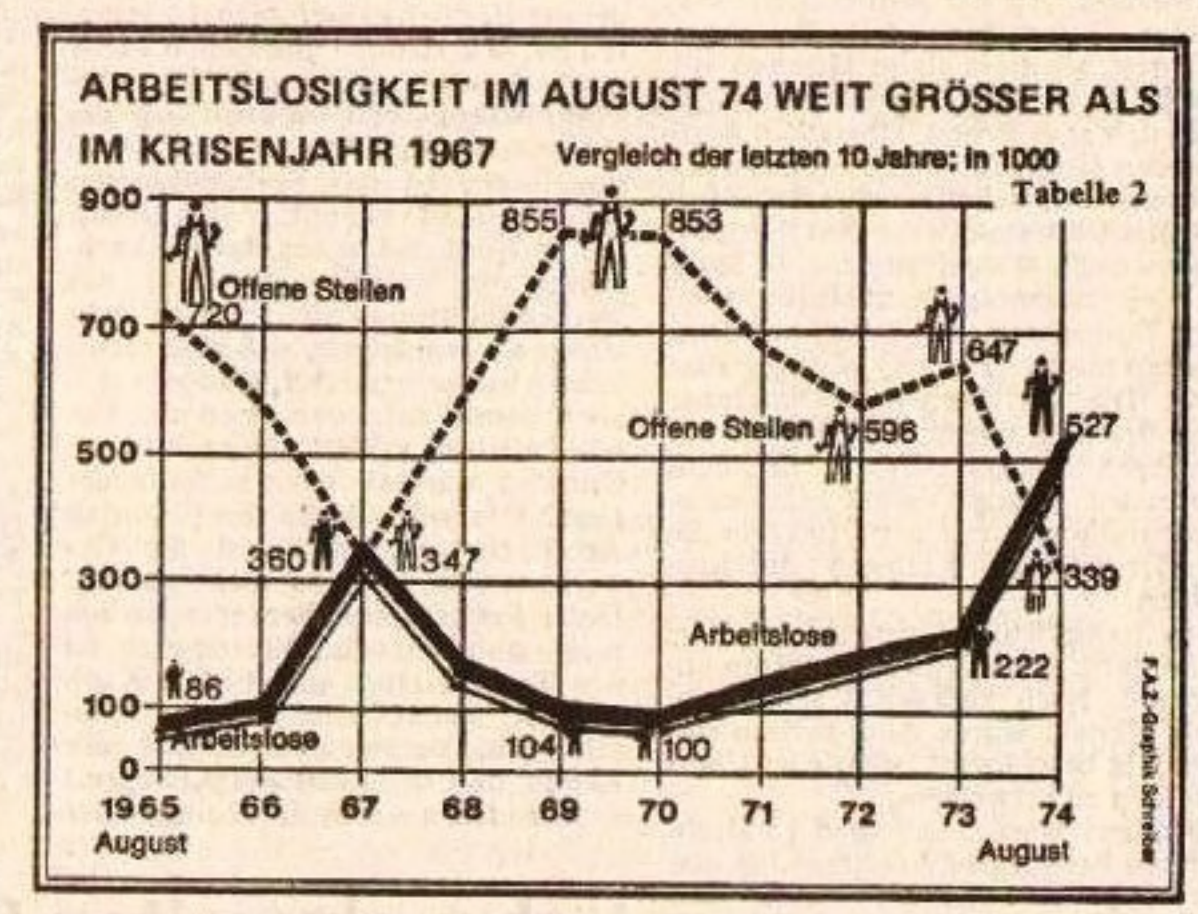
Daß sich die innere Krise des westdeutschen Kapitalismus noch nicht schärfer ausgewirkt hat, liegt an der starken Weltmarktposition des westdeutschen Kapitals. In den letzten Jahren wuchs der Welthandel weit schneller als die nationalen Wirtschaften. Dabei konnte das westdeutsche Kapital einen immer größeren Anteil am gesamten Weltmarkt erobern. 1973 war die Bundesrepublik mit 68 Milliarden Dollar der zweitgrößte Exporteur auf dem Weltmarkt nur knapp hinter den USA, die Waren für 70 Milliarden Dollar exportiert hatten. Erst weit dahinter kommt Japan mit einem Exportwert von 37 Milliarden Dollar. Insgesamt kamen 12 % aller Exporte auf dem Weltmarkt aus der Bundesrepublik. Diese Position wurde im ersten halben Jahr 1974 noch weiter ausgebaut. 1972 exportierten die westdeutschen Kapitalisten für 149 022 Millionen DM, 1973 für 178 396 Millionen DM und allein in der ersten Jahreshälfte 1974 schon für 111 807 Millionen DM Waren ins Ausland.

Zugleich wächst der Exportüberschuß noch schneller, denn die Importe aus dem Ausland in die Bundesrepublik wuchsen viel langsamer. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als daß die westdeutschen Kapitalisten ihre Märkte auf Kosten der ausländischen Kapitalisten ausweiteten und führt außerdem noch dazu, daß sich das Ausland gegenüber der Bundesrepublik verschuldet. Zwischen den kapitalistischen Ländern findet also ein ähnlicher Prozeß statt wie zwischen den Kapitalisten in einem Land. Die Krise des gesamten kapitalistischen Weltmarktes wirkt sich unterschiedlich aus. Wird der Markt zu eng, expandieren die einen auf Kosten der anderen. Doch deshalb steht die westdeutsche kapitalistische Wirtschaft keineswegs krisenfester da.

Ein Viertel des westdeutschen Sozialprodukts wird exportiert. Je mehr die anderen Länder in die Krise geraten, gerät auch die Exportkrücke des westdeutschen Kapitals ins Rutschen. So ist es kein Wunder, daß gerade Kanzler Schmidt ständig von der Gefahr einer Weltwirtschaftskrise redet. "Verheerend wären die Folgen indes, wenn der Export abrupt gebremst würde. Die Bundesrepublik geriete dann in eine ernste Konjunktur- und Strukturkrise."

Aber gerade die Ausdehnung der westdeutschen Exporte auf Kosten der Märkte der ausländischen Kapitalisten nährt die Krise der ausländischen Wirtschaften und untergräbt damit die Exportmöglichkeiten des westdeutschen Kapitals. Zunehmend wächst auch die Gefahr, daß andere Länder Importbeschränkungen gegen die westdeutsche Exportoffensive errichten. Bundeskanzler Schmidt warnte sogar die US-Regierung, die gleiche "Stabilitätspolitik" wie die Bundesregierung zu befolgen, da dadurch die Importe der USA gemindert und die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise erhöht würde. Am schärfsten sieht man die Gegensätze derzeit in der Europäischen Gemeinschaft selbst. (Tabelle 3)

Rund die Hälfte ihres Handels wickeln die westdeutschen Kapitalisten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ab. Doch auch hier exportieren sie mehr als sie aus EG-Ländern importieren. Der Exportüberschuß betrug 1973 8 525 Millionen DM. Allein im ersten halben Jahr von 1974 betrug der Exportüberschuß aber schon mehr als im ganzen Jahr 1973, nämlich 9 939 Millionen DM. Der Exportüberschuß im Handel mit EG-Ländern hat sich also mehr als verdoppelt. Mit einzelnen Ländern sieht dieses Austauschverhältnis noch verheerender aus, z.B. mit Italien. Deshalb sah sich auch die Bundesrepublik gezwungen, Italien einen Kredit von 5,2 Milliarden DM zu gewähren, um das immense Zahlungsbilanzdefizit Italiens auszugleichen, damit die Wirtschaft Italiens nicht so in die Krise gerät, daß der deutsche Export gefährdet wird. Doch auch das ist noch ein Geschäft. Denn Italien zahlt dafür übliche Zinsen und mußte seinen Goldbestand als Pfand hinterlegen.

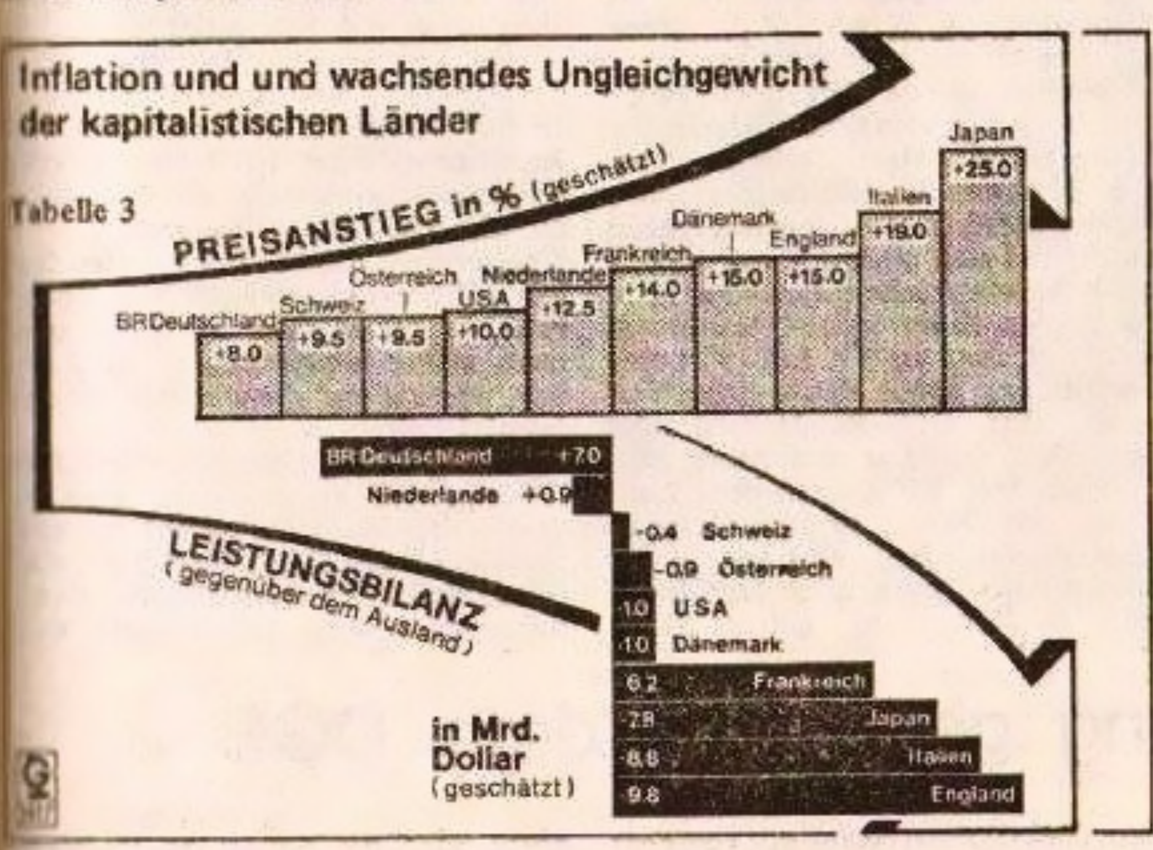


Der starke Export rettet die west-

Fortsetzung Seite 7

.... Verlauf der Krise

deutschen Kapitalisten auf Dauer nicht vor der Krise. Zudem profitieren vom Export wiederum nur die großen Kapitalisten und selbst die größten unter ihnen, wie die Autokonzerne, mußten zum Teil schon Rückschläge hinnehmen, vor allem VW. Außerdem muß man sehen, daß trotz der riesigen Produktion für den Export die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Diese wird sich zwangsläufig erhöhen. Denn das Exportgeschäft gelangt an die Grenzen seiner Ausdehnbarkeit. Um ihre Position auf dem Weltmarkt auszudehnen, müssen die Großkapitalisten nicht nur Waren



exportieren, sondern auch Produktionsstätten im Ausland aufbauen. Die Großkonzerne machen schon einen großen Teil ihres Profits mit der Auslandsproduktion. Dies nimmt weiter zu, was man an der Entwicklung des Kapitalexports ablesen kann. Hatten die westdeutschen Nettokapitaleinlagen im Ausland 1973 um 310 Millionen DM zugenommen, so erhöhten sie sich allein in der ersten Jahreshälfte 1974 um 3 560 Millionen DM.

Während also die Krisenerscheinungen in der Bundesrepublik zunehmen, weitet das westdeutsche Großkapital auf allen Ebenen seine Position auf dem Weltmarkt aus. Doch dies wird weder zu einer Überwindung der Krise im Inneren noch dazu führen, daß das westdeutsche Kapital als blühende Wirtschaftsmacht auf dem Weltmarkt bestehen bleibt, während die übrigen Kapitalisten in die Knie gehen. Vielmehr verstärken sich die Widersprüche auf dem Weltmarkt und in der Bundesrepublik selbst. Es ist klar, daß jeder Kapitalist in der Krise versucht herauszukommen, und dies kann er nur, wenn er auf Kosten des Bankrotts der anderen seine Profitproduktion ausdehnt. Daß damit die Krise der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt gelöst würde, kann man wohl schwerlich behaupten. Denn die übriggebliebenen werden sich schon nach kurzer Zeit eine noch verheerendere Konkurrenzschlacht liefern müssen. Und jedesmal werden dabei enorme Kapitalwerte zerstört, Produktionsanlagen stehen still und Arbeiter werden auf die Straße geworfen, Überproduktion herrscht, während die Massen keineswegs im Überfluß leben.

In der gegenwärtigen Situation wirkt die Expansion des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt nur krisenverschärfend in der Krise der anderen Länder, in die es exportiert. So sind die Börsenkurse in England inzwischen auf den Stand der dreißiger Jahre gefallen und für die USA stellten Wirtschaftsfachleute fest: "Die Wirtschaft ist in der tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg!" Ein plötzlicher Rückgang der westdeutschen Exporte ist überhaupt nicht auszuschließen. Und Kanzler Schmidt erklärte auf die Frage, ob es Kettenreaktionen wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 geben könne: "Ich halte die Gefahr von Kettenreaktionen für gegeben." (Spiegel Nr. 34/74)

Worin besteht nun die sogenannte Stabilitätspolitik der Bundesregierung? Außer ihren Sprüchen ist alles, was sie gemacht hat, die Erschwerung der Kreditaufnahme durch die Verpflichtung der Banken, eine größere Reserve zu halten, wodurch die Zinsen steigen und Kredite teurer werden. Was hat dies für Konsequenzen?

Es hat zur Konsequenz, daß die Unternehmen, die überwiegend auf dem Kredit gebaut haben, in Schwierigkeiten kommen. Es hat zur Folge, daß einige Unternehmen keine Kredite aufnehmen, um ihr Geschäft zu erweitern. Dies trifft aber nur auf die kleinen zu, denn die Großkapitalisten können sich ihre Kredite durch Bankbeziehungen und auf dem europäischen Geldmarkt immer günstig besorgen. Daß heißt also, die Geschäftstätigkeit geht zurück durch die Einschränkungen für kleine und mittlere Betriebe, ohne daß die Konzerne berührt werden. Die Einschränkung der Geschäftstätigkeit aber verringert den Spielraum für Preiserhöhungen, wiederum nur für die kleinen. Außerdem gehen verschuldete Unternehmen bankrott. Die Geldpolitik beschleunigt also in diesem Fall die normale Wirkung der Krise, nämlich die Vernichtung von Kapital und die Konzentration. Indem sie aber den Preisauftrieb zumindest unter dem Niveau der Inflation in den anderen Ländern hält, erhöht sie die Exportfähigkeit, denn exportieren kann man nur, wenn man billiger ist. Die Inflation ist geringer als in den anderen Ländern. Keineswegs aber ist sie so gering, daß sie den Abbau des Reallohns aufhält. Der Reallohn wird weiterhin durch die Arbeitslosigkeit, die mit diesem Krisenprozeß zwangsläufig steigt, weiter abgebaut. Ein Übel wird also durch das Anwachsen eines anderen Übels bekämpft.

Die Arbeiterklasse tragt dabei immer alle Übel der Krise; steigende Preise, Lohnabbau und Arbeitslosigkeit, mit und ohne Stabilitätspolitik. Die Stabilitätspolitik, die die Auswirkungen der Krise für die Kapitalisten auf die kleinen lenkt, um die Großkapitalisten zu stützen, ist begleitet von allen zur Verfügung stehenden politischen Pressionen gegen Lohnforderungen der Arbeiter. Das was die Arbeiter am meisten trifft, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit, wird ihnen dabei erpresserisch als Argument gegen Lohnforderungen entgegengehalten. e.r.

300 Entlassungen bei Blaupunkt Herne

Die nach den Betriebsferien angekündigten Entlassungen von 500 Kollegen hat die Geschäftsleitung zum größten Teil durchgesetzt. Die Geschäftsleitung kam mit dem Betriebsrat überein, 300 Arbeitsplätze aufzulösen und für die restliche Belegschaft Kurzarbeit zu vereinbaren.

Nach einer Woche Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat wurden jetzt die Ergebnisse bekannt gegeben. Wer entlassen wird, entscheidet sich in den nächsten Tagen. Dabei soll die Auswahl nach folgenden drei Kriterien getroffen werden: Betriebszugehörigkeit, Alter, soziale Situation. Da aber keiner aus Langeweile arbeiten geht, dürfte die soziale Situation bei allen gleich schlecht sein. Für die Betroffenen wurde folgender Sozialplan erstellt: 1. ein Grundbetrag (ca. 4 000 DM); 2. ein Dienstzeitzuschlag; 3. ein Alterszuschlag; 4. volles Weihnachtsgeld 1974; 5. volle Arbeits- und Erfolgsprämie 1974; 6. sechsmonatige Weiterzahlung der tariflich verankerten Leistungen; 7. ein Tag Sonderurlaub (Arbeitssuche); 8. ein – sofern die Voraussetzungen vorhanden – Sonderzuschlag für Schwerbeschädigte; 9. ein Sonderzuschlag für werdende Mütter.

Der Betriebsrat konnte bei der Erstellung des Sozialplanes seine Vorstellungen zum größten Teil durchsetzen, da aufgrund der schlechten Arbeitslage in Herne (4,7 % Arbeitslose, nach Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 11. September 1974 zweithöchste Quote in NRW) die Betriebsleitung zustimmen mußte, um größere Unruhen zu vermeiden.

Aber auch die restliche Belegschaft wird die Krise zu spüren bekommen. Für sie ist eine Kurzarbeit von 40 Arbeitstagen festgelegt worden. Das bedeutet ab Oktober bis Januar jeweils 2 Wochen arbeiten, 2 Wochen Kurzarbeit. Jede Woche Kurzarbeit bedeutet aber 40 bis 60 DM weniger in der Haushaltskasse. Dies ist für alle Beschäftigten eine große finanzielle Belastung. Den Kollegen werden solche Opfer abverlangt, der Geschäftsleitung ist aber eine Umsatzsteigerung von 10 % gegenüber dem 1.Halbjahr zu wenig. Vielmehr werden die Herren bei Blaupunkt jetzt daran gehen, durch verstärkte Arbeitshetze noch mehr Profit zu machen.

Den entlassenen Kollegen bei Blaupunkt nutzt es auch nicht, wenn die Geschäftsleitung auf Aussagen der Bundesregierung verweist, daß im Frühjahr 1975 mit einem Konjunkturaufschwung zu rechnen ist. Helfen wird den Kollegen nur die volle Lohnfortzahlung während der Kurzarbeit und eine Zahlung von 80 % des Lohnes während der Arbeitslosigkeit.

–Kommunistische Gruppe Herne–

Dein Arbeitsplatz ist doch sauber, oder?

PROSTEST UND UNRUHE BEIM POSTAMT KÖLN I

Ich möchte mit dem folgenden Bericht dazu beitragen, über die versteckten Säuberungsmethoden bei der Post zu berichten. Die Betriebsatmosphäre verschlechtert sich beim Postamt Köln I zunehmend. Die Briefzusteller werden immer unruhiger. Nicht nur, daß sie auf Schritt und Tritt in der Post und im Bezirk überwacht und kontrolliert werden, versucht man nun mit militärischer Disziplin gleichgestellten Aktionen die Kollegen mürbe zu machen. So einige Beispiele:

Wenn von den etwa 150 Zusteller(innen) mal einige anfangen zu singen oder einen Witz lauter zu erzählen, erfolgt gleich darauf im Zustellersaal über das Mikrofon, daß die Post kein Kindergarten sei und man der Meinung ist, mit erwachsenen Menschen zu tun zu haben. Kommt Protest auf, werden Drohungen laut wie Versetzung zum Beispiel in den Nachtdienst oder Entlassung. Zwei Jungboten sowie ein älterer Kollege sind bereits nicht mehr anzutreffen. Tag für Tag wird es unerträglicher!

Sieben Postvorsteher, vier davon höhere Militärränge, übertreffen sich gegenseitig, auf den Kollegen wegen belangloser Dinge herumzuhacken. Jahrelang kümmerte sich niemand um die Dienstkleidung – plötzlich wird wieder Uniform verlangt. 50 % der Kollegen tragen keine Postkleidung, weitere 25 % nur eine Jacke. Immer wieder erfolgen Durchsagen wie: Hier sei kein Vagabundenverein usw.

Der größte Protest der Kollegen kam, als die merkten, daß während ihrer Abwesenheit die Arbeitsplätze umgeräumt und durchsucht wurden. Auf Einspruch einiger Kollegen bei der Gewerkschaft kam die Antwort am nächsten Tag im Zustellersaal durch das Mikrofon:

Erstens seien diese Maßnahmen das Recht der Post;

zweitens würde die Verschmutzung der Arbeitsplätze zunehmen;

drittens: Weitere Durchsuchungen würden in Anwesenheit des Zustellers erfolgen.

Falls darauf jemand Fragen habe, bekäme er diese ausführlich erklärt.

Gleich darauf bekam jeder Zusteller zwei Getränke-Gutscheine, die sonst nur an heißen Tagen ausgegeben werden, was man an diesem regnerischkühlen Tag nicht sagen konnte. Aber die Spritze wirkte nicht. Kollegen, die jahrelang nichts anderes als ihren Dienst tun, fühlten sich als schmutzig und dumm dargestellt. Als ich einen Tag absichtlich etwas später die Post verließ, sah ich, wie zwei Postvorsteher wieder mal an einem Arbeitsplatz die Schubfächer und den Tisch durchwühlten, ohne daß der zuständige Zusteller anwesend war, so wie es ja angekündigt worden war.

Falls wirklich mal ein Arbeitsplatz durcheinander ist, müßte eine Aufforderung zur Ordnung doch genügen! Aber nein, in einem dicken Heft, in dem alle Bezirke aufgeführt sind, wurde eine Notiz gemacht. Wieder die Bestätigung: Alles für die Rationalisierung!

So auch beim Rundfunkeinziehgeschäft. Bisher durfte man erst am 10. Tag die Endabrechnung abrechnen. Ab diesem Monat an darf der abliefern, der mit dem Kassieren fertig ist. Die Angst, der Letzte zu sein, verschärft die Arbeitshetze. Viele vermuten Minuspunkte bei der Bemessung zu erhalten und fragen sich, was kommt wohl morgen? Auf meine Anfrage bei einem Aufseher, wie er der Sache gegenüberstehe, bekam ich die Antwort:

Dein Arbeitsplatz ist doch sauber, oder?

Ein KBW-Sympathisant

17 % Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt Erbach

Erbach/Michelstadt. Am 31. Oktober schließt bei Howard Rotavator die Gießerei. 80 Kollegen, unter ihnen 6 Lehrlinge, sind zum Teil schon oder sollen noch entlassen werden.

Vor etwa 3 Jahren erst wurde für die Gießerei ein neues Gebäude errichtet. Es wurden aber nur alte Maschinen aufgestellt. Der Ofen z.B. wurde in einem miserablen Zustand aus einem anderen Betrieb übernommen. Zu dem Zeitpunkt, als die "neue" Gießerei in Betrieb genommen wurde, war sie noch nicht einmal vom Gewerbeaufsichtsamt abgenommen. Auch waren die Kollegen im Umgang mit dem "neuen" Ofen nicht genügend unterrichtet worden. Die Folgen davon waren Betriebsunfälle und Produktionsausfall, da der "neue" Ofen des öfteren kaputt war.

Dies ist kein Wunder, wenn man weiß, daß der Sicherheitsbeauftragte für die Gießerei der Leiter des technischen Büros, Bredebusch, ist, der sich lediglich nach Betriebsunfällen in der Gießerei blicken ließ.

Die Schließung der Gießerei stand für diese Herren schon lange fest, doch die Belegschaft wurde erst in der Betriebsversammlung vom 13. August, etwa zweieinhalb Monate vor dem Schließungstermin, von offizieller Seite informiert.

Was ist das für ein Betriebsrat, der eine so wichtige Betriebsversammlung eine halbe Stunde vor Feierabend in einem viel zu kleinen Raum abhält! Viele Kollegen konnten an der Versammlung nicht teilnehmen, unter ihnen sogar betroffene Kollegen der Gießerei, da sie in der total überfüllten Kantine keinen Platz fanden.

Von Betriebsrat, Jugendvertretung und der IG Metall ist bis heute noch keine Stellungnahme, geschweige denn Unterstützung erfolgt. Können solche Leute unsere Interessenvertreter sein, die bei der Entlassung von 80 Kollegen tatenlos zusehen?

Diese Tatsachen hat die Kommunistische Gruppe Erbach/Michelstadt in einem Flugblatt für die Kollegen von Howard veröffentlicht. Kurze Zeit später fand eine weitere Betriebsversammlung statt. Allerdings nicht eine halbe Stunde vor Feierabend, sondern von 7 bis 7.30 Uhr. Auch nicht in einer überfüllten Kantine, sondern Gießerei und der übrige Betrieb getrennt. Offensichtlich soll durch die Trennung eine Solidarität der übrigen Kollegen von vornherein abgefangen werden und eine Betriebsversammlung darf wohl aufgrund des Akkords nicht länger als eine halbe Stunde dauern.

Auf dieser Betriebsversammlung versicherten Betriebsrat und Geschäftsleitung, alles Mögliche zu tun, um die Kollegen in anderen Betrieben unterzubringen. Zum Schluß wurden den entlassenen Arbeitern noch Prämien zugesichert (z.B. Lehrlinge sollten etwa 1 000 DM und ein Kollege, der 7 Jahre bei Howard beschäftigt ist, etwa 5 000 DM bekommen). Diese Prämien dienen den Howard-Kapitalisten lediglich als soziales Deckmäntelchen und zur Verschleierung der beschissenen Situation der entlassenen Kollegen. Wie sollen diese Kollegen eine neue Arbeitsstelle finden?

Die Firma Zenker Fertighausbau in Michelstadt hat ebenfalls 30 Kollegen entlassen, bei der Maschinenfabrik Brückner in Erbach sehen die Zahlen nicht viel anders aus.

Das Arbeitsamt Erbach teilte mit, daß es in seinem Zuständigkeitsbereich 17 % (565) Arbeitslose gibt. Dies bei 166 offenen Stellen (davon 102 für Frauen). Diese Zahlen beweisen, daß die Versprechungen der Kapitalisten, den entlassenen Kollegen neue Arbeitsplätze zu verschaffen, nichts als Lügen sind.

Erst wird man zu Überstunden angetrieben, die Bandgeschwindigkeiten werden erhöht, Akkorde werden verschärft, und zwei Tage später wird kurzgearbeitet oder es stehen Entlassungen vor der Tür. Der Kapitalismus wird nie sichere Arbeitsplätze bieten können. Die Folgen der "freien Marktwirtschaft" haben jetzt unsere Kollegen bei Howard am eigenen Leibe verspürt.

Kommunistische Gruppe Erbach/Michelstadt

PROTEST GEGEN DIE MIET-ERHÖHUNG HATTE ERFOLG

Landau. Wie in der KVZ Nr.11 berichtet wurde, hatten die Kollegen in den Personalwohnheimen der Pfälzischen Nervenklinik gegen die Mieterhöhungen protestiert, die mit dem letzten Tarifvertrag im öffentlichen Dienst verbunden waren. Nachdem nun ein Protestschreiben von den Kollegen verfaßt worden war und eine Versammlung stattgefunden hatte, auf der sich Verwaltungsdirektor und Personalrat den Unmut der Kollegen anhören konnten, sah sich die Bezirksregierung nun gezwungen, ein wenig nachzugeben und den tariflich festgesetzten Mietpreis um 25 % zu reduzieren. Viel macht das freilich nicht aus, da die Mieten vorher um 100 % erhöht worden waren; aber ein Erfolg ist es immerhin, wenn durch den Protest der Kollegen volksfeindliche Maßnahmen zurückgedrängt werden.

–U.L., Landau/Pfalz–

Schikanen auf dem Arbeitsamt

'NUR ÜBLICHE FORMULARE':WOCHENLANG KEIN ARBEITSLOSENGELD

Frankfurt. Wir verkaufen regelmäßig vor dem Frankfurter Arbeitsamt die KVZ. Die Arbeiter und Angestellten, die jeden Morgen auf das Amt kommen, um ihre Arbeitskraft feilzubieten, sind uns gegenüber sehr aufgeschlossen, und wir erfahren hier in oft langen Diskussionen, welches Elend die Arbeitslosigkeit im Kapitalismus den Menschen bringt. Wir erfahren jedoch auch, welchen Schikanen und Erniedrigungen von Seiten der staatlichen Bürokratie die arbeitslosen Arbeiter tagtäglich ausgesetzt sind.

Ein Beispiel von vielen ist ein junger Metzgergeselle, der, nachdem er seinen Arbeitsplatz verloren hatte, sich ans Arbeitsamt wandte, um neue Arbeit zu finden und um für den Übergang Arbeitslosengeld zu erbitten. Bevor jedoch ein Arbeiter Arbeitslosenunterstützung erhält, muß er zunächst Nachweise über seine früheren Arbeitsstätten vorlegen. Dies schien zunächst kein Problem zu sein, denn der Metzgergeselle hatte die entsprechenden Nachweise bei sich. Allerdings nutzten ihm diese nicht viel. Denn das Papier, auf dem die Arbeitsnachweise geschrieben waren, entsprach nicht den "beim Arbeitsamt üblichen Formularen". Man gab ihm also "ein beim Arbeitsamt übliches Formular" und forderte ihn auf, dieses Formular durch die entsprechenden Firmen ausfüllen zu lassen. Da die Firmen, bei denen er bisher gearbeitet hatte, in verschiedenen Städten ansässig sind, wird es einige Wochen dauern, bis der Metzgergeselle erneut auf dem Arbeitsamt um Unterstützung betteln darf. Auf die Frage, wovon er denn in der Zwischenzeit leben solle, antwortete man ihm, dies sei nicht Sache des Arbeitsamtes.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Der Zweck solcher Schikanierungen ist es, so lange als möglich die Zahlung von Arbeitslosengeldern hinauszuzögern, um die Unkosten des Arbeitsamtes so niedrig als möglich zu halten. Zum anderen soll durch Schikane und Erniedrigung bei den Arbeitslosen ein Gefühl der Ohnmacht und Resignation vor der staatlichen Bürokratie erzeugt werden, um den Zusammenschluß der Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterklasse im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung zu verhindern. Die Arbeiterklasse führt den Kampf gegen diese Schikanen unter der Forderung: **Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden!**

W.S., Frankfurt



Das Elend, das das internationale Monopolkapital in ihren Heimatländern angerichtet hat, zwingt die ausländischen Arbeiter, ihre Heimat zu verlassen, um im Ausland einen Ausbeuter zu finden, der ihre Arbeitskraft bezahlt. Als Rechtlose werden sie besonders ausgebeutet und ausgeplündert. Ihre Rechtlosigkeit wird zur Spaltung der Arbeiterklasse aufrechterhalten.

Weg mit der Kindergeldsonderregelung

Gleiches Recht für Ausländer und Deutsche

In den letzten Tagen des Juni demonstrierten in mehreren Städten der Bundesrepublik die ausländischen Kollegen gegen die damals schon grundsätzlich beschlossene Kürzung des Kindergelds für ausländische Arbeiter, deren Kinder im Heimatland leben. Die ausländischen Kollegen begannen, sich in Komitees zum Kampf gegen die diskriminierende Kindergeldregelung zusammenzuschließen. Ihren Kampf haben sie unter die Forderungen gestellt: "Für gleiche Steuern, gleiches Kindergeld", "Weg mit der Diskriminierung ausländischer Arbeiter", "Volle Gleichberechtigung". Inzwischen bestehen in 26 Städten solche Komitees. Am 25.August trafen sich Vertreter der Komitees in Essen, um den Kampf auf nationaler Ebene voranzutreiben und zu vereinheitlichen. Eine gemeinsame Plattform wurde verabschiedet. Für den 27.September wurde beschlossen, in allen Städten, in denen bereits Komitees bestehen und neue Komitees gebildet werden können, eine breite Informations- und Agitationskampagne zu entfalten. Dieser Tag gilt gleichzeitig zur Vorbereitung einer zentralen Demonstration, die für den 28.Oktober vorgesehen ist.

DIE GESETZLICHE REGELUNG

Mit Drucksache 7/2032 wurde bereits Ende Mai im Rahmen des Steuerreformgesetzes das Bundeskindergeldgesetz dahingehend geändert, daß "Kinder, die weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, nicht berücksichtigt werden (Num.2, Abs.5). Alle ausländischen Kinder aus Nicht-EG-Staaten sind betroffen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit bezogen 1971 300 000 ausländische Arbeiter Kindergeld für 745 000 nicht in der Bundesrepublik lebende Kinder, wobei das 1.Kind, für das nach der noch geltenden Regelung kein Kindergeld bezahlt wird, nicht mitgerechnet ist.
Die ab 1.1.1975 in Kraft tretende Regelung sieht vor, daß für die über eine Million im Heimatland lebenden Kinder von ausländischen Arbeitern folgende Sätze bezahlt werden sollen:

1. Kind	10 DM (statt 50 DM)
2. Kind	25 DM (statt 70 DM)
3. u. 4. Kind	60 DM (statt je 120 DM)
5. und ff.	70 DM (statt je 120 DM)

Im Juli wurde bereits ein entsprechender bilateraler Vertrag mit Spanien paraphiert, der als Modell für die Vertragsabschlüsse mit den anderen Staaten dienen soll.
Über diese diskriminierende Kindergeldregelung will der Staat Milliardenbeträge einsparen.

STEUERREFORM BILLIGER DURCH DISKRIMINIERUNG

Die Mindereinnahmen aus der Steuerreform werden dort wieder reingeholt, wo der Staat glaubt, es sich leisten zu können. Das ist genau wie bei den älteren Arbeitern, die durch Wegfall der bisher geltenden Doppelfreibeträge nach der Steuerreform schlechter als vorher dastehen.
Zugleich rechnen diese Volksbetrüger damit, daß Widerstand hier nicht breit werden kann, weil wie bei den älteren Arbeitnehmern eine Minderheit diskriminiert wird.
Die ausländischen Arbeiter zahlen auf der anderen Seite die gleichen Lohnsteuern und Sozialabgaben wie deutsche Arbeiter, obwohl sie selten die Versicherungen in Anspruch nehmen können. Bei längerer Krankheit werden sie meist in ihre Heimatländer abgeschoben. In den Genuß der Altersrente kommen sie praktisch nie. Was die Abzüge vom Lohn anbetrifft, sind die ausländischen Arbeiter voll in das System staatlicher Umverteilung eingeschlossen, die bescheidenen Vorteile werden ihnen vorenthalten.
Die ausländischen Kollegen werden um Milliardenbeträge bei ihrem Lohn gebracht; denn das Kindergeld ist ja nichts anderes als die Rückzahlung eines Bruchteils dessen, was der Staat uns, Deutschen und Ausländern, durch Steuern vom Lohn wegnimmt.

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT

Die Lohnabhängigen sind in der Gewerkschaft organisiert, damit die Kapitalistenklasse und ihr Staat solche Spaltungen, die nicht nur die einen benachteiligen, sondern zugleich ein Angriff auf die Einheit der Lohnabhängigen sind, abzuwehren. Der DGB hat Anfang Juli gegen diese Kindergeldregelung protestiert und erklärt, daß er in "sofortigen und nachdrücklichen Verhandlungen in Bonn" für die Sicherung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei der Kindergeldregelung eintreten werde (Süddeutsche Zeitung vom 9.7.74). Taten sind diesen Worten offenbar nicht gefolgt.
Wenn es um Fragen der ausländischen Arbeiter geht, zieht sich die Gewerkschaftsführung gern auf das Argument zurück, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter gering sei. Dies Argument ist aber in doppelter Weise gewerkschaftsfeindlich. Denn erstens ist es Aufgabe der Gewerkschaften, eine Politik zu verfolgen, die allen Arbeitern den Nutzen und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung klar macht. Wenn große Teile der Arbeiter den Gewerkschaften fern bleiben, dann ist von vornherein etwas faul an der Gewerkschaftspolitik. Zweitens ist es gerade die Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen aller Arbeiter zu organisieren, um die Einheit der Arbeiterklasse, die sie allein stark macht im Kampf für ihre Interessen, zu erreichen. Die Duldung der Diskriminierung eines Teil der Arbeiterklasse steht dem Zweck der Gewerkschaften in aller Schärfe entgegen. Eine Änderung dieser untragbaren Situation kann nur durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die Gewerkschaftsführung in Angriff genommen werden. Insbesondere in den Betrieben, wo ausländische Arbeiter beschäftigt sind, muß die Frage der Ausländerdiskriminierung auf die Tagesordnung von Vertrauensleutesitzungen und Betriebsversammlungen kommen. Klar gemacht muß werden, daß dies nicht eine Frage der Caritas ist, sondern eine Frage der Arbeiterklasse, ihres elementaren Interesses an der Einheit der Arbeiterklasse.

–K.S./Red.–

Wie der DGB versucht, den ihm unbequemen Rechtssekretär S. Baier zu entlassen

Mannheim. Der DGB-Rechtssekretär Stephan Baier wurde während seines Urlaubs vom DGB entlassen. Inzwischen wurde die Kündigung durch ein Arbeitsgerichtsurteil wieder aufgehoben. Der DGB wollte damit einen Kritiker der herrschenden Position im DGB hinaussäubern.

Baier hatte am 1. Mai spontan seine Kritik an der Rede des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Muhr zusammen mit einem großen Teil der Kundgebungsteilnehmer geäußert. Muhr sprach von "der unheiligen Allianz zwischen den rechten und linken Extremisten in diesem Lande, deren gemeinsames Ziel die Beseitigung der Demokratie war." Baier rechtfertigte seinen Protest mit der Unverschämtheit der Muhr'schen Geschichtsklitterung, "die einen nachträglichen Schlag ins Gesicht all derer" bedeute, "die im Kampf gegen den Faschismus die aktivste Kraft waren und zu Hunderttausenden in den KZ's umgebracht wurden." Baier soll weiter am 1. Mai auf einer DGB-Jugendveranstaltung die Aufführung des "Strebel-Liedes" gefordert haben. Darin heißt es:
"Der Spagerer von der IGM hat nichts getan
Er pries als Heilmittel die Mitbestimmung an
Doch ist bekannt, daß die Mitbestimmung nur ein Beschiß
Und daß sie kein Mittel gegen Pleiten ist."

Baier stellte fest, daß er bei der Abstimmung über das Strebel-Lied gar nicht anwesend gewesen sei. Er teile aber die Kritik an der IG-Metall-Führung bei der Strebel-Pleite. Von der Mitbestimmung könne sich die Arbeiterklasse gar nichts versprechen.
Schließlich wurde ihm noch vorgeworfen, er sei verantwortlich für die "Rote Robe", einer Zeitschrift, die vom Vorstand des Südwestdeutschen Referendarverbandes herausgegeben wurde und sich eindeutig auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt hatte.
Durch den Kreisvorstand Mannheim beantragt, fand am 17. Juli 1974 eine Überprüfung Baiers durch einen Vertreter des DGB-Bundesvorstandes statt. Dort wurde er nach seiner Mitgliedschaft im KBW, nach den "Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften des KBW" und seinem Bekenntnis zur "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" gefragt. Baier verwahrte sich gegen Gesinnungsschnüffelei, sagte aber eine schriftliche Stellungnahme zu, womit der DGB-Vertreter sich zufrieden gab. Eine Frist wurde nicht gesetzt. Baier fuhr in Urlaub mit Kenntnis des DGB-Landesbezirks. Während des Urlaubs wurde ihm eine Frist zur Antwort gesetzt, die ablief. Mitten im Urlaub wurde ihm gekündigt. Nach der Rückkehr vom Urlaub bekam er die Kündigung ausgehändigt.
Am 11. September fand die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht statt.

**In der Verhandlung bezeichnete der Rechtsanwalt des DGB die Gewerkschaften ausdrücklich als "sozialdemokratischen Interessenverein".
Gegen dieses Verständnis von den Gewerkschaften setzte Baier eine Erklärung, in der er auch auf die Fragen nach seiner Mitgliedschaft im KBW usw. einging und die wir teilweise unten abdrucken.
Vorläufig ist der DGB gestolpert. Das Arbeitsgericht als erste Instanz erklärte die Kündigung für unwirksam und verurteilte den DGB, Rechtssekretär Baier weiter zu beschäftigen. Baier nahm sofort seine Arbeit wieder auf.**

Aus der Erklärung gegenüber dem DGB

An den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kollegen!
... Ihr habt mir am 17.Juli 1974 3 Fragen stellen lassen:
Ob ich Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland sei oder gewesen sei?
Ob ich mich mit den "Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften des KBW" identifiziere?
Wie ich zu § 2 Abs.1 Ziffer c der Satzung des DGB ("Der DGB ... bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland") stehe?
Ihr wißt, daß ich mich geweigert habe, die ersten beiden Fragen zu beantworten, gleichzeitig aber zusagte, mich auf alle Fragen schriftlich zu äußern.

Als ich dann im Urlaub war, ist Euch eingefallen, daß Ihr vergessen habt, mir eine Frist zu setzen. Das habt Ihr dann schnell nachgeholt und die Frist so kurz angesetzt, daß ich Eure am 7.August ausgesprochene Kündigung erst am 26.August erhielt, als ich nämlich aus dem Urlaub kam. Ihr habt mir dann auch noch gerade soviel Zeit gelassen, wie man braucht, um einen Schreibtisch zu räumen. Dann begründet Ihr die Kündigung auch noch damit, ich hätte Eure Fragen nicht fristgemäß beantwortet; den Betriebsrat wollt Ihr bereits im Juni, also noch bevor Ihr mir die Fragen gestellt habt, unter Angabe des Kündigungsgrundes gehört haben.

Wenn Kollegen mit einer solchen Kündigung zu mir auf die Rechtsstelle kamen, habe ich gelacht und ihnen gesagt, ihre Kündigungsschutzklage hätte gute Aussicht auf Erfolg.

Mit den Prozessen, die ich für unsere Gewerkschaftsmitglieder bisher geführt habe und die noch nicht abgeschlossen sind, sieht es dagegen nicht rosig aus. Ich bekomme zur Zeit manchmal besorgte, teilweise auch empörte Anrufe von Kollegen, die meinen, es bekomme ihren Arbeitsgerichtsverfahren nicht gut, wenn ihr Prozeßvertreter in der entscheidenden Phase des Prozesses so einfach ausgewechselt wird. Und die Kollegen wissen noch nicht alles: daß mir verweigert wurde, meinem Kollegen in der Rechtsstelle ordentlich die Akten zu übergeben, das heißt, ihn über den Stand der Verfahren und deren Erfolgsaussichten zu unterrichten. Gegen das Verbot, wenigstens bis zum Ablauf der Kündigungsfrist noch für unsere Gewerkschaftskollegen tätig zu sein, habe ich daher eine Einstweilige Verfügung beantragt. Ich wehre mich dagegen, von Gewerkschaftsbeiträgen für den reinen Müßiggang bezahlt zu werden. Auch wurmt es mich zu wissen, daß mein Kollege in der Rechtsstelle jetzt auch noch meine Arbeit übernehmen muß.

Manche meiner Kollegen schelten mich einen ausgemachten Trottel; ich hätte sofort alles unterschreiben sollen, was mir vorgelegt wird, dann könnte ich unseren Kollegen heute noch nützlich sein. Das hat etwas für sich. Sicher ist es töricht, sich selbstmörderisch in eine Kündigung oder ein Ausschlußverfahren zu stürzen wie die Lemminge in das Meer. Das war auch nicht meine Absicht. Aber wenn ich sehe, wie mir Kollegen aus dem Gewerkschaftshaus mit vorgehaltener Hand, unter vier Augen und dem Siegel der Verschwiegenheit ihre Empörung über Euer Vorgehen versichern, dann bestärkt mich das, Euren Fragen Widerstand entgegenzusetzen.
Ihr verlangt von mir ein politisches Glaubensbekenntnis und forscht in meiner Gesinnung. Ich wehre mich aber dagegen, von Euch in den Beichtstuhl oder in die Inquisition gedrängt zu werden. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und die Arbeit für Gewerkschaftsmitglieder darf nicht von politischen Bekenntnissen abhängig gemacht werden. Der Kampf um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen verträgt es nicht, daß Gewerkschaftsmitglieder nach Bibel oder Manifest abgeklopft werden. Eine solche Gesinnungsschnüffelei erzeugt ein Klima von Mißtrauen unter den Kollegen und öffnet der Denunziation Tür und Tor. Das kann schließlich soweit führen, daß einer ausgeschlossen wird, weil man abgegriffene Leninbände in seinem Bücherschrank gesehen hat.

Euer Vorgehen gegen mich müßte konsequenterweise auch dazu führen, daß Ihr dort, wo der Kommunistische Bund Westdeutschland bei den Landtagswahlen in Hessen in Arbeitervierteln Wahlerfolge hat, die Kollegen bei Androhung ihres Ausschlusses befragen müßtet, ob sie ihre Stimme dem Kandidaten des KBW gegeben haben. Oder Ihr müßtet bei den Betriebsratswahlen im nächsten Jahr Untersuchungen zum Ausschluß der Kollegen anstrengen, die Kandidaten mit den Forderungen des KBW gewählt haben.
Ein solcher Weg führt von der Einheitsgewerkschaft hinab zum sozialdemokratischen Gesinnungsverein; Ihr würdet Kollegen ausschließen oder – wie mir – kündigen, weil sie für den Sozialismus statt für die Bundesregierung sind. Ich bin sicher, daß Ihr damit große Verwirrung innerhalb der Gewerkschaftsmitglieder anrichten werdet, und daß auch unsere sozialdemokratischen Kollegen, die jetzt schon Eurem Slalom zwischen markigen Reden und dem Ausschluß klassenbewußter Kollegen nur schwierig folgen können, in der Auseinandersetzung um die richtige Gewerkschaftspolitik zunehmend Eurer Richtung eine Abfuhr erteilen und den Kampf für eine klassenbewußte Einheitsgewerkschaft führen werden.
Über die 'freiheitlich-demokratische Grundordnung' wird derzeit viel gesprochen. Innenminister Merk (CSU) spricht vor den Henkern in Chile über die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre Verteidigung gegen ihre Feinde. Unzählige Lehrer werden – bevor sie unterrichten dürfen – gehalten, eine Probe ihres Könnens in freiheitlich-demokratischer Grundordnung abzulegen. Auch ich werde jetzt aufgefordert, mich zu ihr zu bekennen. Da es von mir verlangt wird, komme ich dem nach.
Allerdings habe ich oft den Eindruck, daß bei solchen Aufforderungen Freiheit und Demokratie als Köder ausgelegt werden, um die, die danach verlangen, sicher an die Leine der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu legen. Mit der inflationären Verwendung dieses Begriffs wird die Sehnsucht im Volk nach Freiheit und Demokratie dazu mißbraucht, das Volk auf die Zustimmung zu der gegenwärtigen unmehschlichen Produktionsweise festzunageln.

Manche versuchen, sich diesem Zwang dadurch zu entziehen, daß sie in die Verfassung reingreifen wie in einen Selbstbedienungsladen und einem Eigentumsartikel einen Sozialisierungsartikel entgegenstrecken. Richtiger scheint mir, daß Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in unserer Gesellschaft verwirklicht sind, allerdings für die beiden entgegengesetzten Klassen auf ganz unterschiedliche Weise.
So haben alle Arbeiter die Freiheit, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, so wie alle Kapitalisten die Freiheit haben, deren Arbeitskraft ausbeuten zu dürfen.
So hat jeder Arbeiter wie jeder Kapitalist das gleiche Recht, Springers Bild-Zeitung aufzukaufen.
So gibt es eine Brüderlichkeit in der Raffgier, mit der die Aktionäre die Gewinne unter sich verteilen, aber auch die weitaus eindrucksvollere Solidarität der Arbeiter, mit der sie im Streik um mehr Lohn kämpfen.

Grundlage und Ursache dieser so verschiedenen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist das Eigentum an Produktionsmitteln. Daß dieses private Eigentum einer allgemeinen Freiheit und einer umfassenden Demokratie entgegensteht, wird wohl kaum ein Gewerkschaftsmitglied ernstlich bestreiten können. Es wurde auch auf der Veranstaltung der IG Metall in Stuttgart anläßlich der erreichten Mitgliederzahl von 500 000 nachdrücklich bekräftigt. Immer mehr Menschen bereiten sich darauf vor, dieses goldene Kalb vom Sockel zu stoßen.
Heute frage ich mich, wie es mir nur gelingen konnte, 400 Kollegen derart zu übertölpeln, daß sie es unterließen, an mich Eure Fragen zu richten, bevor sie mir Vollmacht zu ihrer Vertretung vor den Arbeitsgerichten erteilten. Ich werde aber den Gedanken nicht los, daß ihnen solche Fragen nicht gerade auf den Nägeln brannten. Meine Aufgabe war es, ihre Interessen vor Gericht zu vertreten. Sollte ich da versagt oder mich gewerkschaftsfeindlich verhalten haben, so haben die Gewerkschaftsmitglieder ein Recht, mich zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ich mich jeder für alle Gewerkschaftsmitglieder offenen Diskussion hierüber stellen werde. Meine Erfahrungen sagen mir allerdings, daß solche öffentlichen Diskussionen gegen den heftigen Widerstand der derzeitigen Gewerkschaftsführung durchgesetzt werden müßten.

Ihr habt mich auch noch gefragt, ob ich mich mit den "Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften des KBW" identifiziere. Ich habe daraufhin beim Zentralkomitee des KBW angefragt, ob der KBW auf den hirnrissigen Gedanken gekommen sei, eigene Gewerkschaften aufzubauen. Das wurde mir verneint.

Mannheim, den 11.September 1974

Stephan Baier

Worin wir Kommunisten unsere Aufgaben im Wahlkampf sehen



"Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein" – unter diesem Thema wurde die Kundgebung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu den Landtagswahlen in Hessen durchgeführt. Am 10.9. waren nach Wiesbaden in den Großen Kursaal gut 1 200 Freunde und Genossen aus Hessen gekommen. Diese Kundgebung, auf der der Sekretär des Zentralen Komitee, Joscha Schmierer, sowie die Landtagskandidaten G. Koenen, V. Pfaff, A. Moenich, B. Ohmer und W. Geike Referate hielten, hatte die Aufgabe, unsere umfassenden Auffassungen und unsere Aufgaben im Wahlkampf darzulegen.

Diese werden in den nächsten Wochen auf den Versammlungen, die die Ortsgruppen und Sympathisantengruppen des KBW durchführen werden, diskutiert und gründlich geprüft werden können. Die Versammelten drückten ihre Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes für den Sturz der Militärjunta und für den Sieg des Sozialismus in Chile aus; ebenso wurden begeistert die Erfolge der Befreiungsbewegungen der afrikanischen Völker gegen die portugiesische Kolonialmacht aufgenommen. Musikgruppen der Ortsgruppe Frankfurt und der Ortsgruppe Mannheim trugen Kampflieder vor. Auf der Versammlung wurden 1 347 DM für die Unterstützung des KBW gesammelt. Diese Kundgebung hat einen guten Beitrag dazu geleistet, daß die Klarheit über unsere politischen Aufgaben im Wahlkampf gehoben worden ist und hat gezeigt, daß wir viel Unterstützung finden werden in diesem Wahlkampf. Welche Aufgaben sind das?

"Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Die Arbeiterklasse kann sich nur befreien, wenn sie die ganze Menschheit befreit. Die Kommunisten aller Länder stellen sich die Aufgabe, der Arbeiterklasse den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalistenklasse zu enthüllen, die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die Bedingungen der sozialen Revolution, die sie zu vollbringen hat, klarzumachen, sie zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt... Dabei stützen sie sich in jedem Schritt ihres Handelns auf die Erfahrung der Massen selbst." (Programm des KBW, S. 17/18)

Diese Sätze unseres Programms geben die Aufgaben der Kommunisten an. An ihnen ändert sich auch im Wahlkampf nichts. Nur ergeben sich im Wahlkampf besonders günstige Möglichkeiten, um ihnen nachzukommen. Die Aufmerksamkeit der Massen für politische Fragen ist dann gesteigert. In den letzten Jahren ist dieses Interesse gestiegen, das drücken bspw. die gestiegenen Wahlbeteiligungen bei den letzten Landtags- und Kommunalwahlen aus, und bei den Wahlen in Hessen wird dies nicht anders sein. Und nicht nur wir, sondern auch die bürgerlichen Parteien tragen das ihre dazu bei, indem sie an die Massen appellieren. ihnen Versprechungen machen, den politischen Gegner in den anderen Parteien angreifen und um ihre Wählerstimmen wetteifern. Bei dieser Gelegenheit schlagen sie sich viel schmutzige Wäsche um die Ohren und nehmen uns so einen guten Teil der Enthüllungsarbeit ab. Jeder Wahlkampf bringt eine Menge gutes Material an den Tag, an dem man lernen kann über die politischen Parteiungen; es wird an uns liegen, dieses Material nicht ungenutzt zu lassen.

Unser Ziel im Wahlkampf wie in jeder politischen Arbeit besteht darin, dem objektiven Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie politisch Ausdruck zu verleihen, d. h. die Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt und auf die revolutionäre Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft hinarbeitet. Auf diesem Weg zur politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse sind in Westdeutschland heute gerade die ersten Schritte getan worden. Wir haben heute eine Lage, wo die Aktivitäten der Arbeiter in Streiks und verschiedenen einzelnen Aktionen beträchtlich weiter entwickelt sind als die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Diese politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse kann sich in der bürgerlichen Gesellschaft nur ausdrücken im Zusammenschluß der Arbeiter zu einer revolutionären politischen Partei auf der Grundlage eines marxistisch-leninistischen Programms. Damit stehen wir heute in Westdeutschland nach weit über hundertjähriger Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wieder am Anfang. Der Wahlkampf gibt uns eine gewisse Möglichkeit, dabei ein Stück weiter zu kommen. Er erlaubt es, das Programm der Arbeiterklasse den Programmen der bürgerlichen Parteien insgesamt gegenüberzustellen und nicht nur – wie bei bestimmten Aktionen – einen bürgerlichen Vorschlag mit einem Vorschlag, der auf der Linie der Interessen der Arbeiterklasse liegt, zu bekämpfen. Er erleichtert es uns, die umfassenden politischen Vorstellungen der feindlichen Klassen gegeneinanderzustellen. Er ermöglicht es uns, zu messen, wieviele es schon sind, die dieses umfassende Programm der Arbeiterklasse zur Umwälzung der kapitalistischen Ausbeuterordnung teilen. Wir müssen nüchtern festhalten, daß das noch nicht sehr viele sein werden, daß ihre Zahl in Hessen noch nach Tausenden gezählt werden kann. Aber wir können auch festhalten, daß ihre Zahl wächst.

Im Wahlkampf müssen alle Parteien sich an die Massen wenden, und diese prüfen die Parteien bei dieser Gelegenheit genauer als zu anderen Zeiten. Sie können genau untersuchen, wer auf ihrer Seite steht und wer ihr Feind ist, auf wen sie sich verlassen können und auf wen nicht. Sie können genauer untersuchen, welche **Interessen** diese Parteien vertreten. Aktionen, die die Arbeiter oder Teile des Volkes durchführen, finden **breiteren Widerhall**, und niemand kann sich ihnen ohne weiteres entziehen. In Hessen erfährt dies gerade die Landesregierung samt den sie tragenden Parteien SPD und FDP ganz besonders. In Allendorf z. B., wo die Belegschaft der Glashütte sich beharrlich gegen die Stillegung des Werkes und die damit drohende Arbeitslosigkeit wehrt, traf es kürzlich den Minister Karry. Als Karry von der FDP nach Allendorf kam, um sich bei der Eröffnung eines Autobahnstückes in Szene zu setzen, wurde er von den Arbeitern zur Rede gestellt.

Überall, wo es uns möglich ist, müssen wir eine solche von den Massen vorgenommene **Untersuchung** der Politik und der Vorstellungen der Parteien unterstützen und initiieren. Wir müssen auch uns selber als Kommunistischer Bund Westdeutschland der Überprüfung unserer Politik und unseres Programms durch die Massen stellen.

Wenn man das tut und seine politischen Auffassungen und Absichten klar darlegt, braucht man auch keine falsche Scheu haben, zur Wahl des KBW aufzurufen. Es geht dabei nicht darum, sich als ein besonderer Verein anzupreisen und Reklame für den eigenen Laden zu machen, sondern darum, der Arbeiterklasse ein Programm ihres Kampfes vorzulegen und sie um dieses Programm zu sammeln.

Hans-Jörg Hager

Zur Zusammensetzung der Landesliste des KBW

Von verschiedenen Seiten sind Anfragen zur sozialen Zusammensetzung der Landesliste des KBW für die Hessenwahlen gekommen. Diese Anfragen beziehen sich darauf, daß verhältnismäßig wenig Arbeiter und viel mehr Lehrer, Ärzte und Studenten auf der Landesliste kandidieren.

Dazu meine ich folgendes: dieser Sachverhalt ist in den nackten Zahlen richtig erkannt und er ist kein Anlaß zur Zufriedenheit. Bekannt ist jedoch, daß wir eine junge Organisation sind, nicht nur in dem Sinn, daß wir erst seit etwas mehr als einem Jahr als KBW bestehen und arbeiten, sondern auch in der altersmäßigen Zusammensetzung. Eine erhebliche Anzahl der Mitglieder und Kandidaten unserer Organisation aus der Arbeiterschaft und von den Angestellten ist noch jung und von einem solchen Alter, daß ihre Kandidatur zum Parlament durch die bürgerliche Wahlgesetzgebung ausgeschlossen wird. Denn kandidieren darf nur derjenige, welcher 21 Jahre alt ist. Unter diesem Alter ist der Arbeiter zwar schon alt und reif genug, um vom Kapitalisten ausgebeutet zu werden. Das politische Recht der Kandidatur zum Parlament wahrzunehmen, dazu ist er nach Auffassung der Bourgeoisie wiederum zu unreif.

Weiter sind auf der Landesliste mehrere Genossen aus der Arbeiterklasse, die eine Lehre abgeschlossen haben, dann in den späten sechziger Jahren den zweiten Bildungsweg absolviert und ein Studium begonnen haben. Diesen Weg haben in dieser Zeit bewegliche und unzufriedene Arbeiter oft eingeschlagen, er drückt die Auflehnung gegen ihre Lage und die Suche nach einem Ausweg aus. Natürlich ist das kein Ausweg, das haben die Genossen inzwischen selber erkannt. Daraus haben sie die politischen Konsequenzen gezogen und sich in einer kommunistischen Organisation organisiert. Sie sind Teil ihrer Klasse geblieben, auch wenn sie ihr Studium jetzt zunächst abschließen.

Die Kandidatur zu einem bürgerlichen Parlament ist auch keine einfache Sache, sondern eine Aufgabe, die mit Schwierigkeiten und erheblichen politischen Anforderungen an die Genossen verbunden ist. Deshalb war es richtig, erfahrene Genossen auf der Liste aufzustellen. Diese kommen derzeit noch teilweise aus der Intelligenz. Schließlich ist es so, daß die Landesliste in ihrer Zusammensetzung nicht entspricht der Zusammensetzung unserer Organisation, die über die Hälfte aus Arbeitern und Angestellten besteht. Alle diese Fakten sind ersichtlich aus dem "Bericht über die organisatorische Entwicklung des KBW", der zusammen mit dem Rechenschaftsbericht des ZK als Broschüre veröffentlicht worden ist. Worauf es ankommt ist, daß die Organisation auf unserer festgelegten politischen Linie die Wahlbeteiligung benutzt, um uns besser mit den Massen zu verbinden, unsere Auffassungen darzulegen und gegenüber allen bürgerlichen Parteien die selbständige und einheitliche politische Organisierung der Arbeiterklasse zu fördern.

H.J. Hager

Landesliste des KBW eingereicht

Donnerstag, den 5.9. hat der KBW die Landesliste für die Hessenwahlen beim Landeswahlleiter eingereicht. Im Juli wurden für diese Liste ca. 4 300 Unterschriften gesammelt, alles Unterschriften von Menschen, die mit dieser die Liste und die Kandidatur des KBW unterstützt haben. Davon sind noch 2 000 übrig – "gültig", wie die Behörden und der Landeswahlleiter des hessischen Innenministeriums festgestellt haben.

"Ungültig" sind also mehr als 2 000. Und das nicht etwa, weil Fälschungen vorgenommen wurden und Betrüger am Werk gewesen sind. Ganz wenige Unterschriften waren einfach falsch. Die Großzahl der "ungültigen" Unterschriften sind solche von Arbeitern, Angestellten, Studenten etc., die es alle ernst meinten mit der Unterstützung der Kandidatur des KBW. "Ungültig" sind diese Unterschriften schlicht aus einem Grund: die Kreisbehörden prüfen bloß die Unterschriften, die aus ihrem jeweiligen Ort sind, alle anderen werden gestrichen. Diese anderen sind Unterschriften von Arbeitern und Angestellten, die gezwungen sind, von kleineren Städten und Dörfern in die nächstliegende Großstadt einzupendeln. So sind in Frankfurt von 1 200 Unterschriften gerade 700 gültig, in Bensheim ein Drittel. Die Mobilität und das Pendeln, zu der der Kapitalismus die Lohnabhängigen zwingt, wird hier also noch zusätzlich ausgenutzt durch den bürgerlichen Staat. Ausgenutzt nicht nur dahin, daß die Wahlbeteiligung einer revolutionären Organisation behindert wird, sondern vor allem dahin, daß das politische Recht eines **jeden**, diese Organisation zu unterstützen, beschnitten wird und seine Unterschrift, seine Willenserklärung mit dem Federstrich eines Federfuchsers als ungültig erklärt wird. Damit nicht genug. Die Landesliste des KBW ist so und so nur eine Landesliste **dem Namen nach**. Denn nicht **jeder** Wahlberechtigte in Hessen kann sich am Wahltag mit seiner Stimme für das revolutionäre Programm entscheiden, sondern nur dort, wo gleichzeitig ein Direktkandidat des KBW existiert. Diese Einschränkung garantiert der § 30 des hessischen Landtagswahlgesetzes, vom Landeswahlleiter Hessens in einem Brief als **"Gestaltung des Stimmzettels"** interpretiert: "§ 30 Abs. 2 Satz 1 bestimmt, daß jeweils die zugelassenen Kreisvorschläge aufzuführen sind. Satz 2 enthält eine ergänzende Vorschrift für den Fall, daß für die betreffende Partei oder Wählergruppe außerdem eine Landesliste zugelassen worden ist. Weitere Möglichkeiten der Gestaltung des Stimmzettels sieht das Gesetz nicht vor. Ich bemerke noch, daß die Mehrzahl der Landtagswahlgesetze der Bundesländer eine gleichartige Regelung vorsieht."

Neben der 5 %-Klausel sind all diese Schikanen weitere Einschränkungen, um die bürgerlichen Parteien abzusichern. Auch sie zeigen, daß die bürgerliche Demokratie nichts anderes ist als ein System von Drahtverhauen gegen die politische Betätigung der Arbeiterklasse.

HJ.H.

Beim Darmstädter Wahlauftritt sind Arendt und Genscher kläglich abgeschifft

Am 4.September eröffnete Außenminister Genscher für die FDP den Wahlkampf in Darmstadt. Genscher redete um 18 Uhr auf dem belebtesten Platz. Sein Publikum bestand aus einigen hundert Menschen, von denen der weitaus größte Teil zufällig vorüberkam und dann stehenblieb. Dies ist für die Vertreter der bürgerlichen Parteien unter normalen Umständen die einzige Möglichkeit, überhaupt noch Publikum zu finden. Den Beweis dafür erbrachte Arbeits- und Sozialminister Arendt (SPD), der zwei Tage später in einem Saal sprach, der ca. 200 Menschen faßt. Der Saal blieb fast halb leer und etwa die Hälfte der Zuhörer war gekommen, um Arendts Geschwätz bloßzustellen.

Genscher und Arendt sprachen von "Strukturveränderungen", die notwendig seien und die aus der "Überbeschäftigung eine Vollbeschäftigung" machten. Was das für die arbeitenden Massen heißt, "Strukturveränderungen", haben sie nicht gesagt, aber jeder kann es gegenwärtig gut sehen: Die Errichtung eines VW-Werkes in Pittsburgh und weitere Massenentlassungen in westdeutschen VW-Werken; Umstellung der Darmstädter Straßenbahnen auf Einmann-Betrieb, der für die Fahrer zermürbend ist, weil sie an den Haltestellen auch noch kassieren und die letzten Fahrgäste im Weiterfahren abfertigen müssen, damit sie den Fahrplan einhalten; Schließung von Klinikabteilungen, weil das Pflegepersonal fehlt wie in Frankfurt; Rückgang des sozialen Wohnungsbaus um 25 % usw.

Arendt wollte gerade auf der antikommunistischen Leier losheulen, als sich ein Arbeiter zu Wort meldete: "Ich bin jetzt 65 Jahre alt und Rentner und habe über 40 Jahre geschuftet, aber jetzt warte ich schon drei Monate auf meine Rente. Ich brauch' das Geld dringend", rief er ins Mikrophon und zog Arendt wegen des "idiotischen Bürokratismus" der Sozialversicherung zur Rechenschaft. Die sozialdemokratischen Funktionäre auf dem Podium erstarrten vor Schreck. Einen stinknormalen Arbeiter und einen unerschrockenen dazu auf einer SPD-Veranstaltung, das haben sie gar nicht mehr erwartet. Der Verhandlungsleiter sagte: "Aber bitte, kommen Sie doch nach der Veranstaltung zu unserem persönlichen Referenten, er wird sich um Ihre Sache kümmern." Dieser sozialdemokratische Lösungsvorschlag wurde um so mehr mit höhnischem Gelächter bedacht, als der Kollege in seiner Rede ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß er nicht für sich spreche: "Ich kann mich wehren, aber ich rede hier für tausende von meinen Kollegen, denen es auch so geht." Aber auch mit tausenden von persönlichen Referenten wird die Sozialdemokratie dieses Problem nicht lösen, weil der Staat, den sie z.Zt. selbst verwaltet, viele Millionen Mark Zinsen durch die verzögerte Rentenauszahlungen einheimsen will.

Wir Kommunisten wollten noch sagen, daß das P oblem des Kollegen nur dadurch gelöst werden kann, daß die Arbeiter die Sozialversicherung selbst verwalten, wie dies in unserem Programm gefordert wird, ganz einfach, weil die Arbeiter es sind, die ein Interesse an pünktlicher Rentenauszahlung haben. Aber die Sozialdemokraten ließen uns nicht mehr zu Wort kommen. Am liebsten hätten sie uns durch die Polizei hinauswerfen lassen. Arendt: "Ich bewundere den Langmut meiner Parteifreunde."

Victor Pfaff, Landtagskandidat des KBW im Wahlkreis 50, Darmstadt

"CHANCENGLEICHHEIT" VERWIRKLICHT!

Höchst. Wie die großartigen Sprüche und Wahlversprechen der SPD/FDP-Landesregierung in Bezug auf das Bildungswesen in der Praxis aussehen, zeigt ein Beispiel von der Helene-Lange-Schule (Mädchengymnasium) in Höchst: Wie überall prägen auch hier überfüllte Klassen und Unterrichtsausfall das Bild. So findet in den unteren Klassen in Geschichte und Englisch zum Teil überhaupt kein Unterricht statt. Immerhin wären genug Lehrkräfte da, um wenigstens in einer von zwei Klassen eines Jahrganges Geschichte zu unterrichten. Aber da unterrichtet man lieber in keiner von beiden, denn so ist die "Chancengleichheit gewährleistet" lautet die offizielle Begründung.

Kann man deutlicher sehen als an diesem Beispiel, wie der Deckmantel der Chancengleichheit, mit dem die elende Lage im Bildungswesen verdeckt werden soll, immer kleiner und immer durchsichtiger wird? H.R. Ffm.

Die Empörung über die Schulmisere wird durch die Lehrerrausschmisse nur grösser

Karlsruher Schülerdemonstrieren

BREITE DEBATTE UM DIE ENTLASSUNG VON F. GÜDE AN DEN SCHULEN

Nachdem die Schülermitverwaltung des Humboldt-Gymnasiums die Demonstrationfür Güde beschlossen hatte, wendete sie sich in einem Brief an die Schülervertretungen aller übrigen Karlsruher Schulen, mit einem anderen an alle politischen Organisationen und schließlich mit einem dritten Brief an die Eltern der Humboldt-Schüler.

Im Fichte-Gymnasium schlossen sich die Mitglieder der Schülermitverwaltung mit überwältigender Mehrheit dem Demonstrationsaufruf an, nachdem sie F. Güde erst persönlich über seine politische Meinung und seinen Unterricht befragt hatten. Auch in mehreren anderen Schulen Karlsruhes wurden Flugblätter zu Güde herausgebracht; allerdings kam vor der Demonstration nicht überall mehr als eine Klassensprecherversammlung zustande.
Schlechter sah es aus bei den etablierten Parteien und ihren Jugendorganisationen. Die Jungdemokraten erschienen immerhin zu Aktionseinheitsverhandlungen und brachten eine freilich eher zartfühlende als kämpferische Presseerklärung heraus, in der sie "die beabsichtigte Entlassung Güdes bedauerten". Von den Jungsozialisten sah und hörte man nichts; ein Mitglied des SPD-Ortsvorstandes meinte auf telefonische Anfrage: "Der Güde tut mir ja menschlich so leid – aber Sie kennen ja die Richtlinien unserer Partei."

Um für die Demonstration zu mobilisieren, haben die Schülermitverwaltung des Humboldt-Gymnasiums und das "Komitee gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst" am Samstag und Mittwoch Stände in der Stadt errichtet. Auf den Schrifttafeln wurde vor allem gefragt: "Wem nützt die Schule, wie sie heute ist? Wem nützen die Berufsverbote an der Schule?" Zeitweise hatten sich an die hundert Menschen angesammelt, die Güde persönlich befragen wollten. Schließlich bohrten sich drei Polizisten bis zum Kern der Diskussionsrunde vor, die versuchten, wegen "Verkehrsbehinderung" einzuschreiten. Ausnahmslos alle Diskutierer setzten sich aber energisch zur Wehr: "Jetzt hört man wochenlang von diesem Typ, jetzt haben wir ihn endlich mal und können ihn selbst fragen, und da kommt ihr." Bescheiden und erfolglos zogen die Polizisten wieder ab. Es war bei diesen Diskussionen zwar nicht möglich, alle vom Unrecht des Berufsverbotes gegen Güde zu überzeugen, aber viele Diskutierer sahen sich wenigstens gezwungen, einmal die abstrakten Sprüche – "Die machen unseren Staat kaputt" usw. – zu vergessen: Sie mußten sich klarmachen, daß sie sich höchstpersönlich fragen müssen: Was schadet mir, was nützt mir dieses Berufsverbot? Und das ist schon die Einbruchsstelle für die Erkenntnis der wirklichen Zustände.

Fast täglich rief Studiendirektor Schäufele im "Humboldt" eine Teil-Schülermitverwaltung ein – mal die Klassensprecher der fünften und sechsten, mal die der siebten und achten – um die "Kleinen" aufzuklären, wie man sie mit dem Demonstrationsbeschluß hereingelegt habe. Er versprach 10 Partys im Jahr (im letzten hatte es mühsam eine pro Klasse gegeben), um an Boden zu gewinnen. Aber wo gibt es heute noch einen Fünftklässler, der nicht merkt, daß etwas faul sein muß, wo so viel Süßholz geraspelt wird? Im Fichte-Gymnasium wurden ebenfalls Schülerinnen zur Rede gestellt, wie sie dazu kämen, einen Güde in eine Schülermitverwaltungs-Sitzung in die Schule einschleichen zu lassen. Aber das kam alles schon zu spät.

Trotz aller Einschüchterungsversuche fanden sich vor allem viele Schüler zur Demonstration am letzten Freitag ein, auch solche, die sonst nie bei Demonstrationen zu finden sind. Eine Jugendgruppe hatte zwei eigene Güde-Lieder gedichtet und komponiert; zu Beginn der Demonstration erklärte ein Humboldt-Schüler noch einmal an mehreren Beispielen, wie Schüler und Lehrer gemeinsam um eine Meinungsfreiheit kämpfen müssen, die für sie ein Instrument sein kann, ihre Interessen durchzusetzen. Bei der Schlußkundgebung, an der über 300 Leute teilnahmen, ging Fritz Güde noch einmal auf die "Neigung zur Gewalt" ein, die ihm vorgeworfen wird. Er erinnerte an die Gewalt, die der bürgerliche Staatsapparat überall gegen die Massen ausübt, und gerade auch an den Schulen, und er forderte diese Massen auf, sich zusammenzuschließen, um mit der Macht ihrer großen Zahl dieser Gewalt sich zu widersetzen. "Damit das aber möglich wird, muß das Volk überhaupt einmal mitkriegen, was sich hinter den Schulmauern abspielt. Deshalb habe ich die Geheimhaltungspflicht des Beamten gebrochen – und deshalb soll ich jetzt fliegen."

Im Humboldt-Gymnasium selbst hat die Direktion schon dafür gesorgt, daß die Empörung wach gehalten wird: Durch ihr Verfahren gegen einen Schüler, der sich für Güde eingesetzt hat. Das werden die Schüler sich nicht gefallen lassen. Darüberhinaus müssen wir uns noch einmal an die Eltern wenden, damit in den Elternversammlungen, die jetzt dann in allen Klassen stattfinden, das Thema des Berufsverbots für Güde im Zusammenhang mit den verschlechterten Schulverhältnissen aufgegriffen wird.

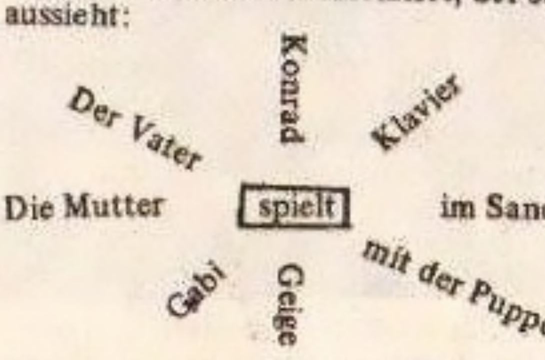
Zelle der KSG am Humboldt-Gymnasium und G.F.

das "Komitee gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst" am Samstag und Mittwoch Stände in der Stadt errichtet. Auf den Schrifttafeln wurde vor allem gefragt: "Wem nützt die Schule, wie sie heute ist? Wem nützen die Berufsverbote an der Schule?" Zeitweise hatten sich an die hundert Menschen angesammelt, die Güde persönlich befragen wollten. Schließlich bohrten sich drei Polizisten bis zum Kern der Diskussionsrunde vor, die versuchten, wegen
sprach 10 Partys im Jahr (im letzten hatte es mühsam eine pro Klasse gegeben), um an Boden zu gewinnen. Aber wo gibt es heute noch einen Fünftklässler, der nicht merkt, daß etwas faul sein muß, wo so viel Süßholz geraspelt wird? Im Fichte-Gymnasium wurden ebenfalls Schülerinnen zur Rede gestellt, wie sie dazu kämen, einen Güde in eine Schülermitverwaltungs-Sitzung in die Schule einschleichen zu lassen. Aber das kam alles schon zu spät.
nen Schüler, der sich für Güde eingesetzt hat. Das werden die Schüler sich nicht gefallen lassen. Darüberhinaus müssen wir uns noch einmal an die Eltern wenden, damit in den Elternversammlungen, die jetzt dann in allen Klassen stattfinden, das Thema des Berufsverbots für Güde im Zusammenhang mit den verschlechterten Schulverhältnissen aufgegriffen wird.
Zelle der KSG am Humboldt-Gymnasium und G.F.

Lernmaschinen

DAZU WERDEN DIE KINDER IN DER SCHULE ABGERICHTET

Als Grundschullehrer kommt man morgens in die Klasse und entwirrt zuerst ein Knäuel sich balgender und schreiender Kinder. Hat man nach etwa 10 Minuten alle Kinder auf ihre Plätze geschafft, stellt man fest, daß vielleicht zwei oder drei fehlen, die man noch vor kurzem als die größten Rabauken gesichtet hatte. Sie pilgern inzwischen durchs Schulhaus, werden vom Rektor aufgegriffen und unter mahnenden Worten zurückgebracht: "Motivieren Sie mehr, Frau Kollegin, dann laufen Ihnen die Kinder nicht weg."
Am nächsten Tag wird motiviert. Thema der Stunde: "Vom Satzkern hängt alles ab". Dazu wird ein "Stern" an die Tafel fabriziert, der so aussieht:



Die Aufgabe für die Schüler besteht darin, den Stern in einfache Sätzchen zurückzuverwandeln. Die widerstandsfähigen Schüler kommen zum Lehrer und erklären lapidar, daß sie nicht gewöhnt sind, von oben nach unten und umgekehrt zu lesen. Gemeinsam werden also die Köpfe verdreht, die Wörter und Sätze kreuz und quer gelesen.
In den Köpfen der meisten Schüler und Lehrer ist eine einfache Aussage schon lange verdreht: Sie wurde zum Satzstern, Lückentext, Silben-, Bild-, Wort- oder Satzrätsel, Buchstabenabzählaufgabe u.v.m.
Wir Lehrer erziehen die Schüler nicht zur Selbständigkeit; im Gegenteil, wir unterdrücken die natürlichen Abwehrreaktionen der Kinder gegen einen Unterricht, in dem ihre Probleme nicht zur Sprache kommen dürfen, weil wir sie durch die Stoffülle hetzen. Mit unseren Motivationstricks, die wir uns zu schnell von "fortschrittlichen" Schulbüchern diktieren lassen, führen wir uns vor den Kindern auf wie der Kasper mit der Zauberkiste, aus der wir ständig ein neues Papier mit Motivationsaufgaben ziehen. Unter unserer Hand werden die Kinder zu Lernmaschinen, die papiernen Anweisungen gehorchen und sie im Eiltempo erfüllen. Die Kinder gehorchen noch nicht ganz; deshalb gibt es allmorgendlich und in jeder Pause schlimme Auseinandersetzungen unter ihnen. U.D., Mannheim



Am 29. August wurde die Realschullehrerin M. Veil vom Schuldienst suspendiert. Sie hatte für ein Informationsblatt verantwortlich gezeichnet, das sich gegen den Antisolidarisierungserlaß des Oberschulamtes wendet.
Wie sieht der Erlaß in der Praxis aus? Auf einer Lehrerkonferenz, auf der eine Erklärung gegen die Suspendierung eingebracht werden sollte, tauchte plötzlich der Schulamtsdirektor auf, wies auf eben diesen Erlaß hin und verhinderte damit die Solidarisierung.
Mit Informationsblättern wandte sich die suspendierte Lehrerin an die Bevölkerung, um sie über die Machenschaften des Oberschulamtes aufzuklären.

Lehrermangel und große Klassen

DAS OBERSCHULAMT VERTEILT, ABER BEHEBT NICHT DIE MISERE

Heidelberg Stadt und Land: Der diesjährige Schulanfang zeigt besonders kraß, daß der bürgerliche Staat und die Schulbehörden kaum noch fähig sind, einen geordneten Schulablauf zu garantieren. Der Staat kann teilweise nicht einmal sein Minimalprogramm in den Schulen gewährleisten. Der Unmut der Eltern und Schüler über die miserablen Schulverhältnisse nimmt zu. Verstärkt wird dieser Unmut noch durch die zahlreichen Versetzungen beliebter Lehrer, durch politisch begründete Entlassungen und die Nichteinstellung frisch ausgebildeter Lehrer.
Heidelberg: Über die Köpfe der Eltern und Schüler hinweg wurden in Heidelberg 19 Lehrer kurzfristig abgezogen, obwohl im Rhein-Neckar-Kreis ein Lehrerfehlbestand von 11,8 % herrscht. Viele der Versetzungen und Suspendierungen wurden politisch begründet. Den Lehrern wurde ohne Anhörung der sofortige Vollzug angeordnet. Die Gesamtelternbeiratsvorsitzende Dr. Barbara Anschütz protestierte: Wieder einmal seien die Eltern vor vollendete Tatsachen gestellt und in ihren Informationsrechten mißachtet worden.
In einer Heidelberger Grundschule wurde in einer zweiten Grundschulklasse eine Lehrerin versetzt, da sie ein anderes pädagogisches Konzept vertritt, als es das Oberschulamt für richtig hält. Die Eltern protestierten beim Schulamt Heidelberg, jedoch ohne Erfolg. Daraufhin gingen sie zum Oberschulamt nach Karlsruhe. An der Theodor-Heuss-Realschule wurde der Vertrauenslehrer versetzt. Er war bei den Schülern sehr beliebt, beim Rektor weniger. Die Schüler sammelten 400 Unterschriften gegen die Versetzung und schrieben ein Flugblatt. Der Rektor: Dieser Lehrer sei überflüssig gewesen.

Wieblingen: Auch an der Fröbel-Schule in Wieblingen-Hauecke platzen die vier ersten Klassen mit jeweils etwa 36 Kindern aus allen Nähten. Die Eltern geben sich mit der Massenabfertigung ihrer Kinder nicht zufrieden und fordern die Einrichtung einer weiteren Klasse und mindestens einen zusätzlichen Lehrer. Ein Eltern-Ehepaar hat eine Unterschriftenaktion "kleine Klassen" organisiert. 110 von 143 Eltern der Schüler der ersten Klassen haben die Forderung an das Schulamt Heidelberg unterschrieben.

Sandhausen: An der Grundschule sollten zu Schuljahresbeginn sechs zweite Klassen, die mit je rund 30 Schülern schon überbesetzt sind, auf fünf zweite Klassen verteilt werden. Dabei handelt es sich um die Klasse 2f eines vom Oberschulamt genehmigten kostspieligen Schulversuches. Die Eltern wehren sich, daß die Folgen von Sparmaßnahmen und der Zusammenbruch der Reformpädagogik sich auf ihre Kinder auswirkt. Sie forderten vom Schulamt Heidelberg eine zusätzliche Lehrkraft und wurden mit vorgeschobenen Kompetenzstreitigkeiten abgeschoben.
Aufgebracht sind die Eltern, daß ihnen kein Zahlenmaterial über Stundendefizit und Stundensoll auf den Tisch gelegt wird. Man hält sie bewußt von Informationen fern, damit sie sich in die Schulangelegenheiten nicht einmischen.

Inzwischen ist eine Lehrkraft mit 13 Wochenstunden eingesprungen, und die Eltern haben beschlossen, die fehlenden 24 Stunden auf alle zweiten Klassen gleichmäßig zu verteilen. Damit fällt für alle zweiten Klassen der Unterricht täglich um eine Stunde aus. Über diesen Beschluß muß noch die Elternpflegschaft entscheiden. Dies kann keine endgültige Lösung sein. Denn wir setzen uns im Gegensatz zum Kultusminister Hahn nicht dafür ein, den Lehrermangel gleichmäßig auf das ganze Land zu verteilen und dies auch noch als Reform und ein Prinzip der Gerechtigkeit zu verkaufen.
Wir setzen uns dafür ein, daß die Eltern und Schüler die Schulangelegenheiten selbst in die Hand nehmen, denn nur so können wir unsere Interessen in den Schulen durchsetzen.

Mechthild Veil, Heidelberg

Entscheidung verlangt

DIE LERNMITTELFREIHEIT IST EINE POLITISCHE FRAGE

Im Schulverwaltungsgesetz von Baden-Württemberg wurde 1964 festgelegt, daß alle Lernmittel, die teurer als eine Mark sind, den Schülern der allgemeinbildenden Schulen kostenlos leihweise überlassen werden sollen (Lernmittelerlaß).
Trotzdem wurden die Eltern schulpflichtiger Kinder zu Schuljahresbeginn gleich zur Kasse gebeten: Schulbücher und Arbeitsmaterial sollen die Eltern z.T. selbst bezahlen.

Eltern erfahren von den Schulleitern und Lehrern nur ihre Pflichten. Mit ihren Rechten wird z.B. so verfahren: Wenn ein Vater die Bezahlung aller Lernmittel, die über eine Mark betragen, ablehnt, so wird ihm das schwer gemacht. Zuerst redet ihm der Lehrer ins Gewissen, daß er z.B., wenn sein Kind die Pfeilchen, Schleifen und Zahlen in den Mathematikarbeitsblock schreibt, die Kosten für Rechenhefte spart und er folglich ruhig 7,80 DM für den "Multi" bezahlen kann. Bleibt der Vater bei seiner Position, wird er an den Rektor verwiesen, der ihm etwas von der sozialen Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwesen vorfaselt. Beharrt er noch immer auf seinem Recht, wird er als unverbesserlicher Dickschädel oder unsozialer Mensch hingestellt. Nicht selten bekommt auch noch sein Kind die Sache zu spüren: Der Lehrer stellt fest, daß es sich bei so einem Vater natürlich nicht in die "Lerngemeinschaft" einfügen kann.
An anderen Schulen wird der Lernmittelerlaß erst gar nicht angewendet: An einer Realschule im Raum Heidelberg werden die Eltern aufgefordert, die Schulbücher für ihre Kinder selbst zu kaufen, "da die Bücher einen bleibenden Wert haben". 50 % der Kosten werden von der Gemeinde übernommen, und für den Rest müssen die Eltern aufkommen. Beklagen sich die Eltern über diese üblen Praktiken, werden sie vom Rektor von der Wichtigkeit der eigenen Anschaffung "überzeugt". Offensichtlich hat dieser Rektor ein sehr gutes Verhältnis zum örtlichen Buchhändler.
Es ist notwendig, daß die Eltern von den Lehrern darüber Rechenschaft verlangen, wie sie zum Lernmittelerlaß stehen. Die Lehrer müssen vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie sich auf die Seite der Eltern und Schüler stellen und von ihnen geschätzt werden, oder ob sie sich gegen sie hinter den Schulbehörden verschanzen wollen.

Maulkorb für Lehrer

AUSKÜNFTE DÜRFEN NUR SCHULÄMTER GEBEN

Die Schulbehörden tun, was sie können: Sie sorgen für gleichmäßig große Klassen im ganzen Land, sie stellen weniger Lehrer ein, sie kürzen auch noch die Unterrichtsstundenzahl. Und sie sagen, das alles sei "gerecht" und "optimal".

Aber die betroffenen Eltern geben keine Ruhe; sie wissen zuviel über die Zustände an den Schulen, ja sie werden sogar von Lehrern über diese Zustände informiert.
Das Oberschulamt Karlsruhe will aber das Gegenteil, nämlich daß Ruhe herrscht, daß die Eltern nicht Bescheid wissen und daß die Lehrer den Mund halten. Deshalb hat es am 19. August, kurz vor Schulbeginn, eine Schulamtsleiterbesprechung durchgeführt und folgende Anweisungen erteilt, die nun zu lesen sind im Rundschreiben des Staatlichen Schulamts Mannheim (28. August) an alle Mannheimer Rektoren und -innen, betr.: Auskünfte über die Lehrersituation:
"1. Zuständig für Auskünfte an die Presse und an den Gesamtelternbeirat sind die Staatl. Schulämter.
2. Die Schulleitungen sind berechtigt, den Elternbeirat der eigenen Schule zu informieren. Bei Umfragen auf Lokalebene muß dagegen auf die Zuständigkeit des Staatl. Schulamts hingewiesen werden.
3. Die Schulleitungen und die Staatl. Schulämter dürfen vorsprechenden Bewerbern keine Auskünfte über die Lehrersituation an einer bestimmten Schule oder in einem bestimmten Schulamtsbereich geben.. Bewerber sind auf die Zuständigkeit des Oberschulamts für die Einstellung von Lehrkräften hinzuweisen."
Im Klartext: Einfache Lehrer und einfache Eltern haben gar nichts zu sagen bzw. zu erfahren. Allein die Schulleiter dürfen dem Elternbeirat ihrer Schule und die Staatl. Schulämter dürfen der lokalen Presse und dem lokalen Gesamtelternbeirat "Auskünfte" geben. Arbeit suchende Lehrer dürfen am Ort nichts erfahren, sondern werden vom Oberschulamt bedient.
Vorausgegangen ist, daß zum Schulbeginn gerade solche Lehrer gegen ihren Willen aus Mannheim versetzt wurden, die die Eltern zu informieren pflegen und mit ihnen gegen die Schulmisere kämpfen (vgl. KVZ Nr. 18, Seite 11).
Daß die Wünsche des Oberschulamts Karlsruhe nicht in Erfüllung gehen, dafür sorgt in Mannheim das "Komitee gegen die Schulmisere und die Strafversetzungen auf der Vogelstang". Es plant eine Informationsveranstaltung über die neueste Schulsituation, auf der auch entlassene und versetzte Lehrer als Referenten auftreten werden.

Jürgen Daum, Mannheim

80 Gramm schwere Gußteile regnen vom Himmel

NACH FILTEREINBAU WAR ES NUR NOCH SCHLIMMER

"Velbert – eine aufblühende Industriestadt." So oder ähnlich versuchen uns die bürgerlichen Politiker die Stadt schmackhaft zu machen. Was es mit diesem "Aufblühen" auf sich hat, erfahren die Anwohner der Eisengießerei Beer und viele andere Menschen tagtäglich. So werden z. B. die Anwohner der Firma Beer nachts um 4 Uhr geweckt, so fallen dort 80 Gramm schwere Gußteile vom Himmel, so sind die Fenster dort nicht mehr als Fenster erkennbar usw. Gegen diese Umweltverschmutzung haben sich die Anwohner zusammengeschlossen. Sie organisierten eine Veranstaltung, zu der sie die Vertreter der bürgerlichen Parteien eingeladen hatten.

Doch das Vertrauen in diese "Volksvertreter" erwies sich als falsch. So wurden auf dieser Veranstaltung vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Sprüche geklopft wie "In den nächsten drei Monaten werden wir das Problem gelöst haben" oder "Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir das Problem nicht gemeinsam lösen könnten". Inzwischen sind sechs Monate vergangen und an der Situation hat sich nichts geändert.

Die Gesundheit der Anwohner schert die Beer-Kapitalisten einen Dreck. So gaben sie frohlockend bekannt, daß die erste Ausbaustufe der Filteranlage abgeschlossen sei. Außerdem bedauere man, daß die Bevölkerung den Einsatz von 800 000 DM für die Filteranlage nicht honoriert hätte. Wie sich die erste Ausbaustufe der Filteranlage auswirkt, charakterisiert die Aussage eines Anwohners: "Es ist seitdem eher schlimmer geworden!"

"Was hat denn das Gewerbeaufsichtsamt unternommen?" wird sich mancher fragen. Die Arbeit des Gewerbeaufsichtsamts bestand darin, den Anwohnern mitzuteilen, daß aufgrund von Verschleißerscheinungen der Filteranlage die Reinigung der Luft nicht mehr gewährleistet werden kann. Messungen wurden bis auf einen Fall nur nach vorheriger Ankündigung durchgeführt – und in dem einen Fall arbeitete die Temperei – eine der Hauptlärm- und Dreckquellen überhaupt nicht.
Der ganze Fall zeigt uns mal wieder, in wessen Interesse die Herren im Rathaus und das Gewerbeaufsichtsamt arbeiten.

–KG Velbert–

Altstadtbewohner gegen Parkhaus

IN HEIDELBERG WURDE EIN KINDERGARTEN UNTER POLIZEISCHUTZ ABGERISSEN

Heidelberg. Im Morgengrauen des 12. September haben Räumkommandos der Polizei zusammen mit mehreren Hundertschaften Bereitschaftspolizei den Universitätskindergarten in der Plöck 48/50 überfallen. Eine Tür wurde eingeschlagen, die Eltern und Kinder auf die Straße getrieben, ohne daß sie noch Gelegenheit hatten, alles Inventar mitzunehmen. Die Reste konnten sie dann abends aus den Trümmern zusammenlesen. Kurz darauf wurde unter Polizeischutz mit dem Abriß der guterhaltenen Häuser begonnen.
Gegen den Willen der meisten Anwohner dieser Straßen wollen Stadt und Land an dieser Stelle ein Parkhaus mit 455 Stellplätzen bauen. Aber das ist nur ein Beispiel, was der Heidelberger Stadtrat mit Oberbürgermeister Zundel an der Spitze so treibt. Im Rahmen einer groß angelegten Stadtplanung betreiben sie seit langem mit äußerster Hartnäckigkeit eine Politik mit dem Ziel, die Heidelberger Altstadt in ein modern aufgemachtes Geschäfts- und Amüsierviertel zu verwandeln.
Bedenkenlos opfern diese sogenannten Volksvertreter das Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung, um diese Pläne durchzusetzen. Daß z.B. das Parkhaus noch mehr Autolärm und noch mehr Abgase in den engen Altstadtgassen zur Folge hat, stört diese Herren dabei nicht.
Kein Wunder, daß die Anwohner immer empörter wurden und schließlich nicht mehr bereit waren, die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen kampflos hinzunehmen. Mit Unterschriftenlisten und Eingaben an Stadtrat und Landesbehörden wandten sie sich gegen dieses Projekt. Doch die verantwortlichen Politiker scherte dies wenig.
Deshalb haben schon vor dem Abriß die aktivsten Anwohner von Plöck und Ebert-Anlage damit begonnen, diesen Widerstand auch zu organisieren. In einer öffentlichen Anwohnerversammlung, zu der fast 100 Menschen erschienen, wurden die eigene Politik und die eigenen Pläne festgelegt. "Kein Parkhaus in der Plöck!" war die klare Forderung der Anwohner. Wichtig war es hierbei, eine öffentliche Meinung gegen das Parkhausprojekt zu schaffen, um dem Trommelfeuer der bürgerlichen Presse in Heidelberg, vor allem der Rhein-Neckar-Zeitung, entgegentreten zu können. Dazu wählte die Anwohnerversammlung einen Ausschuß, der der Versammlung verantwortlich und jederzeit abwählbar ist.
Auf der zweiten Anwohnerversammlung wurde eine Resolution mit den Forderungen der Anwohner beschlossen und daß diese auf der nächsten Sitzung dem Stadtrat vorgelegt würden, damit dieser einmal gezwungen würde, Rechenschaft über sein Treiben abzulegen.
Just am Tag dieser Gemeinderatssitzung kam aber nun in der frühen Morgenstunde Polizei und Abrißkommando. Einmal, vor allem mit dem Abrißkommando, sollte der Widerstand der Bevölkerung durch vollendete Tatsachen unterlaufen werden. Zum anderen, mit der Polizei sollte der Bevölkerung klargemacht werden, daß die Behörden nicht bereit sind, von ihrer volksfeindlichen Politik abzulassen und daß sie diese auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchsetzen. Zundel paßte diese Maßnahme des Landes gut in sein Stadtsanierungskonzept.
Der Gemeinderat hat wohl die Häuser abreißen lassen, aber die Empörung der Bevölkerung ist darüber nur noch größer geworden. Am Nachmittag demonstrierten etwa 700 Menschen zum Rathaus, wo der Gemeinderat gerade unter stärkstem Polizeischutz eine seiner "öffentlichen" Sitzungen abhielt. Die Empörung ist so groß, daß selbst Zundels Fraktion im Gemeinderat sich in einer öffentlichen Presseerklärung gegen das Vorgehen ihres Parteimitgliedes wandte. Und selbst Zundel tut jetzt so, als ob eigentlich die Landesregierung und nicht er die treibende Kraft gewesen wäre.
Aber die Altstadtbewohner werden wissen, was sie von solchen Politikern zu halten haben, die erst die Interessen der Bevölkerung unter den Tisch kehren und sich dann die Hände in Unschuld waschen wollen. Sie halten von solchen Politikern nichts. Vor den abgerissenen Häusern bleiben die Menschen stehen und betrachten die Ergebnisse dieser Stadtplanung voll Abscheu. Eine ältere Frau sagte: "Was sie im Krieg nicht zerbombt haben, das reißt der Zundel jetzt nieder!"
Wie also sehen die vollendeten Tatsachen aus, die Zundel schaffen wollte? Sein Thron wackelt einmal mehr, die Empörung der Altstadtbewohner ist gewachsen und viele nehmen diesen bürgerlichen Politikern ihre öffentlichen Erklärungen nicht mehr ab. Außerdem werden sie sich die Hände bald wieder beflecken müssen, wenn es daran geht, den Bau des Parkhauses und die weitere Stadtplanung durchzusetzen. Die Forderung der Altstadtbewohner ist klar: "Kein Parkhaus in der Plöck!"

Zelle Altstadt Heidelberg /Red.

Herren dabei nicht.
Kein Wunder, daß die Anwohner immer empörter wurden und schließlich nicht mehr bereit waren, die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen kampflos hinzunehmen. Mit Unterschriftenlisten und Eingaben an Stadtrat und Landesbehörden wandten sie sich gegen dieses Projekt. Doch die verantwortlichen Politiker
Zum anderen, mit der Polizei sollte der Bevölkerung klargemacht werden, daß die Behörden nicht bereit sind, von ihrer volksfeindlichen Politik abzulassen und daß sie diese auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchsetzen. Zundel paßte diese Maßnahme des Landes gut in sein Stadtsanierungskonzept.
Der Gemeinderat hat wohl die Häuser
fentlichen Erklärungen nicht mehr ab. Außerdem werden sie sich die Hände bald wieder beflecken müssen, wenn es daran geht, den Bau des Parkhauses und die weitere Stadtplanung durchzusetzen. Die Forderung der Altstadtbewohner ist klar: "Kein Parkhaus in der Plöck!"
Zelle Altstadt Heidelberg /Red.

Wie ein SPD-Abgeordneter die Profite verteidigt

Hamburg. Anläßlich der geplanten Tariferhöhungen für Strom, Gas und Wasser um 20 bis 40 % ab 1.10. mäß): Wir leben im Kapitalismus, da müssen die Unternehmer natürlich Gewinne machen. Der Senat und die

Wie ein SPD-Abgeordneter die Profite verteidigt

Hamburg. Anläßlich der geplanten Tariferhöhungen für Strom, Gas und Wasser um 20 bis 40 % ab 1.10. durch den Hamburger Senat fand am 3.9. in Hamburg-Altona eine Bürgerversammlung statt. Der Bürgerschaftsabgeordnete der SPD für Altona, Max Reimer, war eingeladen, um zu den Tariferhöhungen und den Forderungen der Bevölkerung Stellung zu nehmen. Bis zum Abend war unklar, ob er überhaupt kommen würde, weil Abgeordnete ja "ständig Termine haben" und selten für das Volk zu sprechen sind. Überraschenderweise kam er doch noch mit einer halben Stunde Verspätung.

Er wollte sich ständig damit rausreden, daß kein Geld da sei und deswegen die Preise steigen müßten.
Wir sagten, man solle das Geld zur Deckung der Defizite der Versorgungsbetriebe von den großen Unternehmen holen. Die brauchen sowieso den Löwenanteil, verursachen die hohen Investitionskosten, weil zur Deckung ihres Bedarfs Kernkraftwerke gebaut werden müssen. Die lassen mit der billigen Energie die Produktion laufen, um noch weniger Produktionskosten und noch höhere Gewinne zu haben.
Danach wurde es ganz still im Saal, weil alle hören wollten, wie Herr Reimer zu den Profiten der Unternehmer steht. Ganz offen sagte er (sinngemäß): Wir leben im Kapitalismus, da müssen die Unternehmer natürlich Gewinne machen. Der Senat und die Bürgerschaft müssen dafür sorgen, daß die Kapitalisten ausreichend Profit machen, sonst wird hier niemand eine Fabrik aufbauen. Das ist schließlich auch gut wegen der Arbeitsplätze. Der Senat muß dann abwägen, wie er das am geschicktesten macht. Das kann allerdings unangenehm werden.
Herr Reimer, seiner SPD getreu, hat sich vorgenommen, den Kapitalismus zu verteidigen – auch wenn einiges "unschön" ist. So wird er schließlich wie die Tariferhöhungen jede andere Maßnahme, die gegen das Volk gerichtet ist und den Profit der Kapitalisten sichert, fest verteidigen. Langsam wurde es für Herrn Reimer im Saal ungemütlicher. Nicht mal mehr sein Argument "Sicherung der Arbeitsplätze" fand Anklang. Ein Kollege – früher Howaldt Deutsche Werft (HDW) – rief empört: Und was für Arbeitsplätze! Kein Arbeiter kann dort länger als einige Monate arbeiten, weil er sich sonst ruiniert. Da sollten sie vielleicht hingehen, damit sie mal sehen, wie die Arbeitsplätze aussehen, die sie auch noch für "sicher" halten. – Um 21 Uhr verließ Herr Reimer den Saal und meinte zum Schluß, er sei nicht gerne gekommen.

–S.O., Hamburg–

Nachdem in Saarbrücken kurz nach den Kommunalwahlen im Frühjahr die Gaspreise um ca. 25 % und die Elektrizitätspreise um durchschnittlich 10 % angehoben worden waren, wurde jetzt beschlossen, auch die Fahrpreise für die Busse ab 1.10. um 20 bis 25 % zu erhöhen. Dabei sind die Fahrpreise in Saarbrücken schon seit langem die höchsten in der BRD. Der Einzelfahrschein kostete bisher 1,20 DM und soll nach der Preiserhöhung 1,50 DM kosten. Dagegen rief das Saarbrückener "Komitee gegen die Fahrpreiserhöhung" zu einer Demonstration auf, an der sich rund 400 Menschen beteiligten.

"Fehltritt" eines Bürgermeisters

Worms. Die Wormser Kapitalisten haben den Oberbürgermeister Kuhfuß (SPD) völlig unter der Fuchtel. Will er einmal nicht, wie sie wollen, drohen sie mit Abzug der Industrie, und schon ist alles in Butter.
Einmal wollte Kuhfuß sich auf die Hinterbeine stellen. Bei Worms-Pfiffligheim wird eine Autobahnbrücke gebaut. Die hiesigen Baukapitalisten hatten sich, wie üblich, über die Preise abgesprochen. Aber es kam ihnen ein Außenseiter, ein Franzose, in die Quere. Er unterbot sie und bekam den Auftrag.
Vier Wochen später war er bankrott. Die örtlichen Lieferanten versorgten ihn nicht mit Beton. Er mußte ihn aus Frankreich kommen lassen, was die Kalkulation natürlich zunichte machte.
Jetzt haben die Wormser Baukapitalisten den Auftrag, und der Oberbürgermeister wird so einen "Fehltritt" nicht noch einmal tun. (Der Wormser Baukapitalist Gottwein hat sich dieser Angelegenheit in einem Privatgespräch selbst gerühmt!)

J.W., Worms

Schamlos ausgebeutet

Wie diese kapitalistische Gesellschaft mit den Menschen umgeht, die sie zerrieben und kaputtgemacht hat, und die nicht mehr in der Lage sind, sich dieser Wirklichkeit anzupassen, sich weiter ausbeuten zu lassen, zeigen anschaulich folgende Tatsachen: Eine Untersuchung des Direktors des Westfälischen Krankenhauses Warstein in vier Bundesländern brachte folgendes Ergebnis: Von 508 Patienten, die länger als zwei Jahre bleiben (aus 10 Landeskrankenhäusern) besaßen 38 % nicht mehr als 5 Mark Bargeld, 25 % hatten 6 bis 20 Mark und lediglich 9 % der Patienten besaßen einen Betrag bis zu 50 Mark.

Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man sich ansieht, wie die "Entlohnung" der Patienten für die häufig anstrengende Arbeit in den Betrieben der Landeskrankenhäuser aussieht: Von den 508 Patienten erhielten 23 % 5 Mark im Monat als Entgelt, 29 % verdienten 25 Mark, 35 % 50 Mark monatlich. So konnte die Wirtschaftsabteilung eines großen psychiatrischen Krankenhauses auch errechnen, daß sie durch Patientenarbeit jährlich 2 Millionen Mark an Löhnen für Personal einsparen konnte! Und der Leiter des Psychiatrischen Krankenhauses Weinsberg stellte 1973 fest: "Wenn unter den Patienten eine Grippeepedemie ausbricht, brechen die Versorgungsbetriebe des Krankenhauses zusammen."

Eine andere Untersuchung an acht psychiatrischen Krankenhäusern mit 9 000 Patienten zeigte, daß 41 % in Schlafsälen mit mehr als zehn Betten schlafen (im ganzen Bundesgebiet schlafen dabei tausende auf Matratzen, die mit Seegras gefüllt sind). 69 % haben keinen eigenen Schrank für ihr persönliches Habe, 18,7 % auch keinen Nachttisch neben ihrem Bett. An eine Nachttischlampe brauchen die Patienten erst gar nicht zu denken: Nur 7,2 % ist dieser "Luxus" vergönnt.
Katastrophal sind auch die sanitären Verhältnisse: Ein WC wird von 10 bis 20 Patienten benutzt, ebenso Waschbecken, Wannen und Duschen. 22 % der Waschbecken haben noch nicht einmal warmes Wasser.
Also noch nicht einmal ein Minimum an humanen Grundbedingungen gesteht die "demokratische" Bundesrepublik Deutschland (ihren Opfern) den psychisch Kranken zu. Verständlich wird das, wenn man weiß, daß sich die Insassen der psychiatrischen Landeskrankenhäuser fast ausschließlich aus der Arbeiterklasse und der Schicht der kleinen Angestellten und Beamten rekrutiert.
Solange der Kapitalismus existiert, wird er Menschen ausbeuten und kaputt machen. Erst im Sozialismus wird es auch den psychisch kranken Menschen möglich sein, ihre menschliche Würde wiederzuerlangen.

–H.S., KSB Frankfurt
Zelle Psychologie–

155 Mark Rente im Monat

DIE UNFALLRENTEN SIND MINIMAL

Die SPD/FDP-Bundesregierung preist im Wahlkampf in Hessen auch ihren Arbeitsbericht 74 an, nach dem am 1. März 1973 die landwirtschaftlichen Unfallrenten um 18 % erhöht wurden. Was davon zu halten ist, macht der folgende Bericht deutlich.
Ich verbrachte meine Ferien in meinem Heimatdorf in Nordfriesland bei Husum. So erfuhr ich, daß ein alter Bekannter von uns, der in einem Koog Landwirtschaft betreibt, wo die ganze Familie mit anpackt und wo besonders im Sommer jeder seine 13 bis 15 Stunden auf den Beinen sein muß, im letzten Jahr mit dem rechten Arm in die Heupresse kam. Das sah sehr bös aus, nicht nur für den Bauern, sondern für die ganze Familie. Obwohl er noch nicht einmal die Mistgabel mit dem rechten Arm anheben kann, wurde er nur zu 40 % berufsunfähig geschrieben. Mit anderen Worten: Er bekommt ganze 155 DM Rente monatlich. Der Bauer ist mit Recht über solche "Sozialleistung" empört. Da muß er doch schon 24 Jahre lang neben der allgemeinen Krankenkasse auch in der landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherung sein, wo er jährlich 500 DM zahlt – und nun diese Almosenrente.
Aber so sieht das mit den Versicherungen aus, wenn die Betroffenen sie nicht selbst in der Hand haben und kontrollieren. "Die Beitragseinnahmen sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 5 Millionen Mark auf 57 150 241 DM gestiegen." (Sylter Rundschau vom 9. August, über die Generalversammlung des landwirtschaftlichen Haftpflichtvereins)
Der Bauer aber kann gewiß sein, daß seine Rente so schnell von selbst nicht steigen wird. Im Gegenteil, er kann gewiß sein, daß er mindestens alle 2 Jahre zur Untersuchung nach Kiel fahren muß, wo man "untersuchen" will, ob der Bauer schon wieder arbeitsfähiger geworden ist, um ihm schon wieder von seiner miesen Rente etwas abzuzwacken, von er der mehr sterben als leben kann. Um den Lebensunterhalt der ganzen Familie trotzdem mininal sichern zu können, muß notgedrungen der 18-jährige Sohn, der noch in der Lehre war, den Hof hauptsächlich bewirtschaften, die Frau noch mehr neben Haus- und Hofarbeit auf dem Feld arbeiten und der 75-jährige Vater des Bauern auf seine alten Tage nochmals kräftig die Ärmel hochkrempeln.

H.L., Kassel

Club Pernod

Die Zeitung 'MOTZ' des Arbeitskreises Haus der Jugend in Selbstverwaltung Koblenz deckte die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und den lokalen Kapitalisten auf. In der Nr.2 ihrer Zeitung berichten sie: "Als erste Stadt in Westdeutschland besitzt Koblenz jetzt einen 'Club Pernod'. So beginnt ein Artikel im Schängel (Zeitung der Koblenzer Kapitalisten, Anm.d.Red.) vom 14.8.74. Weiter schreibt der Schängel, daß man hofft, daß Pernod bis 1980 auch in Deutschland zum Volksgetränk wird. Das Unternehmen erreichte in Frankreich bereits einen Jahresumsatz von 1 Milliarde Franc. Bei der Einweihung gaben Oberbürgermeister Hörter und Co. der Hoffnung Ausdruck, daß 'die Bestrebungen des Unternehmens reiche Früchte tragen mögen. Festige doch eine florierende Wirtschaft die Steuerkraft, auf die die Stadt dringend angewiesen sei'. (Schängel, 14.8.) Die Tatsache, daß hinter diesem Unternehmen die Firma Deinhard steht (Koblenzer Sekthersteller, d.Red.), die die Pernodprodukte in Westdeutschland vertreibt, zeigt uns wieder mal deutlich, wie die Stadtverwaltung mit dem Kapital zusammenarbeitet und sich auf die Interessen der Oberschicht beschränkt

–W.S., Koblenz–

Arbeitsunfähig durch Wehrdienst - Keine Rente

Als ich 1968 in Mönchengladbach gemustert wurde, legte ich ein Attest vor. Daraus ging hervor, daß ich wegen Wirbelsäulenschaden und wegen Drüsenerkrankung arbeitsunfähig geschrieben war. Trotzdem schrieb mich der Musterungsarzt wehrtauglich I. Als ich am 1. Oktober 1969 einberufen wurde, war ich zur Zeit krankgeschrieben. Darauf wurde ich zum Truppenarzt (Dr. med. Lothar Hellbach in Mönchengladbach) geschickt. Obwohl ich über 39 Grad Fieber hatte, schrieb mich der Truppenarzt reise- und dienstfähig. Ich kam daraufhin zum 3. Panzergrenadierbataillon 22 in Wolfenbüttel. Nach vierzehntägiger Dienstzeit wurde ich im Oktober 1969 zum Facharzt für Chirurgie (Dr. Schmidt-Mühlen in Braunschweig) geschickt. Der erklärte mich dienstuntauglich und riet die sofortige Entlassung aus der Bundeswehr. Jedoch der Truppenarzt in der Kaserne erkannte das Facharztgutachten nicht an. Ich mußte stattdessen weiter meinem schweren Dienst nachkommen.

Das dauerte so lange, bis im August 1970 (also zehn Monate später) ein neuer Truppenarzt eingesetzt wurde. Als ich von diesem Arzt wieder untersucht wurde, stellte er wieder die Dienstuntauglichkeit fest. Ich wurde am 30. September 1970 aus der Bundeswehr entlassen.

Durch die Unverantwortlichkeit des ersten Truppenarztes (wie ich gehört habe, soll seine Praxis wegen dessen unverantwortlichen Lebenswandels geschlossen worden sein) hat sich die Krankheit so verschlimmert, daß ich bei meiner Entlassung ein menschliches Wrack geworden war. Da ich beim besten Willen nicht arbeiten konnte, schrieb mich der behandelnde Arzt krank. Trotzdem bemühte ich mich mehrere Male um Arbeitsplätze, mußte jedoch nach kurzer Zeit alle Beschäftigungen aufgeben. Die durch die Bundeswehrzeit verschlimmerte Krankheit ließ eine Tätigkeit nicht zu. Ich lag mehrere Male in Krankenhäusern (u.a. Universitätsklinik Köln), weil nur durch stationäre Behandlung eine Linderung der Krankheit erreicht wurde. Nun muß ich erneut ins Krankenhaus. Die Einlieferung für den 5. August 1974 liegt vor.

Da in absehbarer Zeit keine Heilung zu erwarten ist, wandte ich mich an das Versorgungsamt in Düsseldorf, um eine Ausfallsentschädigung für die Zeit meiner Wehrdienstzugehörigkeit zu bekommen. Außerdem beantragte ich eine Entschädigung für die Zeit nach meiner Entlassung aus der Bundeswehr. Das Versorgungsamt lehnte diesen Antrag ab. Angeblich hätte ich der Einladung zu einer Nachuntersuchung keine Folge geleistet. Ich habe dem Vorsorgungsamt jedoch erneut mitgeteilt, daß ich jederzeit einer Nachuntersuchung Folge leisten werde.

Nun bin ich vollkommen mittellos. Ich bekomme keine Unterstützung und kein Krankengeld. Wovon soll ich leben? Ich bin verzweifelt, wenn der Bund mir nicht bald die mir zustehenden Gelder nachzahlt. Da ich über keine Barmittel verfüge, stehe ich mittellos da. Sonst würde ich mir einen Rechtsanwalt nehmen, der meine Interessen gegenüber dem Bund wahrnehmen würde. Es ist heute so, daß der arme Mann sein Recht nur schwer vertreten kann.

N.B., Rheydt-Giesenkirchen

»Schneller Wechsel«

100 000 SOLDATEN IM MANÖVER / 8 TOTE BEI "BOLD GUARD"

Koblenz. Unter der Bezeichnung "Schneller Wechsel" läuft in der Zeit vom 16. bis 19.September eines der größten Bundeswehrmanöver. 80 000 Soldaten mit 17 000 Ketten- und Radfahrzeugen werden eingesetzt. Die Luftwaffe setzt insgesamt 500 Flugzeuge ein. Das Manöver wird getragen vom III.Korps der Bundeswehr in Koblenz. Es beteiligen sich außerdem daran eine amerikanische Truppe von 2 300 Mann und eine französische Beobachtergruppe mit 110 Soldaten. Außer den Einheiten des III.Korps, die der NATO unterstellt sind, kommen 12 000 Mann des Territorialheeres zum Einsatz, die nicht unter NATO-Befehl stehen. Es handelt sich dabei um Reservisten, die kurzfristig eingezogen werden. Die Zusammenarbeit dieser dem nationalen Befehl unterstehenden Verbände mit den NATO-Truppen soll geübt werden.



NATO-Manöver Bold Guard in Schleswig-Holstein und Jütland: 8 Fallschirmspringer sind dabei getötet worden. Die englische Luftlandeeinheit wurde gegen die Panzerlehrbrigade 9, der Bundeswehr aus Munster eingesetzt. Die Luftlandeeinheiten sind Bestandteil der sogenannten NATO-Feuerwehr, die, ständig einsatzbereit, sofort in Krisengebiete verlegt werden kann. Die Soldaten sind sämtlich kriegserfahrene Berufssoldaten und gelten als besonders hart. In einer Korrespondenz heißt es: *"Vor der Übung warnten uns die Offiziere unserer Kompanie mehrmals ernsthaft vor den englischen Soldaten, die als Gegner an dem Manöver teilnahmen. Die Engländer seien für Gefangenenmißhandlungen bekannt. Auch auf einer Übung werden nämlich Gefangene gemacht!"*

Die Lage geht von einem Angriff der Streitkräfte des Warschauer Paktes zwischen der Rhön und der fränkischen Schweiz aus, der zurückgeschlagen werden soll durch einen breiten Gegenangriff im Raum Pirmasens, Bad Kreuznach, Hanau, Fulda, Heilbronn, Bamberg, Anspach. Bei der Durchführung kommt es der Bundeswehr- und NATO-Führung darauf an, das gefechtsmäßige Marschieren von Mannschaften und Gerät zu üben, ebenso wie den schnellen Stellungswechsel und das Überqueren der Flüsse Rhein, Main, Neckar, Tauber auf Pionierbrücken.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen wird es bei dem Manöver zu enormen Verkehrsbelästigungen kommen. Der Flurschaden wird in die Millionen gehen und die Lärmbelästigung der Bevölkerung durch die Phantoms, Starfighter und Fiats wird je nach Region unerträglich.

Der Kommandeur der 5.Panzerdivision, Generalmajor van der Osten, hat in einem Tagesbefehl am 9.9. erklärt, das Manöver diene dem Frieden. Aber das ist falsch. Das ist der Versuch, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen über die Funktion der Bundeswehr und solcher Übungen. Solche Übungen dienen der Vorbereitung der Armee auf den Krieg und haben deshalb mit Frieden nichts zu tun. Der kriegsmäßige Aufmarsch von knapp einem Fünftel aller derzeit unter Waffen stehenden Bundeswehrsoldaten soll vielmehr aller Welt die Macht vor Augen führen, über die die westdeutsche Bourgeoisie verfügt.

–gi–

Jagdleidenschaften

EIN JAGDREVIER FÜR OFFIZIERE DURCH ENTEIGNUNG

Münchsmünster (Landkreis Pfaffenhofen/Bayern). Auf dem Gebiet dieser Gemeinde hat die Bundeswehr 30 Hektar Wald enteignet und ihrem bereits seit 1966 bestehenden Besitz an Wald- und Wiesenflächen von 80 Hektar zugeschlagen. Dieses Gelände wird als privates Jagdrevier von Offizieren und deren Freunden benutzt. Die Zwangsenteignung der 30 Hektar und damit die Vergrößerung des Jagdreviers wurde für die Herren notwendig, weil der Bürgermeister der Gemeinde sich 1971 beschwert hatte beim Landratsamt, daß das Revier nicht die vorgeschriebene Mindestgröße habe.

Die Wehrbereichsverwaltung hat die Enteignung allerdings damit begründet, daß das Gelände einen Zugang zur Donau haben müsse, um seiner militärischen Verwendung gerecht zu werden. Offenbar sollen die Herren Offiziere sich auch bei der Jagd zu Wasser verlustigen können.

Das staatliche Forstamt hat die Behauptung, das aus Steuergeldern aufgekaufte und zwangsenteignete Gelände würde als Jagdrevier für die Offiziere dienen, als "ungeheure Unterstellung" zurückgewiesen. Das zeigt, daß die Forstbehörde ihre Finger bei der Sache mit im Spiel hat. Denn daß die Offiziere ihren Jagdleidenschaften dort nachgehen, daran hat der Bürgermeister der Gemeinde keinen Zweifel gelassen!

(nach Abendzeitung, München)

Einengung der Bewegungsfreiheit

SOLDATEN BERICHTEN: 3KOMPANIEBEFEHLE GEGEN DIE MANNSCHAFTEN

Hessisch-Lichtenau. In der ersten Augusthälfte gab es für unsere Kompanie (1.PzAufklBtl 2) gleich drei Kompaniebefehle, die sich alle in erster Linie gegen die Mannschaften richten und die Bewegungsfreiheit, die die Soldaten im Lauf der Zeit errungen haben, wieder rückgängig machen sollen.

1. Ab sofort gibt es für den Sonderurlaub als UVD/GVD keine Vergünstigungen mehr, die in der Form von halben freien Tagen erteilt wurden. Dieser halbe Tag war in erster Linie gedacht, um sich nach dem aufreibenden Dienst über 24 Stunden auszuruhen, konnte aber auch irgendwann im Lauf der Woche genommen werden. Die neue Regelung stellt diesen Sonderdienst als etwas Normales hin, für das man keinen Anspruch auf Vergütung hat und untermauert so unsere rechtlose Lage. Uns kann jederzeit zusätzlicher Dienst aufgebrummt werden, ohne daß wir das Recht hätten, uns dagegen aufzulehnen. Dagegen würde jeder Arbeitnehmer im Zivilleben zu Recht protestieren. Auch wir Soldaten dürfen uns solche Schikane nicht länger gefallen lassen.

2. Alle Wege innerhalb der Kaserne sind während des Dienstes von jetzt an wieder im Laufschritt zurückzulegen. Als Begründung wird zynischerweise unsere Gesundheit angeführt sowie die "Steigerung der allgemeinen Leistungsfähigkeit und Effektivität der gesamten Kompanie". Dieser Befehl bezieht sich natürlich nur auf die Mannschaften; den Uffzen und Offzen kann man das nicht zumuten (den Uffzen nur, wenn sie uns durch die Kaserne führen), das würde gegen ihre Würde verstoßen. Nur unserer Würde widerspricht es nicht, weil wir für diese Herren keine haben. Das mit der Gesundheit ist nun wirklich das Blödeste, was dem Kompaniechef einfallen konnte, weil unsere Gesundheit im normalen Dienstablauf hundertmal aufs Spiel gesetzt wird!

Dieser Befehl ging allen Kameraden an die Nieren. Aber noch befolgen ihn die meisten – wenn auch murrend – aus Angst vor einem Anschiß.

3. Aufgrund eines Erlasses des Verteidigungsministers wurde uns der "Ausschank alkoholischer Getränke jeder Art" sowie "Feierlichkeiten und dienstliche Veranstaltungen" in den selbst eingerichteten Gemeinschaftsräumen verboten. Damit sollen wir gezwungen werden, unser Bier entweder in der Kantine oder auf der Stube zu trinken. Kantinenwirte können sich freuen; es soll künftig sichergestellt sein, daß kein Bier mehr in der Kaserne getrunken wird, das nicht bei ihnen gekauft wurde!

Die Debatte um den Vertrauensmann in Bezug setzen zur Arbeit in den Kasernen (Teil 1)

Die Stellungnahme des Genossen Aulich in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 12/74 hat eine Debatte in dieser Zeitung, in der Organisation und darüber hinaus ausgelöst über die Frage: Wie kann die Position des Vertrauensmanns genützt werden im Kampf um mehr Rechte der Soldaten. Diese Debatte war notwendig und nützlich, weil sie dazu beigetragen hat, Klarheit herzustellen über diese Frage, und deshalb kann der bürgerliche Militarismus in Zukunft genauer und deshalb schmerzhafter getroffen werden. Diese abschließende Stellungnahme will noch einmal die richtigen Punkte der Diskussion zusammenfassen und sie in Bezug setzen zur Arbeit in den Kasernen

Die Redaktion hat sich erlaubt, diese abschließende Stellungnahme in zwei Folgen abzudrucken. Der erste Teil, der besonders auf die Entstehungsgeschichte des Vertrauensmannes eingeht, wird jetzt abgedruckt. Der zweite Teil, der zeigt, wie das Amt des Vertrauensmannes im Kampf gegen den Auftrag der Armee im Kampf um Rechte für die Soldaten genutzt werden kann, folgt an gleicher Stelle in 14 Tagen.

Der Vertrauensmann ist keine Erfindung der Bundeswehr. Er wurde zuerst von General v. Maerker im Jahre 1918 per Befehl in seinem Freikorps einführte. Die Freikorps wurden von Generälen und Offizieren des Ersten Weltkriegs aufgebaut, um gegen die Arbeiter und Soldaten mit Gewehren und Kanonen vorzugehen. Die Arbeiter hatten im Bündnis mit breiten Teilen des Volkes die sozialistische Revolution und den Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt. Mit diesem Ziel haben sie am Ende des Ersten Weltkrieges die Revolution gemacht. Dabei schufen sie sich eigene Machtorgane, die revolutionären Räte, mit denen die politische Macht durch die Arbeiterklasse ausgeübt werden sollte. Die Freikorps wurden zusammen mit der Reichswehr von dem sozialdemokratischen Kriegsminister Noske, der sich selber als "Bluthund" bezeichnete, gegen die revolutionären Arbeiter und Volksmassen eingesetzt. Viele Arbeiter wurden getötet; das Maerker'sche Freikorps war daran führend beteiligt. Der Spartakusbund, die revolutionäre Organisation der Arbeiter zu jener Zeit, versuchte die Soldaten zu gewinnen, indem er die Wahl der Offiziere, die Kommandogewalt der Soldatenräte, Entfernung aller Rangabzeichen usw. forderte. Um diesen Losungen vorzubeugen, gab Maerker in seinem "Befehl Nr. 1" bekannt, daß die Soldaten seines Freikorps in Zukunft "Vertrauensmänner" zu wählen hätten, die die "Wünsche und Klagen der Truppe vor den Führer (zu) bringen " hätten (Informationen für die Truppe Nr. 2/59). Mit diesem Zugeständnis sollten also die "Wünsche und Klagen der Truppe", die auch ganz erheblich waren, in Kanäle gelenkt werden, die für die Offiziere überschaubar und lenkbar waren. "Der Vertrauensmann war damals in der Truppe eingeführt worden als Antwort auf die Zersetzungsversuche von Seiten der Spartakisten." (Ebenda) Da die "Zersetzungsversuche" offenbar in den folgenden Jahren nicht weniger wurden, andererseits aber der Vertrauensmann in den Augen der Offiziere dagegen wirklich nützlich zu sein schien, wurde diese Institution auch in die Reichswehr der Weimarer Zeit übernommen. Erst Hitler hat ihn mit dem Wehrgesetz vom 21. Mai 1935, das die Armee auf die zukünftigen Kriege vorbereitete, verschwinden lassen.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus 1945 brauchten die Kapitalisten und ihre Beschützer, die Regierung der USA, westdeutsche Soldaten, weil sie planten, den Einfluß der Sowjetunion mit Waffengewalt zurückzurollen, solange die USA ihr Atomwaffenmonopol noch besaßen (Roll-back-Strategie Trumans). Außerdem mußte das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die von den Arbeitern gerade wieder mühselig aufgebaut wurden, geschützt werden. Man stand vor dem Problem, daß die Mehrheit des Volkes keinen Krieg und keine Armee mehr wollte und erst recht keine, die von den alten Nazi-Offizieren kommandiert wurde.

DER AUFBAU DER BUNDESWEHR

Während in dieser Situation der Aufbau der neuen Armee heimlich vorangetrieben wurde, wurde öffentlich gelogen. Franz Josef Strauß, der spätere Kriegs- und Atomminister, wäre heute ein Halbinvalide besonderer Art; denn im Wahlkampf 1949 tönte er: "Wer noch einmal ein Gewehr anfaßt, dem soll der Arm abfallen." Doch schon hatten die Führungsspitzen von CDU, CSU und SPD Pläne entworfen, wie man der westdeutschen Bevölkerung eine neue Armee wieder schmackhaft machen wollte. Der damalige Oberst i.G., Graf von Baudissin, hatte in enger Beratung mit dem damaligen SPD-Führer Fritz Erler einen Plan für das "innere Gefüge" der späteren Bundeswehr ausgearbeitet. Dieses Gefüge wurde später als "Innere Führung" bekannt. Kern der "Inneren Führung" ist es, daß der Zweck der Bundeswehr – bewaffnete Unterdrückung nach außen und innen – der gleiche bleibt wie bei ihren Vorläufern. Neu an dem Baudissin/Erler'schen Konzept aber war, daß der Einbau mehrerer angeblich demokratischer Instanzen wie z.B. Wehrbeauftragter, Wehrbeschwerdeordnung, politische Kommandogewalt durch den Minister und natürlich die Vertrauensmänner vorgaukeln sollte, bei der Bundeswehr handele es sich um eine demokratische Armee. Die Verschleierung der Unterdrückungsmethoden sollte die "Diskrepanz zwischen überlebter Heereskonvention und der modernen Industriegesellschaft" (Handbuch für Innere Führung, 3. Auflage 1964) übertünchen.

DIE UNTERDRÜCKUNG BLEIBT DIE ALTE

Doch sollte die Augenwischerei nichts nützen, sind die alten Methoden sofort zur Hand: "Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Strafarrest nicht unter zwei Wochen wird bestraft,

1. wer die Befolgung eines Befehls dadurch verweigert, daß er sich in Wort oder Tat gegen ihn auflehnt, oder

2. Wer darauf beharrt, einen Befehl nicht zu befolgen, nachdem dieser wiederholt worden ist." (Wehrstrafgesetz § 20)

In "besonders schweren Fällen" kann der Soldat bis zu zehn Jahren eingesperrt werden (Wehrstrafgesetz § 19). Es hat sich also nicht viel geändert, und bei der Behandlung der Mannschaften durch die Offiziere, besonders während der Grundausbildung, erfreuen sich die Methoden des "Schleifers Platzek" unverändert großer Beliebtheit.

Gleichzeitig wurde auch die geringste wirkliche Interessenvertretung der Mannschaften unterdrückt durch das ausdrückliche Verbot der gemeinsamen Beschwerde (Wehrbeschwerdeordnung § 1) und durch das Verbot des Zusammenschlusses der Vertrauensmänner.

Das Soldatengesetz legt in § 35 die Aufgaben des Vertrauensmannes fest und bestimmt, daß er zur "vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sowie zur Erhaltung des kameradschaftlichen Vertrauens innerhalb des Bereichs, für den er gewählt ist, beizutragen" hat (ebenda). Zu hören ist er vom Vorgesetzten zu Fragen des inneren Dienstbetriebes, der Fürsorge, der Berufsförderung und des außerdienstlichen Gemeinschaftslebens. Der Zweck ist also auch hier der gleiche wie im Maerker'schen Freikorps und in der Reichswehr: Die Unzufriedenheit der Soldaten soll durch den Vertrauensmann den Offizieren übermittelt werden, damit sie entweder der Unzufriedenheit den Wind aus den Segeln nehmen oder zuschlagen mit ihren Befehlen, Strafen und Weisungen, damit die Soldaten den Kampf um Rechte nicht aufnehmen.

Schlußteil nächste KVZ

W.S., Koblenz

Ein Mannheimer Gefangener berichtet:

INTERVIEW MIT EINEM EHEMALIGEN HÄFTLING ÜBER DIE SCHWEREN MISSHANDLUNGEN UND DARÜBER, WIE SIE VERTUSCHT WERDEN SOLLTEN

Vor wenigen Tagen wurde der 33-jährige Walter Mahr aus der Strafanstalt entlassen. Er war zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt und vorzeitig auf Bewährung freigelassen worden. Den größten Teil seiner Strafe verbrachte er in dem berüchtigten Mannheimer Landesgefängnis. Er hat es am eigenen Leib erfahren, was es heißt, schutzlos dem staatlichen Gewaltapparat ausgeliefert zu sein.

Walter Mahr ist einer der Belastungszeugen im Fall der Ermordung des Häftlings Vast durch Gefängniswärter. Er führte mit der KVZ folgendes Gespräch, in dem deutlich wird, daß es sich beim sogenannten Mannheimer Gefängnisskandal nicht um eine Ausnahmeerscheinung, sondern um die üblichen Vorgänge in den Gefängnissen in der BRD handelt. Dazu gehört auch der neueste "Polizeiskandal" von Baden-Württemberg. Hier wird gegenwärtig gegen zwei Polizeibeamte wegen schwerer Körperverletzung ermittelt. Vor drei Jahren hatten sie im Polizeirevier Bruchsal den Gefangenen Ludwig Holweg so schwer mißhandelt, daß ihm wegen eines Risses die Milz entfernt werden mußte.

Nicht zeigt das Interview dagegen, wie sich die Häftlinge gegen ihre völlig rechtlose Lage wehren können, daß es notwendig ist, daß sie sich zusammenschließen. Das haben z. B. 25 Gefangene der Vollzugsanstalt Mannheim getan, die sich in einer gemeinsamen Petition an den Landtag gegen die Isolation eines Mitgefangenen wandten. Genauso wichtig ist es zu sehen, daß die rechtlose Lage der Häftlinge in den Gefängnissen und ihre brutale Ausbeutung für 2 bis 3 Mark am Tag nur der verschärfte Ausdruck der Verhältnisse außerhalb des Gefängnisses ist.

KVZ: *Wie ist es Ihnen im Gefängnis ergangen?*

Mahr: Ich war den Wärtern unbequem, weil ich mich über einige Dinge beschwert habe, die im Knast vorgefallen sind. Ich bin mit dem Bewußtsein ins Gefängnis, daß ich eine Strafe abzusitzen habe und daß darüberhinaus kein Grund besteht, sich alles gefallen zu lassen.

KVZ: *Worüber haben Sie sich konkret beschwert?*

M: Ich habe zusammen mit anderen beobachtet, wie ein Kalfaktor im Trakt für Jugendgefangene mit einem Jugendlichen Unzucht getrieben hat. Er hat ihm dafür ein Päckchen Zigaretten gegeben. Ich habe diesen Vorfall gemeldet und verlangt, daß der Kalfaktor aus der Jugendabteilung versetzt wird oder seinen Posten als Kalfaktor verliert. (Ein Kalfaktor ist ein Häftling mit besonderen Privilegien, der z. B. Essen austeilt, aber auch andere Häftlinge beaufsichtigt. Anm.d.Red.)

KVZ: *Was ist dann passiert?*

M: Nicht der Kalfaktor ist bestraft worden, sondern ich. Ich war Essensausträger und Sportwart auf meinem Stockwerk. Diese Funktionen durfte ich nicht mehr verrichten. Ich wurde in Einzelhaft gesteckt, und das Essen wurde mir nicht mehr in die Zelle gereicht. Den Wärtern war ich ein Dorn im Auge. Der Beamte Sander sagte: 'So ein Schwein brauchen wir nicht als Essensträger, der verrät alles!' In dieser Atmosphäre wurde ich von einem Kalfaktor zusammengeschlagen. Ein paar Tage später wurde ich noch einmal von einem Häftling zusammengeschlagen, der mit dem Kalfaktor unter einer Decke steckte. Dabei wurde ich so schwer verletzt, daß ich ins Krankenrevier eingeliefert werden mußte.

KVZ: *Was geschah dann?*

M: Es stellte sich heraus, daß ich so schwer verletzt war, daß man mich ins Städtische Krankenhaus in Mannheim bringen mußte. Doktor Werner, der mich behandelte, verordnete mir einen Krankenhausaufenthalt und wollte mich dort behalten. Die Wärter Reimund und Schlingbein erhoben Einspruch und brachten den Arzt dazu, mich in das Gefängniskrankenhaus Hohenasperg zu überweisen. Er stellte einen Überweisungsschein folgenden Inhalts aus: "Sofort, noch heute abend im Einzeltransport liegend auf den Hohenasperg bringen."

KVZ: *Sind Sie dann auf den Hohenasperg gebracht worden?*

M: Nein, man brachte mich zurück in den Knast und schaffte mich dort wieder ins Revier. Dort mußte ich dann in einer Einzelzelle die Nacht verbringen. Am nächsten Morgen wurde ich dann Dr.Reith, dem Gefängnisarzt, vorgeführt. Der sah mich kurz an und ließ mich dann wieder in meine Zelle schaffen. Ich hatte eine Gehirnerschütterung und mich in der Zwischenzeit zweimal übergeben müssen. Reith jedenfalls erklärte mich für gesund. Eigentlich hätte er mich gar nicht behandeln dürfen, weil ich in Folge eines früher erlittenen Schädelbruchs von einem Spezialisten behandelt werden mußte. Dazu gab es einen Beschluß des Landgerichts Heidelberg. Das war Reith bekannt. Trotzdem hat er sich darüber hinweggesetzt. In der Folgezeit hatte ich unter Kopfschmerzen, Übelkeit und Erbrechen zu leiden. Deshalb mußte ich jeden Tag bis zu meiner Haftentlassung zwei Beruhigungstabletten nehmen, wahrscheinlich Valium. Das hat ein vorher schon vorhandenes Leberleiden so verschlimmert, daß ich heute keine Arbeit mehr finde, weil niemand einen kranken Mann haben will. (Eine der Bewährungsauflagen von Mahr ist, daß er einen festen Wohnsitz und einen Arbeitsplatz nachweisen kann. Kann er dies nicht, so muß er wieder ins Gefängnis. Anm.d.Red.)

KVZ: *Was wissen Sie über den Tod von Vast?*

M: Drei Wochen nach seinem Tod durfte ich meine Zelle verlassen, um ein Telefongespräch zu führen. Dabei ist es mir gelungen, ein Gespräch von vier Wärtern mitzuhören, deren Namen ich hier nicht sagen will. Einer, der mir bekannt ist, sagte: 'Hätten wir doch einen Bericht gemacht, daß er in der Zelle getobt hat, dann hätten wir einen Grund gehabt wegen Ruhestörung!' Ich weiß, daß er totgeschlagen worden ist, weil es unmöglich ist, daß jemand sich unter ein so niedriges Bett zwängen kann, wo er gefunden wurde. Danach kam einer der Wärter in meine Zelle und bedrohte mich. Er sagte: 'Wenn Du einen Ton sagst, schlage ich Dir den Schlüssel auf den Schädel!' Dieser Wärter sitzt heute in U-Haft.

KVZ: *Was haben Sie unternommen, um gegen diese Schikanen vorzugehen?*

M: Ich habe Petitionen an den Landtag geschickt. Insgesamt habe ich während meiner Haft im Jahre 1973 90 Petitionen verfaßt.

KVZ: *Letzte Woche hat der CDU-Abgeordnete Buggle bei einem Interview in der Haftanstalt Pforzheim behauptet, im letzten Jahr seien bloß 10 Petitionen an den Landtag gegangen. Wie stimmt das mit Ihrer Aussage überein, und was ist aus den Petitionen geworden?*

M: Es müssen Hunderte gewesen sein. Ich allein habe 90 geschrieben. Die meisten wurden gar nicht beantwortet, und wenn etwas kam, dann stand jedesmal drauf: "Kann nicht abgeholfen werden."

KVZ: *Werden Sie das Material, das Ihnen zur Verfügung steht, dazu benutzen, um gegen die Verantwortlichen vorzugehen? Welche Schritte haben Sie dabei im Auge?*

M: Ich habe sorgfältige Unterlagen über die Zeit meines Gefängnisaufenthaltes angefertigt, mit denen ich Stück für Stück beweisen kann, wie mit den Häftlingen umgesprungen wurde. Ich werde dieses Material in den anstehenden Prozessen präsentieren. Es sind so viele Sauereien passiert, das kann nicht ungesühnt bleiben.

Mönchengladbach. Am Abend des 22.8. sah ich vor unserem Haus, wie ein volltrunkener Mann auf seine Frau einschlug und sie so nach Hause bringen wollte. Kurze Zeit später waren vier Polizisten in zwei Streifenwagen zur Stelle. Während einer von ihnen zusätzlich einen VW-Bus bestellte, versuchten die anderen drei den bärenstarken Mann mit Polizeigriff und Tritten ins Heck eines der Streifenwagen zu stopfen, was sie schließlich auch schafften. Die Frau, die verlangte, mitgenommen zu werden, warfen die Polizisten mit Gewalt aus dem Wagen und fuhren dann mit der Beifahrertür nochmals gegen sie. Dieses "kleine" Beispiel zeigt, daß die Polizei bei ihrem Vorgehen nie danach fragt, wie sie das Wohl der Menschen achten und fördern kann.

–S.S., Mönchengladbach–

MANNHEIMER GEFÄNGNISSKANDAL:

Der Justizminister war seit 1971 informiert

In nahezu jeder Haftanstalt in Baden-Württemberg wird wegen Gefangenenmißhandlung ermittelt. Tausende von früher eingestellten Strafverfahren gegen Gefängnisbeamte werden neu aufgerollt. Die Ermittlungen im Mannheimer Gefängnisskandal seien weitgehend abgeschlossen, die Anklageerhebung stehe unmittelbar bevor, behauptete am letzten Mittwoch der baden-württembergische Justizminister Bender.

Ende letzter Woche gab die HRI (Human Rights International, ein Verein, der mit der Menschenrechtskommission der UNO eng zusammenarbeitet) neue Informationen und Dokumente heraus, die entgegen den Erklärungen von Justizminister Bender und seines Ministerialrats Rebmann aussagten, daß beide sehr wohl über die ganzen Mißhandlungen und Folterungen in baden-württembergischen Gefängnissen Bescheid wußten. Es liegen nämlich Gerichtsprotokolle vor, daß Rebmann 1971 und auch schon früher im Namen des Justizministeriums Prozesse gegen Häftlinge und ehemalige Häftlinge führte, weil ihnen gerichtlich untersagt werden sollte, zu behaupten, in baden-württembergischen Gefängnissen seien die Zustände unerträglich und werde gefoltert. In diesen Prozessen, in denen Rebmann als Ankläger auftrat, verlor das Justizministerium immer. Und diese Herren haben bis jetzt ungestraft in der Öffentlichkeit verbreiten dürfen, sie wüßten von überhaupt nichts und seien im übrigen sehr empört.

Nachdem in der Zwischenzeit jetzt auch herausgekommen ist, daß in vielen weiteren Haftanstalten in der Bundesrepublik gegen Beamte wegen Körperverletzung, Begünstigung im Amt und ähnlichen Vergehen ermittelt wird, wurde vom Justizministerium eine totale Nachrichtensperre verhängt. Die Herren vom Justizministerium hüllen sich in Schweigen und versprechen, daß etwas geschehen muß und daß etwas geschehen wird; gemacht haben sie aber bis jetzt noch nicht viel.

Daß in den letzten Tagen so viele neue Informationen an die Öffentlichkeit gekommen sind und von den Gefängnissen selbst nach außen dringen, ist sicher kein freundliches Entgegenkommen der verantwortlichen Politiker, denn sie tun ja gerade alles, um dies zu verhindern. Es ist ein Erfolg im Kampf um die öffentliche Untersuchung, denn die Bevölkerung hat ein berechtigtes Interesse daran, sich ein eigenes Meinungsbild über die Vorfälle in den Gefängnissen zu bilden. Die Verantwortlichen im Justizministerium wissen ganz genau, wenn sie überhaupt keine Nachrichten und Informationen durchlassen, wird der Widerstand über die Unterdrückung der Aufklärung der wirklichen Sachverhalte immer größer.

Und davor haben sie Angst. Deswegen kommen nur ganz sporadisch und bruchstückhaft einzelne Informationen an die Öffentlichkeit, die die Menschen täuschen sollen. Das Justizministerium versucht sich im großen ganzen herauszuhalten, gibt weder Dementis ab, noch bestätigt es irgendetwas. Mit diesem Verhalten versucht es von den Verantwortlichen abzulenken und verstrickt sich dabei in immer größere Unglaubwürdigkeiten.

Im Selbstlauf wird es aber nicht geschehen, daß dieser Staatsapparat sich als das entlarvt, was er wirklich ist, ein Organ der Bourgeoisie zur Unterdrückung und Reglementierung des gesamten öffentlichen Lebens. Das müssen wir machen, indem wir die ganze Menschenfeindlichkeit und Menschenverachtung dieser Unterdrücker aufzeigen, indem wir die Vertreter dieses Apparats, seine Minister und sonstigen Verantwortlichen in der Öffentlichkeit entlarven.

Deswegen werden wir nächste Woche in Mannheim eine Veranstaltung machen, zu der der ehemalige Gefängnispfarrer, der Personalrat des Gefängnisses Mannheim, ein Rechtsanwalt, der zwei Häftlinge vertritt, die mißhandelt wurden, und HRI einladen, damit sie dort berichten, was wirklich los war und wie man dagegen vorgehen kann.

Deswegen werden wir auf die nächste Stadtratssitzung gehen und die Herren Volksvertreter, die sich eigentlich um die politischen Zustände in Mannheim kümmern sollten, einmal fragen, wie sie sich zu der ganzen Sache verhalten. Denn bisher haben sie es noch nicht für nötig gehalten, auch nur einen Kommentar dazu abzugeben.

G.R., Mannheim

Mit Paragraph 33 gegen Redefreiheit

Schon mehrfach versucht seit einem 3/4 Jahr die Hildesheimer Polizei, das Rederecht der Menschen auf dem Hohen Weg, einer Hildesheimer Ladenstraße, einzuschränken. Im April hatte sie mit Faustschlägen versucht, das Megaphon eines Redners vor dem SPD-Stand zu beschlagnahmen, ohne Erfolg. In einem darauffolgenden Gerichtsprozeß wurde der Sekretär der Ortsgruppe des KBW zu 100 DM Geldstrafe verurteilt wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt". Er hatte den um sich schlagenden Polizisten Hoppe festgehalten.

Am 7.9. sollte dann zum großen Schlag ausgeholt werden. Die Chile-Aktionseinheit, an der sich in Hildesheim 20 Gruppen und Organisationen beteiligten, führte auf dem Hohen Weg einen Basar durch. An diesem Basar wurden selbstverständlich auch Reden mit dem Megaphon gehalten, in denen die Verhältnisse in Chile geschildert wurden und in denen darauf hingewiesen wurde, wie sich die Hildesheimer Gewerkschaftsführer der ÖTV, Ahleith, und der IGM, Seitz, auf die Seite der chilenischen Militärjunta gestellt hatten. Diese Gewerkschaftsführer hatten in der Presse erklärt: "Wir distanzieren uns in aller Schärfe" von der Chile-Solidaritätseinheit.

Plötzlich stürmten drei Polizisten ohne Uniform, nur mit Knüppeln bewaffnet, auf den Redner zu, entrissen ihm das Megaphon, zerrissen seine Jacke und Schuhe und wollten sich dann aus dem Staube machen. Doch Diebe läßt man nicht entkommen. So wurde den Polizisten das Megaphon wieder genommen. Jeder, der sich den wütenden Wachtmeistern in den Weg stellte, wurde geprügelt. Drei Menschen wurden mit Verdacht auf innere Verletzungen, mit Gehirnerschütterung und Platzwunden ins Krankenhaus eingeliefert. Fietze, einer der Verletzten, erklärte: "Unter anderem hatte ich fotografiert, wie einer der Beamten einen jungen Mann im Schwitzkasten hatte und ihm immer ins Gesicht schlug." Ihm schleuderte man die Kamera zu Boden. Fietze: "Auf dem Revier öffneten sie den Apparat, zogen den Film heraus und hielten ihn ins Licht, um ihn unbrauchbar zu machen." Der Polizeidirektor Kinny erklärte hierzu: "Nach dem Gesetz zum Recht am eigenen Bild. Unsere Beamten können sich nicht von jedermann in jeder Situation fotografieren lassen." Zwei der Verletzten wurden, bevor sie ins Krankenhaus eingeliefert werden konnten, auf die Wache verfrachtet. Dort wurden sie erneut beschimpft und mit Faustschlägen und Gummiknüppeln geschlagen. Auf dem Hohen Weg entwickelten sich aus den Diskussionsgruppen Massenversammlungen, die fast einstimmig den Polizeieinsatz verurteilten. Der Basar blieb stehen und das Megaphon blieb in der Hand der Chile-Aktionseinheit. Dazu konnten am Basar 835 DM Spenden für den chilenischen Widerstand gesammelt werden.

Doch die Polizei gab keine Ruhe. Als Kollegen auf die Wache gingen, um die Polizisten Müller, Engelke, Plücker und Kinny anzuzeigen, erklärte man: "Samstags nehmen wir keine Anzeigen an!" Man verlangte vielmehr von den Kollegen die Personalien und beabsichtigt, gegen sie Anzeige wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu stellen.

Begründet werden diese brutalen Polizeiangriffe mit dem § 33 der Straßenverkehrsordnung. Dieser Paragraph verbietet Lärmbelästigung im Strassenverkehr. Nun handelt es sich beim Hohen Weg jedoch nicht um eine Autostraße und außerdem setzt eine Kundgebung die Straßenverkehrsordnung auch auf Autostraßen außer Kraft.

Der Chile-Aktionseinheit wollte man dieses Recht auf einer Kundgebung nicht zugestehen. Dagegen wehren wir uns unter der Parole: "Für uneingeschränkte Benutzung von Lautsprechern auf dem Hohen Weg!"

J.M., Hildesheim

Wie Spitzel vorgehen

VERFASSUNGSSCHUTZ NUTZT NOTLAGE AUS

Ende August besuchte mich der Verfassungsschutz. 2 Herren stellten sich als Vertreter der Landesregierung Mainz vor, und deshalb ließ ich sie ahnungslos in meine Wohnung. Grund ihres Besuches war ganz einfach: Ich bin zur Zeit arbeitslos. Die beiden Herren dachten vielleicht, daß meine finanzielle Notlage eine gute Gelegenheit ist, Auskunft über den KBW zu kaufen. So erklärten sie mir, daß ihnen bekannt sei, daß mein Arbeitsvertrag wegen meiner politischen Tätigkeit nicht verlängert worden sei. Eltern meiner Kinder – ich arbeitete in einem Kindergarten – hätten sich an sie gewandt. Beides ist falsch. Ich habe meinen Arbeitsvertrag selbst nicht verlängert und die Eltern meiner Kinder haben kein Interesse daran, mich bespitzeln zu lassen. Nachdem ich den Herren dies mitgeteilt hatte, gaben sie zu, daß die Informationen über mich nicht von den Eltern gekommen seien ... Sie diskutierten dann weiter mit mir über den Sozialismus, um anhand meiner Argumente feststellen zu können, ob ihre bisherige Spitzeltätigkeit auch erfolgreich war. Die Methode, die sie dabei anwandten, scheint auf den ersten Blick harmlos. Sie diskutierten mit mir über die UdSSR und die DDR. An meiner Reaktion war klar: Ich gehöre nicht zur DKP. Dann wurde über den Bonner Rathaussturm gesprochen. Klar war: Ich gehöre nicht zur Gruppe Rote Fahne. Dann erst wurde rein zufällig der KBW erwähnt. Und zwar versuchten die Herren, die Aktivitäten des KBW zu den Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt schlecht zu machen. Klar war: Sie wollten hören, daß ich den KBW verteidige und dies wäre dann die Bestätigung gewesen, daß ihre bisherige Spitzelarbeit erfolgreich war.

Ziel dieses Gesprächs war, mich zu verunsichern mit Thesen wie "keine gesicherte Existenz wegen politischer Tätigkeit", und das "Volk hat kein Interesse am Sozialismus". Diese Thesen können aber wohl nur aus den Köpfen von Spitzeln kommen und so erklärte ich ihnen, daß meine Lage langfristig besser sei als ihre, weil die arbeitenden Menschen durch den Sozialismus, der sicher kommt, nur gewinnen. Die Spitzel aber haben zu verlieren; denn sicher sei, daß meine Besucher noch zu Lebzeiten einer nützlichen Arbeit, z. B. im Bergwerk zugeführt würden. Daraufhin wollte der eine Spitzel sofort die Wohnung verlassen. Der andere hielt ihn gerade noch mühselig zurück.

Als ich ihre Papiere sehen wollte, zeigte mir der eine Spitzel einen Dienstausweis des rheinland-pfälzischen Innenministeriums mit dem Namen Klaus Dieter Schuster.

Zum Schluß wurden die beiden Spitzel noch fotografiert. Ich glaube, ich sehe die beiden nie mehr wieder.

–I.L., OAG Koblenz–

Keine Aussage machen!

Am 1.6.74 wurde ich anläßlich der Fahrpreiskämpfe in Frankfurt verhaftet.

Anfang August erhielt ich über den Frankfurter Polizeipräsidenten eine "Vorladung zu einer Vernehmung als Zeuge" wegen der Demonstration am 1.6.74. Auf meine telefonische Anfrage, gegen wen ich denn aussagen sollte, erfuhr ich, daß man mir "aus Versehen" ein falsches Formular geschickt habe, in Wirklichkeit sei ich angeklagt wegen "Aufwiegelung zur verbotenen Demonstration." Da man keineswegs verpflichtet ist, bei der Polizei irgendwelche Aussagen zu machen, verwies ich den zuständigen Beamten darauf, mir eine richterliche Vorladung zu schicken.

Als Antwort kam allerdings keine richterliche Vorladung, sondern eine Vorladung vom Staatsanwalt, bei dem man allerdings auch nicht aussagen braucht.

Mit diesen Tricks wird versucht, die Betroffenen zu Aussagen bei der Polizei zu bringen, um diese dann später gegen sie verwenden zu können. So soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die Verurteilungen beschleunigt werden.

– Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwalt!
– Herstellung von breiter Öffentlichkeit bei allen Verhandlungen!

–H.S., KSB Frankfurt–

USA: Es gärt überall

"NIXON IST NUR EINER, DER ERWISCHT WURDE"

Ich bin jetzt erst seit kurzer Zeit in den USA und habe noch keinen umfassenden Einblick in die hiesigen Verhältnisse. Man kann jedoch nicht darüber hinwegsehen, daß es überall gärt. Am meisten macht den arbeitenden Menschen hier die Preissteigerung zu schaffen. Die Inflationsrate beträgt inzwischen 20 % und die Preise klettern weiter. Benzin z. B. ist allein in den letzten Tagen von 39,5 auf 51 cents pro gallon geklettert. In New York zahlt man teilweise sogar inzwischen bis zu 59,2 cents. Von den steigenden Lebensmittelpreisen ganz zu schweigen. Besonders Rindfleisch ist fast schon unerschwinglich, so erzählte mir in New York, in Bronx eine alte Frau. Aber die Leute hier geben sich nicht mehr damit zufrieden, wenn ihnen Mrs.Ford den Rat gibt, halt weniger Fleisch zu essen und zynisch bemerkt, im "Weißen Haus" würde der Steak-Konsum auch eingeschränkt.

Noch nie war die Welle der Streiks so hoch wie in diesem Jahr. Selbst in einem kleinen verschlafenen Nest wie New Carrollton in der Nähe von Washington streiken seit dem 5.September die Angestellten und Verkäufer in den Supermärkten und Einzelhandelsgesellschaften für mehr Lohn, da die Kapitalisten ihnen nur 8 % und das verteilt auf 3 Jahre (!) gewähren wollen, was bei einer Inflationsrate von mehr als 20 % einfach lächerlich und mehr als ein Hohn ist. Fast alle diese Streiks sind selbständige Arbeitskämpfe, die gegen die korrupten Gewerkschaftsführer durchgesetzt werden müssen.

In New Jersey waren für Sonntag, den 8.9. in mehreren Städten Demonstrationen, hauptsächlich von Puertoricanern, angekündigt, die gegen die katastrophalen Wohnverhältnisse und die steigenden Mieten in den Puertoricaner-Vierteln gerichtet waren. Die Demonstrationen wurden allerdings von der Polizei verboten. In Harlem, New York, haben für den 15.9. mehrere Organisationen zu politischen Veranstaltungen aufgerufen, um u. a. ihre Forderungen nach der Einrichtung von Schulen durchzusetzen. Schon jetzt sind dort die Polizeistreifen verstärkt worden. Unter solchen Verhältnissen sind viele Menschen besonders empört darüber, daß einem Verbrecher wie R.M.Nixon jetzt Straffreiheit gewährt wurde. Es ist keineswegs so, daß das die Menschen nicht interessiert, wie man oft in der westdeutschen Presse liest. Aber wo sollen sie ihren Unmut äußern, wenn fast alle Radiosender und der Großteil der Presse von den Kapitalisten direkt kontrolliert werden? Dagegen äußern in den Radiosendern z. B., die von den Gemeinden finanziert werden, wie z. B. "Mutural Radio" in Washington, die Leute zu Hunderten durch empörte Anrufe ihren Unmut. Eine Frau rief an, um die Telefonnummer des "Weißen Hauses" durchzugeben und die Leute aufzurufen, Ford zum Rücktritt zu zwingen. Die Telefone klingelten dort den ganzen Nachmittag als Fords Kumpanei mit seinem Vorgänger bekannt wurde und die Menschen verlangten Rechenschaft von der "Clique im Weißen Haus". Viele forderten ihre Mitbürger auf, ihrem Protest durch Kundgebungen Nachdruck zu verleihen. Ein empörter Anrufer meinte, daß sich das nicht ändern wird, so lange eine kleine Minderheit sich auf Kosten der arbeitenden Menschen sattfrißt. "Dieses ganze System ist durch und durch völlig korrupt", sagte er, "Nixon ist nur einer, der erwischt wurde". Das alles sind nur einige wenige Anzeichen dafür, daß große Teile des amerikanischen Volkes nicht mehr bereit sind, sich von ein paar Kapitalisten und einer korrupten Politikerclique auf dem Rücken herumtrampeln zu lassen. Aber es fehlen die Organe, die zur Verbreiterung dieser Bewegung beitragen könnten und ihr eine richtige Stoßrichtung geben. Noch fehlt in den USA eine Organisation, die den Kampf des Volkes zusammenfaßt und hinlenkt auf den Sturz der ganzen Ausbeuterherrschaft.

–M.K., z.Zt. New York–

Selbstverbrennungen in Saigon

DAS SOZIALE ELEND IST DIE URSACHE / PARTEI GEGEN THIEU GEGRÜNDET

In den vergangenen 6 Wochen haben sich in Saigon drei Kriegsversehrte selbst verbrannt. Desweiteren ein 23 jähriger buddhistischer Mönch. Allein im Mai dieses Jahres waren es 39, vorwiegend Jugendliche, die noch nicht einmal das Durchschnittsalter der südvietnamesischen Bevölkerung erreichten. Nach Angaben des Saigoner Regimes und den in der Saigoner Presse erschienenen angeblichen Briefen der Toten, wollten diese mit ihrem Freitod Thieu in seinem "Kampf gegen den Kommunismus" unterstützen.

Nun fragt sich aber, warum sollen sich gerade Jugendliche, und dazu meist ehemalige Saigoner Soldaten, selbst verbrannt haben, um so gegen den "Kommunismus" zu kämpfen? Im Kampf ist es so, daß die eine Partei gewonnen hat, wenn die andere sich selbst vernichtet und ein Selbstmord ist Selbstvernichtung. Thieu hat eine Lügenerklärung verbreitet über diese Vorgänge, denn tatsächlich verhielt es sich anders.

In den Saigoner Gebieten wird es für die Jugendlichen immer schwieriger, Arbeit zu finden und für die Mütter und Väter immer unmöglicher, ihre Kinder zu ernähren.

Allein in Da Nang sind 90 000 Menschen arbeitslos und weitere 100 000 plagt der Hunger. Reis, wichtigstes Nahrungsmittel, kostet 240 Piaster das Kilo. Wenn man in Saigon überhaupt Arbeit findet, erhält man aber nur 150 bis 200 Piaster täglich. Der Zucker kostet 750 Piaster das Kilo – falls man welchen erhält. Insgesamt sind die Lebenskosten seit Januar 1973 in Saigon um 100 % gestiegen.

So hat sich Vo Van Nam, ein Rickschafahrer, am 29.4.74 in einem Saigoner Park verbrannt, um darauf aufmerksam zu machen, daß seine fünf Kinder verhungern!

Am härtesten trifft diese Situation die jugendlichen Kriegsinvaliden, da sie für Thieu als Kanonenfutter für seine Aggression nicht mehr brauchbar sind und mit einer kärglichen Rente abgespeist werden. Und bei der hohen Arbeitslosigkeit besteht aufgrund ihrer Behinderung auch keine Aussicht, Arbeit zu bekommen. Ihnen bleibt nur betteln oder stehlen zu gehen übrig, um sich zu ernähren. Dieses wachsende soziale Elend ist die Ursache für die Selbstverbrennungen.

An dieser Situation sind allein die USA und Thieu schuld, die permanent das Pariser-Abkommen brechen und den Krieg gegen das vietnamesische Volk fortsetzen. Während sie z. B. für ein Kampfflugzeug des Typs F5F 7,5 Mio DM ausgeben und für eine Granate, die sie auf die befreiten Gebiete abfeuern, mehr als 5 000 DM, halten sie hunderttausende in KZ-ähnlichen Lagern gewaltsam fest und setzen sie dem Hunger aus.

"DIE KRAFT DER NATIONALEN AUSSÖHNUNG"

Gegen diese Kriegspolitik hat sich nun auch der Widerstand in den Saigoner Gebieten verstärkt. Militante Führer der buddhistischen An Quang-Pagode gründeten eine neue Partei mit dem Namen "Kraft der nationalen Aussöhnung", um den Kampf gegen diese Zustände aufzunehmen.

Damit ist ein weiterer Schritt getan, um den Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung unter Führung der Provisorischen Revolutionären Regierung zur Durchsetzung des Abkommens gegenüber den USA und Thieu auf eine noch breitere Basis zu stellen und den endgültigen Sturz des Thieu-Regimes herbeizuführen.

–N.F.–

Einverleibung Sikkims: Aggressive Handlung Indiens gegen die Nachbarstaaten

In den letzten Wochen hat Indien die entscheidenden Schritte zur Einverleibung von Sikkim durchgeführt. Sikkim ist ein Königreich im Himalaya, ein Pufferstaat zwischen Indien und der Volksrepublik China, und hat 200 000 Einwohner. Als Nachfolger der britischen Kolonialherren hatte Indien bereits 1950 dort Truppen an den Pässen zu China stationiert. Diese Truppen griffen im April direkt in die politische Entwicklung Sikkims ein. Sie erzwangen Neuwahlen, die dann auch eine pro-indische Clique an die Regierung brachten. Mit Hilfe dieser Clique wurde jetzt in Sikkim eine Verfassung eingeführt, die die Unabhängigkeit von Sikkim beseitigt und der indischen Regierung in Sikkim die Befugnisse gibt, die bisher der König hatte.

In Nepal demonstrierten 2 000 Menschen vor der indischen Botschaft, weil sie auch die nepalesische Unabhängigkeit von Indien bedroht sehen.

Angola: Kampf bis zur vollständigen Unabhängigkeit

ricanern, angekündigt, die gegen die katastrophalen Wohnverhältnisse und die steigenden Mieten in den Puertoricaner-Vierteln gerichtet waren. Die Demonstrationen wurden allerdings von der Polizei verboten. In Harlem, New York, haben für den 15.9. mehrere Organisationen zu politischen Veranstaltungen aufgerufen, um u. a.

lassen. Aber es fehlen die Organe, die zur Verbreiterung dieser Bewegung beitragen könnten und ihr eine richtige Stoßrichtung geben. Noch fehlt in den USA eine Organisation, die den Kampf des Volkes zusammenfaßt und hinlenkt auf den Sturz der ganzen Ausbeuterherrschaft.

–M.K., z.Zt. New York–

Angola: Kampf bis zur vollständigen Unabhängigkeit



Befreiungskämpfer des Volkes von Angola auf einer Patrouillenfahrt durch die befreiten Gebiete

Am 13.9. wurde im Regierungspalast von Luanda eine provisorische Regierung vereidigt. Ihr neuer Präsident, der portugiesische Junta-Admiral Rosa Coutinho, kündigte an, daß sofort neue Gesetze für die Justiz, Verwaltung und den Handel ausgearbeitet werden sollen, die die Autonomie dieser Regierung auch gegenüber der Kolonialmacht Portugal garantieren. Das sei ein wichtiger Schritt zur Unabhängigkeit. Ferner werde diese Regierung ein neues Wahlgesetz erlassen, auf dessen Grundlage innerhalb von zwei Jahren Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung abgehalten werden sollen.

Dann sei die Übergangsphase zur Bildung des neuen, selbständigen Angola abgeschlossen. Die portugiesischen Militärs, die jetzt in Angola die Macht übernommen haben, wollen das ausführen, was Spinola mit dem "Konzept der gemischtrassischen Gesellschaft" bezeichnet. Dieses Konzept soll gewährleisten, daß die politischen Entscheidungen in Angola nicht von der Mehrheit der Bevölkerung gefällt werden, sondern daß die weißen Kolonialisten ihre Machtpositionen behalten und ihre Herrschaft über die Naturreichtümer des Landes im Interesse der internationalen Konzerne gesichert wird. Dazu sollen die Vertreter des Volkes von Angola und ihre politischen Organisationen MPLA (Volksbefreiungsbewegung von Angola) und FNLA (Nationale Befreiungsfront Angolas) gezwungen werden. **Für den Preis des Verzichts** auf den Kampf für die Selbständigkeit und Selbstbestimmung des Volkes von Angola wurde ihnen eine Beteiligung an der neuen Militärregierung angeboten.

Was die portugiesischen Kolonialherren und der Imperialismus in Angola anstreben, ist die Lösung nach dem rhodesischen Modell, die Herrschaft der weißen Bourgeoisie und des Imperialismus unter formaler Beteiligung des Volkes von Angola.

Vorbereitet wurde die Bildung dieser weißen Statthalter-Regierung durch die Organisierung und Zusammenfassung der reaktionären Kräfte unter den 400 000 weißen Siedlern in sogenannten Selbstschutzorganisationen. Ihr Ziel sind Terror- und Sabotageaktionen. Sie veranstalteten z. B. ein Blutbad unter der afrikanischen Bevölkerung, nachdem ein weißer Taxifahrer – angeblich von Schwarzen ermordet – am 11.Juli in einem Negerviertel in Luanda aufgefunden worden war. Weiße Geschäftsbesitzer, Taxifahrer und Lastwagenfahrer warfen Handgranaten auf afrikanische Männer, Frauen und Kinder.

Gegen diesen Versuch, in Angola eine neokolonialistische Lösung nach rhodesischem Muster durchzusetzen, haben die Befreiungsorganisationen Angolas eindeutig Stellung genommen (vgl. Peking Rundschau 35/74)

In einer am 15.8. von der MPLA verabschiedeten Resolution heißt es: ***"Wir haben einstimmig die Manöver** der Kolonialisten abgelehnt, eine 'provisorische Regierung' zu bilden. Die portugiesische Regierung wird die Verantwortung für die Konsequenzen zu tragen haben, die sich aus einer solchen einseitigen Entscheidung ergeben."* Die MPLA erklärte weiter, daß sie den bewaffneten Kampf weiterführen wird, bis Angola die vollständige Unabhängigkeit erlangt.

Die FNLA erklärte, daß sie entschlossen gegen solche Manöver der portugiesischen Regierung auftreten werde und es nicht dulden werde, daß irgendwelche provisorischen Organisationen gebildet werden, bevor die Verhandlungen zwischen den Befreiungsbewegungen und der portugiesischen Regierung beendet seien. *"Jeder Versuch, unser Volk des Rechts auf die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten zu berauben, wird ernste Folgen haben, für die sich einzig die portugiesischen Behörden verantworten müssen."*

Die portugiesische Junta unter Spinola ist mit solchen Manövern in Guinea-Bissau und Mozambique kläglich gescheitert. Portugal und seine imperialistischen Verbündeten setzen jetzt ihre ganze Hoffnung darauf, die reichste und größte Kolonie Angola in ihrer Macht zu behalten. Sie hetzen deshalb die 400 000 weißen Siedler bewußt auf gegen die schwarze Bevölkerung. Erfolg wird diesen Machenschaften jedoch nicht beschieden sein.

–BR/Red.–

GROSSBRITANNIEN:

Der „Sozialvertrag"

BINDUNG DER GEWERKSCHAFTEN AN DAS KAPITAL

London. In Großbritannien ist der Wahlkampf eröffnet, obgleich ein Termin für die Parlamentswahlen noch nicht feststeht. Die Labour-Party hat zur Eröffnung des Wahlkampfes den Kongreß der britischen Gewerkschaftsdachorganisation TUC benutzt, die Konservativen haben ihr Politisches Programm, das sie verwirklichen wollen, wenn sie wieder an die Macht kommen, veröffentlicht, und die Liberale Partei debattiert die Koalitionsfrage – ähnlich wie die FDP hier bei uns das tut – um sich damit den Wählern günstig zu verkaufen.

Diese drei bürgerlichen Parteien werden ähnlich wie im Februar, als erstmals keine von ihnen die absolute Mehrheit bekam, scharf miteinander um die Gunst der Wähler rivalisieren. Tatsächlich aber ist ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Koalition einzugehen, größer denn je zuvor in der Geschichte des britischen Parlamentarismus. Das zeigen die vergangenen Monate, wo die Wilson-Regierung ziemlich unangefochten als Minderheitenregierung die Regierungsgeschäfte ausüben konnte. Das zeigen aber vor allem die Parolen für den Wahlkampf: Alle drei Parteien stellen die Forderung nach "nationaler Eintracht" groß heraus, eine Leitlinie, die wir ja auch hier bei uns kennen und verwirklicht sehen in der Form der Allparteienregierung der Inneren Sicherheit. Gleichgültig, ob alle bürgerlichen Parteien dabei beteiligt sind an der Ausübung der Regierungsgeschäfte oder ob die eine Partei die Regierung führt und dabei im Parlament durch die anderen unterstützt wird, wie das jetzt in Großbritannien der Fall ist: Der politische Inhalt dieser Form der Ausübung der Macht ist die Knebelung der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung, ihre Bindung an das Gemeinwohl, was nichts anderes heißt als die Unterordnung unter die Interessen des Kapitals.

In Großbritannien haben die Sozialdemokraten aus der Labour Party diesen Weg allen Menschen vor Augen geführt mit dem sogenannten Sozialvertrag, den die Wilson-Partei mit den Gewerkschaften geschlossen hat. Dieser "Vertrag" sieht die Bildung eines gemeinsamen Rates von Regierung, Kapital und Arbeit vor, als Ausschuß, in dem künftig die Lohnerhöhungen festgelegt werden. Die britischen Reformisten haben auf dem Wege ihrer Geschichte jetzt den Punkt erreicht, an dem die westdeutschen Sozialdemokraten schon 1966 angekommen waren, als sie mit diesem Projekt – bei uns heißt das "Konzertierte Aktion" – in die Große Koalition eintraten.

Der TUC-Chef Len Murray begründete diesen Schritt. Er erklärte, daß die Mäßigung an der Lohnfront das einzige Mittel sei, um der Inflation Herr zu werden, um größere Arbeitslosigkeit zu vermeiden, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Wie sich die reformistischen Gewerkschaftsführer doch gleichen! Just dieselbe Rede hören wir auch in den westdeutschen Gewerkschaften von den bürgerlichen Machthabern! Und noch eine Parallele, die zu erwähnen wert ist: Gegen diesen "Sozialvertrag" gibt es auch in den englischen Gewerkschaften bei den Mitgliedern starken Widerstand. Die Metallarbeitergewerkschaft hat diesen Widerstand angeführt und die Ablehnung des Vertrages vertreten. Ihr Sprecher war Ken Gill, ein Mitglied der revisionistischen Kommunistischen Partei Großbritanniens, die man in jeder Weise gut und gerne mit der hiesigen DKP vergleichen darf. Vor der Abstimmung waren die Wahlen zum neuen Exekutivrat der TUC. Ken Gill wurde vorgeschlagen und gewählt. Bei der anschließenden Abstimmung über die Zustimmung oder Ablehnung des "Sozialvertrages" war es Ken Gill, der die ablehnende Haltung der Metallarbeitergewerkschaft zurücknahm. "Im Interesse der Einheit" stimmte er namens seiner Gewerkschaft zu! Ein besonders korruptes Exemplar? Keineswegs! Das ist die Normalität der Geschäfte der Revisionisten. Die schmutzigsten Geschäfte besorgen im Allgemeinen sie. Wir kennen diese "Taktik" von den DKP-Größen zur Genüge.

Die Labour Party hat damit das, was sie wollte, um aussichtsreich gegen die Konservativen anzutreten. Wilson wird jetzt schnellstens den Wahltermin ansetzen; wahrscheinlich hat er das vor Erscheinen dieses Artikels bereits getan.

Für die britische Arbeiterklasse werden die Wahlen nichts bringen. Sie hat nichts zu verlieren, sondern alles zu gewinnen. Das kann sie nur, wenn sie sich dieser bürgerlichen Machthaber in den eigenen Reihen entledigt und sich eine Führung schafft, die vom Boden des Klassenkampfes aus die Interessen der britischen Arbeiterklasse entschlossen vertritt.

– gj –

Das Volk wird siegen auf den Kapverdischen Inseln!

EINHEIT GUINEA–KAPVERDE! / DIE PAIGC HAT DAS VERTRAUEN DES VOLKES

In dem zwischen der PAIGC und der portugiesischen Regierung in Algier ausgehandelten Vertrag ist eine Volksabstimmung auf den Kapverdischen Inseln vorgesehen. Die rund 280 000 Einwohner sollen entscheiden, ob sie sich als unabhängiger Staat der Republik Guinea-Bissau anschließen wollen. Die Abstimmung wird unter Aufsicht der PAIGC durchgeführt. Dies bedeutet einen großen Sieg für die PAIGC und für das Volk von Kapverde, denn die Portugiesen haben trotz des Druckes der NATO-Staaten, die Kapverde als militärischen Stützpunkt ausbauen wollen, das Recht der Kapverdischen Inseln auf Unabhängigkeit anerkennen und sich den Forderungen der PAIGC beugen müssen.

Als die PAIGC auf dem Festland von Guinea-Bissau schon 1963 den bewaffneten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus aufnahm, fand der Kampf in Kapverde noch ausschließlich auf politischer Ebene statt, denn die Aufnahme des bewaffneten Kampfes war aus strategischen Gründen noch nicht möglich. Die PAIGC ist aber jetzt auf eine weitere Kampfphase in Kapverde vorbereitet und wird alle Mittel einsetzen, um den völligen Sieg über die Kolonialherrschaft zu erringen, falls dies auf politischem Wege nicht erreicht werden kann.

Angesichts der politischen Verfolgung der PAIGC unter der Kolonialherrschaft Portugals war die Partei gezwungen, im Untergrund zu arbeiten. Die gesamte Bevölkerung wurde durch brutale Unterdrückungsmaßnahmen systematisch eingeschüchtert und so von jeglicher Art politischer Diskussion und Aktivität abgehalten. Agenten der portugiesischen Geheimpolizei PIDE sorgten dafür, daß die Gefängnisse voll besetzt blieben, denn für jeden denunzierten politischen Aktivisten erhielten sie ein Kopfgeld. Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit waren fremde Begriffe für das Volk von Kapverde.



Aristides Pereira. Er wurde nach der Ermordung von Amilcar Cabral im Januar 1973 zum Generalsekretär der PAIGC gewählt.

Nach dem Putsch in Portugal trat eine gewisse Liberalisierung ein, die es der PAIGC ermöglichte, das Volk jetzt offen gegen Kolonialismus und Imperialismus zu mobilisieren. Fälle von Verfolgung treten aber noch auf: Anfang August wurden drei Jugendliche in Mindelo festgenommen, weil sie PAIGC-Lieder sangen, und in der darauf folgenden Auseinandersetzung wurde ein 16-jähriger PAIGC-Sympathisant von einem portugiesischen Polizisten erschossen; die PAIGC-freundliche Zeitung "Alerta", die zum ersten Mal am 27. Juni erschien, wurde gleich nach der fünften Nummer verboten; die Genossen der PAIGC treten noch als Sympathisanten und nicht als Mitglieder der PAIGC auf, weil sie Repressalien fürchten.

Trotz solcher Unterdrückungsmaßnahmen hat die PAIGC sich in den Monaten nach dem Putsch unter dem Volk als führende politische Kraft verankert. Hauptziel der PAIGC in dieser Phase ist die politische Mobilisierung der Massen. Das Volk muß ein klares Bewußtsein über seine Situation, über die Ursachen seiner Armut, über die Strategien der Kolonialisten und Imperialisten entwickeln und die Befreiung von der Kolonialherrschaft und den Aufbau einer neuen Gesellschaft als einzige Lösung des jahrhundertelangen Elends erkennen.

In den Städten ist die Mobilisierung schon fortgeschritten: Große Demonstrationen (mit bis zu 10 000 Teilnehmern) und Kundgebungen finden statt unter den Parolen:

Für die sofortige und bedingungslose Unabhängigkeit!
Einheit Guinea – Kapverde!
Nieder mit der NATO!
Keine Militärbasen auf Kapverde!
Nieder mit der kolonialen Unterdrükkung und Ausbeutung!
Nein zum Neokolonialismus!

Es besteht großes Interesse an revolutionärer Literatur – das Politische Handbuch der PAIGC und die Schriften von Cabral und Mao Tse-tung werden intensiv gelesen und diskutiert. Über Filmvorstellungen über das Leben in den befreiten Gebieten von Guinea-Bissau gewinnt das Volk Einsicht in die Möglichkeiten eines besseren Lebens.

In den kleinen Dörfern hatten viele Leute vorher Angst vor der PAIGC, denn die Portugiesen haben die PAIGC in ihrer Propaganda ständig verleumdet: In Radiosendungen wurde erzählt, daß die PAIGC alle Leute, die über 60 Jahre alt sind, umbringen wolle, weil sie nicht mehr produktiv arbeiten können; daß die Regierung der Republik Guinea-Bissau die Kapverdischen Inseln an die Sowjetunion verkaufen wolle; daß es nach der Unabhängigkeit noch mehr Hunger geben werde, weil die PAIGC keine Schiffe hat, um Lebensmittel zu importieren. Die katholische Kirche, die in den ländlichen Gebieten einen großen Einfluß hat, hat solche Lügen auch verbreitet. Aber durch intensiven persönlichen Kontakt zu den Dorfbewohnern und die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, wo PAIGC-Lieder gespielt und gesungen und kurze Beiträge gehalten werden über z.B. die Gründe für die Auswanderung von Arbeitskräften von Kapverde, die Rolle der Frau in der kapverdischen Gesellschaft, ist es der PAIGC gelungen, das Vertrauen der Dorfbewohner zu gewinnen und sie von der Notwendigkeit des antikolonialen Kampfes zu überzeugen.

Neben der PAIGC bestehen in Kapverde zwei weitere politische Organisationen: Die Uniao Democratica de Cabo Verde (UDCV) wurde nach dem Putsch in Portugal mit portugiesischer Unterstützung von kleinbürgerlichen Elementen gegründet, die ein neokolonialistisches System in Kapverde anstreben, damit sie noch in den privilegierten Positionen, die sie als Agenten des portugiesischen Kolonialismus genossen haben, bleiben können. Trotz ihres Zugangs zu den Massenmedien hat die UDCV keine Unterstützung unter den Massen gewinnen können; so kauft sie z.B. Kinder und bestechliche Elemente, damit sie mit der portugiesischen Fahne gegen die PAIGC demonstrieren. Auf Veranstaltungen in S. Vincenti und Santo Antao mußten UDCV-Redner sich vor dem Protest der Öffentlichkeit zurückziehen.

Eine zweite Organisation: In der Hauptstadt Praia ist die Uniao do Povo das Ilhas de Cabo Verde (UPICV) aktiv, die sich aber lediglich aus den Angehörigen der Familie Graca zusammensetzt, die die einzige Druckerei in Praia besitzt und daher über ein beinahe volles Publikationsmonopol verfügt. Die UPICV betreibt keine Massenarbeit, sondern verteilt ab und zu mal Flugblätter. Die Flugblätter der UPICV bringen den privaten Charakter dieses Vereins zum Ausdruck und haben lediglich die Funktion, die Massen zu verwirren. So wenden sie sich zwar gegen den portugiesischen Kolonialismus, aber auch gegen die Einheit mit Guinea-Bissau und damit gegen die PAIGC.

Die PAIGC allein hat sich unter dem Volk von Kapverde verankern können, weil nur die PAIGC im Interesse des Volkes kämpft: für die restlose Beseitigung der Kolonialherrschaft, gegen alle Machenschaften der Imperialisten, für die Einheit mit Guinea-Bissau, für den Aufbau einer neuen Gesellschaft frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Alle Versuche seitens der Portugiesen und der imperialistischen Länder durch die Etablierung von Marionettenregimes eine Neokolonie in Kapverde zu schaffen und so ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, werden scheitern. Das Volk von Kapverde wird siegen.

H.B.

Der Sieg der FRELIMO

MOZAMBIQUE: DAS ABKOMMEN VON LUSAKA SICHERT DIE FÜHRUNG DER FRELIMO

Am 7.9.1974 errang das Volk von Mozambique unter Führung der FRELIMO (Volksfront für die Befreiung Mozambiques) einen großen Sieg in seinem seit 10 Jahren dauernden Kampf gegen kolonialistische, neokolonialistische und imperialistische Unterdrückung. An diesem Tage wurde in Lusaka (Sambia) der Unabhängigkeitsvertrag zwischen Vertretern der FRELIMO und der portugiesischen Regierung unterzeichnet.

Dem Abkommen gemäß soll Mozambique am 25.Juni 1975 (dem 13.Jahrestag der Gründung der FRELIMO) die endgültige Unabhängigkeit erhalten. Für die Übergangszeit ist die Bildung einer provisorischen Regierung vorgesehen, die zu 2/3 mit FRELIMO-Mitgliedern und zu 1/3 mit portugiesischen Regierungsvertretern besetzt werden soll; im Übergangskabinett besetzt die FRELIMO 6 von 9 Ministerposten. Der Ministerpräsident wird von der FRELIMO gestellt (Samora Machel), während die Portugiesen einen Hohen Kommissar ernennen (Victor Crespo), der das Amt des Staatspräsidenten bekleidet. Die neue Regierung soll am 25.September (dem 10.Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes) ihr Amt antreten.

Es wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der am 7.9. in Kraft trat. Die Überwachung der Feuereinstellung wird einer von FRELIMO und den Portugiesen paritätisch besetzten Militärkommission unterstehen.

Finanzielle Verpflichtungen, die von Portugal im Namen Mozambiques eingegangen wurden, werden von der FRELIMO übernommen, soweit sie "im wirklichen Interesse Mozambiques" liegen. Die finanzielle Verantwortlichkeit für den Cabora-Bassa-Staudamm, der von einem internationalen Konsortium mit hoher Beteiligung von BRD-Kapital gebaut wird, bleibt jedoch bei Portugal.



Samora Machel, der Führer der FRELIMO und künftige Ministerpräsident von Mozambique.

Das Abkommen von Lusaka eröffnet eine neue Etappe auf dem Weg des Volkes von Mozambique zur vollständigen Unabhängigkeit. Es zeigt die politische und militärische Stärke der FRELIMO. Für die portugiesische Bourgeoisie, die durch das Abkommen diplomatisch, politisch und militärisch gebunden ist, gibt es keinen Weg mehr zurück; sie kann die geschichtliche Entwicklung, die zugunsten der Befreiung der Völker verläuft, nicht aufhalten. In Mozambique wurde die Unterzeichnung überall im Lande mit massenhaften Freudendemonstrationen begrüßt. So riefen im Sportstadium Machava (Lourenco Marques) tausende von Afrikanern und hunderte von Europäern FRELIMO-Parolen und sangen Befreiungslieder.

DAS ABKOMMEN: EINE WAFFE GEGEN DEN VERSUCH DER KONTERREVOLUTION UND GEGEN AUSLÄNDISCHE INTERVENTIONEN

Portugal wird gemäß dem Abkommen vorerst weiterhin Truppen in Mozambique belassen. Ihr Auftrag ist, die Streitkräfte der FRELIMO bei der Verteidigung des Landes zu unterstützen. Ebenso verhält es sich mit der portugiesischen Polizei, die der neuen Regierung für die Übergangszeit zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zur Verfügung steht. Wie ist das zu beurteilen?

Die Abmachung über die Stationierung der portugiesischen Truppen in Mozambique muß man sehen auf dem Hintergrund der Lage im südlichen Afrika und des Kräfteverhältnisses in Mozambique selber. Bis zu dem Abkommen von Lusaka hat sich die militärische Lage in Mozambique entscheidend zu Gunsten der Streitkräfte der FRELIMO entwickelt: Das Übergewicht, das sie über die portugiesischen Truppen erreicht hatten, war derart, daß die Portugiesen vollständig isoliert und demoralisiert vor der Kapitulation standen.

Indem das Abkommen nun die Vereinbarung von Truppenstationierungen ausdrücklich festhält, nutzt die FRELIMO dieses Abkommen zugleich politisch gegen die rassistischen Regimes im Norden und Süden, gegen Rhodesien und Südafrika. Was ist das für eine Demütigung für eine Kolonialmacht, wenn sie jetzt gegen ihre früheren engsten Verbündeten eingesetzt wird durch das Volk, das sie jahrhunderte lang unterdrückte! Dieser Erfolg ist nicht nur für das mozambikanische Volk von großer Bedeutung, sondern ebenfalls für das Volk von Zimbabwe (Rhodesien), das unter Führung seiner Befreiungsorganisationen ZANU und ZAPU bereits seit zwei Jahren von den befreiten Gebieten Mozambiques aus dem reaktionären Smith-Regime erhebliche Schläge versetzen konnte und dessen Kampf durch die Siege des mozambikanischen Volkes einen großen Aufschwung nehmen wird.

Die portugiesischen Truppen sind ein gutes Faustpfand gegen Interventionen aus Rhodesien und der Südafrikanischen Republik. Es wird damit außerdem wirksam verhindert, daß reaktionäre Kräfte unter dem verbleibenden Teil der weißen Siedler in Mozambique eine Lösung nach dem rhodesischen Modell, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung, versuchen könnten. Denn ein solcher Versuch ist ohne die massive Unterstützung aus Rhodesien und Südafrika unmöglich. Das hat sich auch unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen in Lusaka gezeigt.

Das, was die sogenannte "Demokratische Volksbewegung von Mozambique", die sich regelrecht aus faschistischen Gruppierungen wie die "Drachen des Todes" oder die "Unabhängige Front für die Wahrung der westlichen Kultur" zusammensetzt, gegen die Unterzeichnung der Verträge mit der FRELIMO inszenierte, war die Karrikatur einer Machtergreifung, ohne jeden Bezug zur Realität. Die FRELIMO konnte sich erlauben, auf den Einsatz ihrer Streitkräfte zu verzichten. Die Putschisten wurden nach allen Regeln der Kunst ausgehungert, ihre Hoffnung auf ein Eingreifen Rhodesiens oder Südafrikas und auf das Überlaufen der portugiesischen Armee erfüllten sich nicht. Sie mußten nach 48 Stunden aufgeben und kapitulieren. Bereits über 2 000 weiße Siedler sind seitdem nach Südafrika geflüchtet, wo sie bei der weißen rassistischen Regierung Zuflucht suchen.

Es hat sich gezeigt: Die FRELIMO und das Volk von Mozambique sind auf solche Manöver der Konterrevolution gut vorbereitet. Deshalb werden sie auch siegreich fortschreiten und die Macht des Volkes dauerhaft sichern.

–E/Red.–

1 Jahr Republik Guinea-Bissau

GROSSE ERFOLGE BEIM AUFBAU DER NEUEN GESELLSCHAFT UND DES NEUEN STAATES



Luis Cabral, Präsident des Staatsrates von Guinea-Bissau

Am 24. September feiert die Republik Guinea-Bissau den ersten Jahrestag der Proklamation ihrer Unabhängigkeit. Während des vergangenen Jahres hat die Republik Guinea-Bissau auf diplomatischer und politischer Ebene große Erfolge erringen können. So war die Republik bis Ende 1973 schon von über 80 Staaten anerkannt worden. Die Erfolge auf diplomatischer Ebene, die politische Unterstützung der PAIGC durch fortschrittliche Kräfte der ganzen Welt und die militärischen Siege der PAIGC über die portugiesische Kolonialarmee trugen in wesentlichem Maße zu dem Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal bei.

Gegenüber dem Spinola-Regime ist es der PAIGC am Verhandlungstisch gelungen, alle ihre Forderungen durchzusetzen, um die koloniale Herrschaft völlig zu beseitigen. Ende August begann der Abzug portugiesischer Truppen aus Guinea-Bissau. Am 10. September wurde die Regierungsgewalt an die PAIGC übertragen. Diesen Monat noch wird die Republik Guinea-Bissau als Mitglied der UNO aufgenommen.

Mit der Beseitigung der Kolonialherrschaft stellen sich dem Volk von Guinea-Bissau massive Aufgaben im Aufbau einer neuen Gesellschaft. Während des bewaffneten Kampfes konnten große Teile des Landes befreit werden, wo das Volk ein revolutionäres Bewußtsein entwickelt hat und viele Fortschritte im wirtschaftlichen und sozialen Aufbau erzielen konnte. Erst seit der Anerkennung der Unabhängigkeit durch die Portugiesen am 12. August hat die PAIGC in den Teilen des Landes – vorwiegend den Städten –, die noch unter portugiesischer Kontrolle standen, offen arbeiten können. Die erste Aufgabe ist die politische Mobilisierung der Massen; es wird über die Ziele der PAIGC aufgeklärt und das schon vorhandene anti-koloniale Bewußtsein muß jetzt zu einem revolutionären Bewußtsein entwickelt werden. So wurden sofort in Bissau Stadtteilkomitees von der PAIGC gegründet, in den Schulen wird politischer Unterricht gegeben, Filmvorführungen über den Aufbau in den befreiten Gebieten finden statt, damit die gesamte Bevölkerung in die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des neuen Staates voll einbezogen wird.

Die Portugiesen haben chaotische Zustände hinter sich gelassen – die Erbschaft ihrer 500-jährigen Kolonialherrschaft. So muß aus der rückständigen Wirtschaft, den unterentwickelten Sozialeinrichtungen und den massiven sozialen Problemen Wohlstand und Ordnung geschaffen werden. Für die PAIGC stellen sich folgende dringende Probleme: Die 17 000 afrikanischen Soldaten, die auf der Seite der Kolonialisten gegen das eigene Volk kämpften, müssen jetzt eingegliedert werden; die vielen Arbeitslosen, Bettler u.ä., die es in jeder unterentwickelt gehaltenen Gesellschaft gibt, müssen wieder in die gesellschaftliche Produktion einbezogen werden; neue Arbeitsplätze müssen für mehrere Tausende geschaffen werden, die früher in den portugiesischen Dienstleistungen arbeiteten; neue Schulen und Krankenhäuser müssen gebaut werden; die afrikanische Bourgeoisie, die mit den früheren Kolonialherren kollaborierte, muß auf ihre Privilegien verzichten und sich jetzt auch als Teil des kämpfenden Volkes verstehen.

Aber die PAIGC weiß, daß sie sich auf die Kraft des Volkes stützt und daß das Volk alle Schwierigkeiten entschlossen bewältigen wird, um ein neues Leben zu erreichen. Der Kampf des Volkes von Guinea-Bissau gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für Unabhängigkeit und Freiheit geht weiter und bedarf nach wie vor unserer politischen und materiellen Unterstützung.

H.B.

Chile - Die Volksmacht aufbauen

Bei den Aktivitäten der Chile-Komitees zur Vorbereitung der Chile-Woche wurde das Theaterstück "Chile – Die Volksmacht aufbauen" des Agitprop-Theaters "Das Rote Signal" Braunschweig in mehreren Städten erfolgreich aufgeführt. Dies ist eine der vielfältigen Möglichkeiten, künstlerische Fähigkeiten in den Dienst der politischen Aufklärung und des Kampfs gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu stellen. Dagegen ist die Kultur, die die Bourgeoisie für die Freizeit anbietet, stumpfsinnig und demoralisierend. Die Arbeiterklasse muß sich eine eigene Kultur aufbauen, die ihren politischen Interessen im Klassenkampf entspricht.

Diskotheken

Aufgesucht werden Discotheken meist, weil man Kontakt sucht, nicht weiß, was man unternehmen soll. Man geht in eine Discothek und hofft dort, Zerstreuung und Befriedigung zu finden. Unverschämt hohe Preise sorgen dort dafür, daß man sein sauer verdientes Geld bald los ist und der Besitzer die Taschen voll hat. Hier wird auch dafür gesorgt, daß du die Probleme, welche sich dir tagtäglich am Arbeitsplatz und darüberhinaus stellen, nicht löst, sondern den Gedanken daran betäubst. Es soll verhindert werden, daß du auf die Idee kommst, dir zu überlegen, wer die Verantwortung für deine Unzufriedenheit trägt und wie du diesen Feind am besten angehen kannst.

Deswegen drehen sich die meisten Gespräche, welche dort geführt werden, auch nicht um den Kapitalismus und seine wirksamste Bekämpfung, sondern um schnelle Autos, Frisuren und darum, wie der eine oder andere aussieht und ob man ihn nicht mal ansprechen sollte.

Du kannst es dir aber nicht leisten, so sinnlos deine Zeit zu vergeuden, denn du mußt am nächsten Tag acht oder neun Stunden hart arbeiten. Dir wird befohlen und du mußt gehorchen. Die Arbeit ist stumpfsinnig und eintönig und dir wird keine legale Möglichkeit geboten, daran etwas zu ändern. Das ist es, was man dich vergessen machen will.

Dein einziges Interesse besteht aber darin, diese Situation zu verändern. Weil das so ist, gehörst du der einzig fortschrittlichen Klasse, nämlich der Arbeiterklasse, an. Und deshalb besteht auch deine einzige Aufgabe darin, dich mit fortschrittlichen Kollegen zu solidarisieren und mit ihnen aktiv für die Verbesserung deiner Lebensbedingungen und den Sieg des Sozialismus zu kämpfen.

–R.H., Sinsheim–

Italien: Im Kampf gegen das Wohnungselend haben die Arbeiter die Führung inne

Rezession, Inflation, Anstieg der Arbeitslosenziffer (800 000 nach dem statistischen Zentralamt), Preissteigerungen (allein 19,3 % in beiden Sommermonaten), schwerste Steuerlasten für die Volksmassen und Angriff auf den Reallohn, das alles kennzeichnet den Versuch der Bourgeoisie, einen Ausweg aus der Krise zu finden, die den ganzen bürgerlichen Staat erschüttert. Sie versucht, die Arbeiterklasse auf das Niveau von vor dem Jahr 1968 zurückzudrängen, sei es was ihre politischen Rechte anbelangt, sei es was die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen betrifft.

Schon am 9.November vergangenen Jahres besetzten 500 Familien aus dem römischen Stadtviertel von S.Basilio, einer der ärmsten Barackensiedlungen Roms, in der 40 000 Menschen hausen müssen, 147 Wohnungen in acht Häusern, die dem Staat gehören. Sie setzten den Anfang für eine Bewegung von Hausbesetzungen, die von Mailand über Turin bis nach Neapel reicht.

Diese Bewegung unterscheidet sich von allen vorhergehenden dadurch: Es ist nicht mehr nur Haß und Verzweiflung des Subproletariats, wodurch frühere Hausbesetzungen und Volksaufstände im Süden gekennzeichnet waren, es ist das Bewußtsein, daß die Wohnungsfrage nicht mehr durch individuelle Aktionen, sondern nur in Verbindung mit den Fabrikräten und revolutionären Gruppen zu lösen ist.

Dabei ist es notwendig, auf das Verhalten der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) und der Gewerkschaftsspitzen hinzuweisen. Einstimmig mit der liberalen bürgerlichen Presse verurteilen sie zwar den Polizeieinsatz, wandten sich aber aufs schärfste gegen die Kampfmethoden der Barackenbewohner.

Die "Unita" (Organ der KPI) vom 10.September spricht von einem "Krieg zwischen Armen", weil die Barackenbewohner Wohnungen, die anderen zustünden, besetzt hätten.

Dagegen war jedoch zu sehen, daß es zu einer einzigartigen Solidarität zwischen Besetzern und Bewohnern gekommen war, die den Kampf in jeder Hinsicht unterstützten. Außerdem stellte sich heraus, daß Teile der Gewerkschaftsbasis und gar der KPI sich gegen die revisionistischen Direktiven wendeten. Viele Fabrikräte arbeiteten eng mit den Besetzern zusammen, die sich nach ihrem Beispiel demokratische Organisationsstrukturen gaben.

Die Absicht der Revisionisten, die Häuserbesetzungen als Ausdruck eines Ausbruchs von Randschichten ohne gesellschaftliches Bewußtsein, die ebenso leicht den Faschisten als auch den "Grüppchen" zugeneigt seien, zu verleumden, ist gescheitert. Überrascht mußten sie feststellen, daß sich an der Spitze dieser Bewegung Industriearbeiter befanden, die durch die Kämpfe in der Fabrik geschult und diszipliniert waren. Das ist ein außerordentlich wichtiger und neuer Aspekt.

Hierbei ist noch interessant, auf die Haltung der Neorevisionisten um Il Manifesto hinzuweisen und auf ihre Funktion, als "kritisches Bewußtsein" der KPI zu wirken. Sie werfen der revisionistischen KPI von "links" vor, daß sie nicht revolutionär genug sei und daß sie sich nicht gemäß den Prinzipien einer kommunistischen Partei verhalten würde. Weil Manifesto nicht die Natur des Revisionismus begreift, kann sie auch nicht verstehen, warum eine KPI, die vollauf beschäftigt ist, den "historischen Kompromiß" mit den Christlichen Demokraten (DC) zu verwirklichen, die Aktion der Massen nicht vorantreibt, sondern sie bremst und boykottiert. Die KPI will sich vor allem als Regierungspartei profilieren und ist daran interessiert, die Glaubwürdigkeit der Institutionen zu erhalten, um der Bourgeoisie endlich weiszumachen, daß man ohne die KPI "dieses Land nicht regieren kann". Das haben inzwischen Teile der bewußtesten Arbeiter verstanden und die proletarischen Besetzer von S.Basilio haben es dieser Tage verstehen gelernt. Die Bewegung der Barackenbewohner mit dem Kampf der Bauarbeiter zu verbinden, von denen am Jahresende 400 000 arbeitslos sein werden, das ist die gegenwärtig wichtigste Aufgabe der Kommunisten.

Während dieser Tage hat die Polizei das ganze Stadtviertel besetzt und versucht, gewaltsam die Häuser zu räumen. Dabei kam es zu Straßenkämpfen, die teilweise 12 Stunden andauerten und bei denen der 19-jährige Arbeiterstudent Fabrizio Ceruso von der Polizei brutal ermordet wurde. Am 12.September ließ Innenminister Taviani überraschend die Polizei vom Stadtteil S.Basilio abziehen. Der Sieg der Besetzer ist ein doppelter: Einmal ist es ihnen gelungen, die Isolation zu durchbrechen und gemeinsam mit Fabrikräten und Gewerkschaftsbasis den Kampf zu führen. Andererseits haben sie mit ihrem Kampf durchgesetzt, in den Wohnungen bis zur Zuweisung von anderen Sozialwohnungen bleiben zu können. Die Lehre von S.Basilio ist, daß Rechte erkämpft werden müssen, und daß sie erfolgreich nur unter der Führung der Arbeiterklasse erkämpft werden können.

–Gina B., J.O., Florenz–

Mobiles Einsatzkommando im Puff

steht auch deine einzige Aufgabe darin, dich mit fortschrittlichen Kollegen zu solidarisieren und mit ihnen aktiv für die Verbesserung deiner Lebensbedingungen und den Sieg des Sozialismus zu kämpfen.

–R.H., Sinsheim–

gen die Kampfmethoden der Barackenbewohner.

Die "Unita" (Organ der KPI) vom 10.September spricht von einem "Krieg zwischen Armen", weil die Barackenbewohner Wohnungen, die anderen zustünden, besetzt hätten.

Überrascht mußten sie feststellen, daß sich an der Spitze dieser Bewegung Industriearbeiter befanden, die durch die Kämpfe in der Fabrik geschult und diszipliniert waren. Das ist ein außerordentlich wichtiger und neuer Aspekt.

Mobiles Einsatzkommando im Puff

Gleichermaßen heilig wie umstritten ist die öffentliche Moral in der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Gesellschaft verfault im Interesse einer kleinen Handvoll Raffsäcke, der Staatsgedanke ist gefährdet. Knallharte Burschen braucht man da, damit die Sitten gewahrt bleiben und die Reichen reich und die Armen arm. Eingerichtet wurden die sogenannten mobilen Einsatzkommandos, die im Interesse der sittlichen Werte des Abendlandes diesen oder jenen in letzter Zeit auch prompt totgeschossen haben. Jüngst hat sich herausgestellt, daß diese Kommandos nicht nur als Revolverhelden brauchbar sind, sondern überhaupt.

In Lörrach an der Schweizer Grenze war jedenfalls ein Bordellbetrieb aufzuspüren. Hier gab es ein Problem. Es werden zwar solche Betriebe allermeist von Angehörigen der begüterten Schichten besucht (200 DM, schreibt die Bild-Zeitung, hat es gekostet), aber schwerlich wird in Lörrach der ehrenwerte Mann gefunden, der öffentlich Zeugnis ablegt über die Verderbtheit, die ihm dort begegnet ist. Öffentlich gesehen ist er allermeist dagegen. Die Lörracher Moral hat Hilfe angefordert aus Karlsruhe, es kam das mobile Einsatzkommando. Fünf (!) Angehörige jener Elitetruppe begaben sich zum "Freizeit-Center Bangkok Bade-Service, Sauna und Massage", traten dort als Kunden auf und brachten als Frucht ihres Dienstes an der öffentlichen Sicherheit zu Papier: "Sie (das Mädchen) fragte mich, ob ich GV (Geschlechtsverkehr) will. Ich willigte auftragsgemäß ein. (Es handelt sich) . . .ganz offensichtlich um einen Bordellbetrieb." Man darf vermuten, daß sich die Männer vom mobilen Einsatzkommando für entschieden etwas besseres halten als die Mädchen, die sie als Prostituierte entlarvt haben. Welch ein Irrtum.

Aus meiner Jugend auf dem Dorf weiß ich, daß scheitern wird, wer dem Zuchtstier das Decken befehlen will. Hierin unterscheidet sich das Vieh auf das angenehmste von den Männern vom mobilen Einsatzkommando. Es beweist Würde. Wenn es nicht will, dann will es nicht.

Die Bild-Zeitung bezeichnet das Ganze als "Traumauftrag für 5 Polizisten". Wie gesagt, viel spricht dafür, daß noch nicht einmal das liebe Vieh davon träumt, sich auf Kommando zu paaren. Davon träumen bloß jene, die sich damit abgefunden haben, der herrschenden Klasse Werkzeuge zum beliebigen Zweck abzugeben. Zum Beispiel der Redakteur Heinz Richter von der Bild-Zeitung und vielleicht jene unbekannten Helden vom mobilen Einsatzkommando in Karlsruhe.

– M.F. –

POLIZEI BESCHIESST POLIZISTEN

In Westberlin passierte vor kurzem folgendes: Ein Bereitschaftspolizist fuhr nachts mit seinem Privatwagen die Straße des 17. Juni hinunter. Undefinierbare Gestalten versuchten ihn anzuhalten. Er glaubte, es seien Zuhälter, die ihm zu Leibe rücken wollten, und gab deshalb Gas. Eine der Gestalten wurde dabei verletzt. Es entwickelte sich dann eine wilde Verfolgungsjagd, die damit endete, daß die Verfolger dem Bereitschaftspolizisten die Reifen zerschossen. Erst jetzt stellte sich heraus, daß die Gestalten zu einem der zivilen Einsatzkommandos gehörten. Der Polizist hatte keinen Grund zur Flucht vor seinen eigenen Kollegen; eine Blutuntersuchung auf Alkohol war negativ. Dieser Fall ist deshalb spektakulär, weil diesmal ein Polizist betroffen war. Spektakulär auch deshalb, weil die Schießwut dieser Kommandos auch "Unbeteiligte" hätte treffen können.

– J.L. –